



Die
Bundesregierung



Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats

Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-------|
| I. Einleitung | 2-5 |
| II. Diskussionsbeiträge der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats | |
| Dr. Heinz-Herbert Noll | |
| Zur Geschichte der Sozialindikatorenforschung: Messung, Beobachtung und Analyse der Lebensqualität | 6-17 |
| Professor Dr. Christoph M. Schmidt | |
| Die Entwicklung der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland aus Sicht der Ökonomik | 18-31 |
| Dr. Stefan Bergheim | |
| Internationale Prozesse zur Förderung von Lebensqualität mit Beteiligung der Bürger | 32-43 |
| Professor Dr. Gert G. Wagner | |
| Zur Rolle von bevölkerungsweiten Surveys und Bürgerdialogen für die Auswahl sozialer Indikatoren | 44-59 |
| Professor Dr. Sabine Walper | |
| Lebensqualität und Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen | 60-73 |
| Dr. Susanne Schnorr-Bäcker | |
| Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Wohlstand und Lebensqualität in der amtlichen Statistik | 74-85 |
| Kurzbiographien der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats | 86-89 |
| Abkürzungsverzeichnis | 90 |

Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats

Einleitung

Im Dezember 2013 vereinbarten CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag, ein **Berichts- und Indikatoren-System** zur Lebensqualität in Deutschland zu entwickeln, das im regelmäßigen Abstand über **Stand und Fortschritt bei der Verbesserung von Lebensqualität in Deutschland** Auskunft gibt.¹ Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ rückte die Bundesregierung das Thema Lebensqualität in den Fokus ressortübergreifender Zusammenarbeit.

Lebensqualität ist ein **umfassender Begriff**, der eine große Bandbreite ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte berücksichtigt, die zusammen die Lebensbedingungen von Individuen und Gesellschaften beschreiben. Die gesellschaftliche und politische Diskussion über die Verbesserung der Lebensqualität reicht bis in die 1960er und 1970er Jahre zurück. Ebenso breit und vielschichtig wie das Thema Lebensqualität ist die **wissenschaftliche Forschung** dazu. Verschiedene wissenschaftliche Disziplinen wie beispielsweise die Volkswirtschaftslehre, die Sozialwissenschaften, Psychologie oder Umweltwissenschaften beschäftigen sich mit fachspezifischen Fragen der Lebensqualität. Zahlreiche interdisziplinäre Forschungsprojekte bemühen sich zudem, der Multi-Dimensionalität des Themas Rechnung zu tragen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Lebensqualitätsforschung ist die Frage, **wie man Lebensqualität abbilden und messbar machen kann**. Diese wissenschaftliche Diskussion haben in den letzten Jahren internationale Institutionen aufgegriffen, allen voran die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen (VN), die Weltbank und die Europäische Kommission. Sie trugen dadurch maßgeblich zur Vertiefung der Thematik sowie zur Nutzbarmachung für die Politik bei.

Indikatoren schaffen die Möglichkeit, den aktuellen Stand und die Entwicklung der Lebensqualität zu erfassen und messbar zu machen. Sie stellen der Politik, aber auch der Wissenschaft und der Gesellschaft wichtige Informationen zur Verfügung und geben Orientierung für politisches Handeln. Auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise und eines konkreten Verständnisses von Lebensqualität kann über politische Maßnahmen zu deren Erhalt und Verbesserung diskutiert werden.

Einige Staaten, Regionen sowie staatliche und nicht-staatliche Organisationen haben daher **Berichts- und Indikatoren-Systeme** zur Lebensqualität entwickelt, wie beispielsweise der Human Development Index der Weltbank, der Better Life Index der OECD oder die Measures of Australia's Progress. Einige dienen der Information der Öffentlichkeit, andere sind praktisch genutzte Instrumente der Politik.

Neue Impulse erhielt die internationale und nationale Diskussion in jüngerer Zeit durch politische Initiativen. 2009 erarbeitete im Auftrag des damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy eine Kommission unter Leitung der Wissenschaftler Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi Vorschläge zu einer ganzheitlichen Wohlfahrtsmessung. Im Auftrag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy entwickelten 2010 der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) und der französische Conseil d'Analyse Économique gemeinsam einen konkreten Vorschlag zur Messung von Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit. In den Jahren 2011 und 2012 beschäftigte sich eine Expertengruppe im Rahmen des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin mit der Frage, wie Lebensqualität systematischer gefördert werden kann, und schlug ein „Nationales System der Bewertung von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt“ vor.

2010 setzte der Deutsche Bundestag die **Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“** ein. Neben 17 Mitgliedern der Bundestagsfraktionen gehörten der Enquete-Kommission 17 Sachverständige an, die ihre wissenschaftliche Expertise in den Prozess einbrachten. Dazu gehörten auch zwei Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“, Professor Dr. Christoph M. Schmidt und Professor Dr. Gert G. Wagner. Neben grundsätzlichen Diskussionen und fachspezifischen Erwägungen entwickelte die Enquete-Kommission ein System zur Messung des gesellschaftlichen Wohlstands, den „W3“ Indikatoren-Satz. Der Deutsche Bundestag forderte die Bundesregierung auf zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Enquete-Kommission in ihr bestehendes Berichtswesen eingepasst werden können.

Die Bundesregierung setzt mit der **Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“** einen **neuen Akzent**. Zentraler Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Berichts und Indikatoren-Systems für Deutschland wurde ein **für alle Bürgerinnen und Bürger offener und breiter gesellschaftlicher Dialog**. In insgesamt 203 Veranstaltungen diskutierten von April bis Oktober 2015 auf Einladung gesellschaftlicher Gruppen sowie der Bundeskanzlerin und aller Bundesministerinnen und Bundesminister mehr als 8.600 Bürgerinnen und Bürger vor Ort darüber, was ihnen wichtig ist – im eigenen Leben und für das Zusammenleben in Deutschland. In einem Onlinedialog sowie durch Postkarten und Coupons äußerten außerdem über 7.000 Personen ihre Meinung. Ein im Zuge einer europaweiten Ausschreibung beauftragter unabhängiger wissenschaftlicher Dienstleister wertete den Bürgerdialog aus. Auf dieser Grundlage konnte ein neues Berichts- und Indikatoren-System für Deutschland entwickelt werden, das das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger von Lebensqualität für ihr eigenes Leben und in Deutschland in den Mittelpunkt stellt.

Der **aktuelle Stand der Forschung zur Lebensqualität** bildet eine weitere Grundlage des Regierungsberichts. Er floss in die Beschreibung der zwölf Dimensionen von Lebensqualität, von Zusammenhängen und Zielkonflikten ebenso ein wie in die Zusammenstellung der Indikatoren und in die Interpretation der Veränderungen von Indikatoren im Zeitablauf.

Auch **vorhandene nationale und internationale Berichts- und Indikatoren-Systeme** wurden bei der Erstellung des Berichts berücksichtigt. Hierzu zählen neben den bereits Erwähnten beispielsweise „Measuring National Well-Being“ des britischen Statistikamtes und der „Humankind Index“ der Nicht-Regierungsorganisation Oxfam.

Um die verfügbare wissenschaftliche Expertise bestmöglich zu nutzen und der Komplexität des Themas gerecht zu werden, wurde für die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ ein **interdisziplinär besetzter wissenschaftlicher Beirat berufen**. Sechs Expertinnen und Experten begleiteten den gesamten Prozess von der Entwicklung eines Bürgerdialogs bis hin zur Frage nach Kriterien für die Indikatoren-Auswahl. In insgesamt zehn Sitzungen in einem Abstand von jeweils etwa zwei Monaten berieten die Beiräte die Bundesregierung in grundsätzlichen, fachspezifischen und methodischen Fragen. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats leisteten mit

ihren Ratschlägen, kritischen Fragen und Anmerkungen eine wertvolle Unterstützung für den Prozess. Die Verantwortung für die Erstellung des Berichts sowie die Auswahl der Indikatoren liegt hingegen ausschließlich bei der Bundesregierung.

Dem **wissenschaftlichen Beirat** gehörten folgende Personen an:

- Dr. Stefan Bergheim vom Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt in Frankfurt am Main,
- Dr. Heinz-Herbert Noll, ehemals Zentrum für Sozialindikatoren-Forschung am GESIS Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim,
- Professor Dr. Christoph M. Schmidt vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen,
- Dr. Susanne Schnorr-Bäcker vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden,
- Professor Dr. Gert G. Wagner von der Technischen Universität Berlin und
- Professor Dr. Sabine Walper vom Deutschen Jugendinstitut in München

Begleitend zur Veröffentlichung des Regierungsberichts „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ legen die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats in diesem Sammelband **eigene Diskussionsbeiträge** vor. Sie bieten die Möglichkeit der fachlichen Vertiefung, verdeutlichen den historischen Hintergrund der Debatte sowie die Vielschichtigkeit und Komplexität der Erfassung und Messung von Lebensqualität und dienen der Anregung der weiteren Diskussion:

Der Beitrag von **Dr. Heinz-Herbert Noll** geht auf den historischen Hintergrund der Debatte über Lebensqualität seit den 1960er Jahren ein. Er beschreibt, wie gesellschaftliche Wandlungsprozesse zur Entstehung des Diskurses beigetragen haben und wie er ausgehend von den USA eine zunehmende Internationalisierung erfuhr. Der Beitrag verdeutlicht den entscheidenden Beitrag der Sozialindikatorenforschung dafür, dass sich in Gesellschaft und Politik ein ganzheitliches Verständnis von Lebensqualität herausbilden konnte.

Professor Dr. Christoph Schmidt stellt die Debatte um eine ganzheitliche Wohlfahrtsmessung in Deutschland dar. Hierbei geht er insbesondere auf die Jahresgutachten

des SVRs ein, die regelmäßig ein breites Themenspektrum der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beleuchten. Er beschreibt die gemeinsame Expertise des SVR und des französischen Conseil d'Analyse Économique sowie den „W3“ Indikatoren-Satz der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Schließlich regt der Beitrag an, den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Indikatoren-Satz als regelmäßiges Diskursinstrument zu etablieren und die Indikatoren durch wissenschaftliche Begutachtung in regelmäßigen Abständen „zum Sprechen zu bringen“.

Dr. Stefan Bergheim verdeutlicht in seinem Beitrag, dass neben der wissenschaftlichen Expertise auch die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Quelle für ein besseres Verständnis von Lebensqualität ist. Immer häufiger werden auf regionaler und zunehmend auch auf nationaler Ebene Bürgerbeteiligungsformate genutzt, um Regelkreisläufe zu schaffen, die eine Verbesserung der Lebensqualität ermöglichen sollen. Ausgehend von Dialog-Prozessen werden Indikatoren ausgewählt sowie Ziele und teilweise politische Handlungsoptionen definiert, deren Wirkung anhand der Indikatoren gemessen und in neuen Dialogprozessen diskutiert werden können.

Professor Dr. Gert Wagner stellt dar, wie wissenschaftliche Expertise, repräsentative Bevölkerungsbefragungen und qualitative Dialogformate bei der Auswahl von Indikatoren sinnvoll kombiniert werden können, um Lebensqualität in ihrer Ganzheitlichkeit messbar zu machen. Die Stärke repräsentativer Bevölkerungsbefragungen liegt darin, dass alle Gruppen entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung einbezogen werden. Dies findet aber häufig anhand knapper Fragebögen statt. Dialogformate haben dagegen den Vorteil, stärker in die Tiefe gehen zu können. Langfristige und komplexe Themen wie z.B. der Klimawandel oder die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft kommen in beiden Formaten häufig zu kurz. Um diese Themen dennoch zu berücksichtigen, ist es sinnvoll, zusätzlich wissenschaftliche Expertise bei der Auswahl der Indikatoren einzubeziehen. Schließlich betont der Beitrag, dass die konkrete Auswahl der Indikatoren auf Basis dieser drei Quellen in der Hand der demokratisch gewählten politischen Entscheidungsträger liegen muss.

Der Beitrag von **Professor Dr. Sabine Walper** beschreibt am Beispiel von Kindern und Jugendlichen, dass bei der Konzeptionalisierung und Messung von Lebensqualität nach Zielgruppen differenziert werden muss. Sie

beschreibt, wie sich die Lebenswelten von Kindern und Jugendliche durch neue und zunehmend heterogene Familienmodelle und Erziehungsideale derzeit wandeln. Zudem stellt der Beitrag verschiedene theoretisch-konzeptuelle Bezugspunkte vor, die für die Auswahl von Indikatoren zum Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen entscheidend sind. Hierzu gehören unter anderem Kinderrechte, kindliche Bedürfnisse und das Konzept der Befähigung. Professor Dr. Sabine Walper spricht sich für eine langfristige und differenzierte Berichterstattung aus, die – wo irgend möglich – auch die Perspektive von Kindern und Jugendlichen einschließen sollte.

Dr. Susanne Schnorr-Bäcker macht in ihrem Beitrag deutlich, wie reichhaltig das statistische Angebot an Indikatoren schon heute ist und skizziert, welche Grundschritte und Qualitätsanforderungen an „gute“ Indikatoren bei der Auswahl zu beachten sind. Sie verweist zudem auf die Entwicklungspotenziale, die die immer kleinräumigere und exaktere Datenerfassung bietet. Schließlich betont der Beitrag die Aufgabe der amtlichen Statistik, Daten bereitzustellen, die den Stand und die Entwicklungen in wesentlichen Bereichen widerspiegeln, und bestehende Daten-Lücken zu schließen. Neue Datenquellen („Big Data“), die durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen, bieten dafür großes Potential.

Die Bundesregierung dankt allen Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats für ihr Engagement, ihre sachkundige Unterstützung sowie ihre wertvollen Beiträge. Die Fortsetzung der Debatte über Lebensqualität – in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft – gehört zu den wichtigsten Zielen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“.

ⁱ Koalitionsvertrag (2013): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“, 18. Legislaturperiode, S. 14-15.

Zur Geschichte der Sozialindikatorenforschung: Messung, Beobachtung und Analyse der Lebensqualität

von Heinz-Herbert Noll, Mannheim

■ Anfänge, Ziele und Entstehungskontext

Die empirische Beobachtung und Analyse der Lebensqualität hat nicht nur, aber insbesondere in Deutschland eine lange Tradition und lässt sich bis in die frühen 1970er Jahre zurückverfolgen. Es war ein sich damals neu formierender Forschungszweig der Sozialwissenschaften – die Sozialindikatorenforschung – die sich das Ziel auf die Fahne geschrieben hatte, die Wohlfahrt der Bevölkerung anders, differenzierter und besser zu messen, zu beobachten und zu analysieren als es bis dahin üblich war. Das bedeutete vor allem, sich nicht mehr alleine auf das damals primär und nahezu ausschließlich als Wohlfahrtsmaß verwendete Bruttosozialprodukt und andere Kennziffern der Wirtschaftsberichterstattung zu verlassen, sondern einem sich wandelnden und über materiellen Wohlstand hinausgehenden Verständnis von Wohlfahrt Rechnung tragend, neue und angemessenere Messkonzepte und Indikatoren zu entwickeln. Insofern kann man die Sozialindikatorenforschung auch als eine frühe „beyond GDP“-Bewegung betrachten, die für die heutige Diskussion wegweisend war und ist.

Das Umdenken war nicht zuletzt eine Folge von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die bereits in den 1960er Jahren eingesetzt hatten, d.h. in einer Entwicklungsperiode, die einerseits durch eine prosperierende Wirtschaft, aber andererseits auch durch verschiedene Umbrüche gekennzeichnet war. Dazu gehörte insbesondere die Tatsache, dass wirtschaftliches Wachstum und der materielle Wohlstand als Inbegriff des gesellschaftlichen Fortschritts in dieser Phase anhaltender Prosperität erstmals ernsthaft in Frage gestellt wurden. Genährt wurden die Zweifel einerseits dadurch, dass die Kehrseiten von wirtschaftlichem Wachstum und privatem Wohlstand in Form von ökologischen und sozialen Kosten sowie Armutsinseln inmitten der reichen Gesellschaften zunehmend sichtbar und bewusst wurden und andererseits auch durch einen einsetzenden Struktur- und Wertewandel in Richtung einer postindustriellen und postmateriellen Gesellschaft. Im Zuge dieser Entwicklungen wurde ein abnehmender Grenznutzen des materiellen Wohlstands konstatiert und die Frage aufgeworfen, ob ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum und zunehmender materieller Wohlstand tatsächlich auch zu einem qualitativ besseren Leben führe. Andererseits gab es einen bis dahin nicht gekannten Optimismus, den gesellschaftlichen Wandel politisch umfassend steuern und den vorherrschenden Wert- und Zielvorstellungen entsprechend gestalten zu können.

Damit ist in groben Zügen der gesellschaftliche Kontext und Zeitgeist skizziert, in dem Lebensqualität als ein neues, multidimensionales Konzept von Wohlfahrt und als Entwicklungsziel von wohlhabenden, postindustriellen Gesellschaften entstanden ist. So stellte z.B. Richard Goodwin, der Redenschreiber des damaligen amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson, fest: „[...] the Great Society is concerned not with how much, but how good – not with the quantity of our goods but with *the quality of our lives*“.¹ Auch in Deutschland wurde das Konzept der Lebensqualität bereits in den frühen 1970er Jahren von der Politik aufgegriffen.² Das gilt besonders für die SPD, die es als programmatisches Leitkonzept in ihrem Bundestagswahlkampf von 1972 verwendete.³ In ihrem damaligen Wahlprogramm „Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens“ hieß es: „Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard [...] Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.“

Die Sozialindikatorenforschung, deren hauptsächliches Ziel bis heute darin besteht, das Konzept der Lebensqualität zu operationalisieren und zu quantifizieren, trat mit der Veröffentlichung des vor genau 50 Jahren von Raymond Bauer herausgegebenen Bandes „Social Indicators“ erstmals als ein spezielles Gebiet der empirischen Sozialwissenschaften in Erscheinung. Der Band, der in der Reihe „Technology, Space, and Society“ der American Academy of Arts and Sciences erschienen ist, war das Ergebnis eines von der amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA geförderten Projekts, das die gesellschaftlichen Nebenwirkungen (second order consequences) des amerikanischen Raumfahrtprogramms erforschen sollte. Dabei stellte man allerdings fest, dass die für ein solches Vorhaben benötigten empirischen Informationsgrundlagen weitgehend fehlten und weder von der amtlichen Statistik noch von anderen staatlichen Behörden oder nicht-amtlichen Datenproduzenten angeboten wurden: „If we examine the President’s major policy documents, particularly the Economic Report and the Budget Message, we find practically no information whatsoever on ‚social structures‘. We find that the major indicators deal not with how good but how much, not with the quality of our lives, but rather with the quantity of goods and dollars.“⁴ Diese Diagnose veranlasste die Autoren des Bandes, die Entwicklung eines „system of social indicators and accounting“ als ein Instrumentarium vorzuschlagen „by which our society can assess where we are now and where we have been, and [...] are going in a number of areas critical to our national welfare“.⁵

Bis heute viel zitiert ist Raymond Bauers Definition sozialer Indikatoren als „statistics [...] and other forms of evidence that enable us to assess where we stand and are going with respect to our values and goals“⁶ Mancur Olson – ein weiterer amerikanischer Pionier der Sozialindikatorenbewegung – definierte einen sozialen Indikator als „a statistic of direct normative interest which facilitates concise, comprehensive and balanced judgements about the condition of major aspects of a society. [...] It is a direct measure of welfare and is subject to the interpretation that if it changes in the ‚right‘ direction [...] things have gotten better, or people are ‚better off“⁷. Im Auftrag der US-Regierung hatte Olson einen ersten Prototyp eines „Social Reports“ entwickelt, der am letzten Tag der Johnson-Administration publiziert wurde. Der Wechsel in der Präsidentschaft von Lyndon B. Johnson zu Richard Nixon und der damit verbundene politische Wandel haben jedoch verhindert, dass der Report institutionalisiert wurde und dazu geführt, dass es in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) bei diesem Prototyp eines „Social Reports“ geblieben ist. Dabei hatte man gehofft, nicht nur einen regelmäßig zu veröffentlichenden „Social Report“ in Analogie zu dem traditionellen „Economic Report“, sondern – am Vorbild des „Council of Economic Advisers“ orientiert – auch ein „Council of Social Advisers“ etablieren zu können.⁸

Die beiden zitierten Definitionen betonen den normativen Charakter sozialer Indikatoren und weisen zudem unmissverständlich auf die Funktion hin, gesellschaftlichen Fortschritt, verstanden als Verbesserung der Lebensqualität oder sozialen Wandel in Relation zu normativen Standards, wie z.B. Werten und Entwicklungszielen, zu messen und empirisch zu beobachten. Diese Funktionszuschreibungen gelten bis heute als konstitutiv für das Verständnis sozialer Indikatoren. Aus der primären Funktion der Messung der Lebensqualität leiten sich – neben dem normativen Bezug – zudem zwei weitere nach wie vor gültige charakteristische Eigenschaften sozialer Indikatoren ab: die Fokussierung auf Individuen und private Haushalte als Beobachtungs- und Analyseeinheiten sowie die Priorisierung der Messung von Outcomes bzw. Ergebnissen oder Erträgen gesellschaftlicher Prozesse gegenüber Inputs bzw. aufgewendeten Mitteln.

Wenngleich erst in den 1960er Jahren explizit in Erscheinung getreten, hatte die moderne Sozialindikatorenforschung – damals wegen der „Mission“ und Aufbruchsstimmung und der nicht nur akademische Sozialwissenschaftler, sondern auch Statistiker und „policy maker“ umfassenden Protago-

nisten auch „Sozialindikatorenbewegung“⁹ genannt – verschiedene Ausgangs- und Anknüpfungspunkte. Dazu gehörten unter anderem die Arbeiten von William F. Ogburn aus den 1920er und 1930er Jahren zur empirischen Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungstrends sowie die später von Jan Drewnowski im Rahmen von Projekten der Vereinten Nationen entwickelten Ansätze zur Wohlfahrtsmessung. Als wegbereitend für die moderne Sozialindikatorenforschung weniger bekannt und kaum gewürdigt sind die Arbeiten des italienischen Statistikers und Kriminologen Alfredo Niceforo. Unter anderem mit seinem Buch „Les indices numérique de la civilisation et du progrès“¹⁰ hat er einen bemerkenswerten Beitrag zur Messung und Beobachtung von Zivilisation und sozialem Fortschritt geleistet und eine Perspektive verfolgt, die erstaunliche Parallelen zu der modernen Sozialindikatorenforschung aufweist.¹¹ Sieht man von der viel älteren Tradition der allgemeinen Sozialstatistik ab, ist Niceforo damit als einer der maßgeblichen Urheber einer umfassenden Messung und Analyse von Wohlfahrt und Lebensqualität zu betrachten, wie sie die moderne Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung zum Gegenstand hat.

■ Entwicklungen und Meilensteine¹²

Die USA waren zweifellos Ursprung und Kern des frühen „social indicators movements“. Neben dem bereits erwähnten Band „Social Indicators“ und dem von Olson verfassten Prototyp eines „Social Reports“ waren dort in kurzer Zeit eine Vielzahl von Forschungsaktivitäten und Publikationsprojekten entstanden,¹³ was unter anderem auch dazu führte, dass 1972 ein von der National Science Foundation gefördertes „Center for Coordination of Research on Social Indicators“ etabliert wurde. Besonders zu erwähnen ist unter den vielen Projekten und Publikationen eine Initiative der Russell Sage Foundation, die zu mehreren vielbeachteten Buchveröffentlichungen führte, darunter „Indicators of Social Change“¹⁴, „The Human Meaning of Social Change“¹⁵ sowie „The Quality of American Life“¹⁶. Während der Band „Indicators of Social Change“ noch ganz in der Tradition der von Ogburn begründeten Beobachtung des strukturellen Wandels und gesellschaftlicher Entwicklungstrends stand, hat der komplementär dazu konzipierte Band „The Human Meaning of Social Change“ nicht nur die Diskussion über „subjektive“ soziale Indikatoren eröffnet¹⁷, sondern auch die Perspektive der Erforschung des subjektiven Wohlbefindens begründet, die seit den späten 1990er Jahren weit über

die Sozialindikatorenforschung hinaus einen enormen Aufschwung erlebt und große öffentliche Aufmerksamkeit erzielt hat.

Campbell und Converse hatten mit ihrem Band die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass es für die Lebensqualität konstitutiv sei, dass sie von den Bürgern subjektiv wahrgenommen und erlebt werden müsse und damit das subjektive Wohlbefinden der einzelnen Individuen zum Ziel und Maßstab erklärt, an dem die Entwicklung der Gesellschaft und das Niveau der individuellen Wohlfahrt letztlich zu messen und zu bewerten sei: „The quality of life must be in the eye of the beholder“.¹⁸ Dementsprechend wird der „common man himself“ auch als der beste Experte für die Beurteilung seiner eigenen – primär als subjektives Wohlbefinden verstandenen – Lebensqualität betrachtet, für dessen Messung in erster Linie subjektive Indikatoren, wie z.B. das Empfinden von Zufriedenheit und Glück geeignet erschienen. Praktisch umgesetzt wurde die programmatische Perspektive des „American Quality of Life Approaches“¹⁹ erstmals im Rahmen der umfassenden – auf einem Lebensqualitäts-Survey basierenden – empirischen Studie „The Quality of American Life“, deren Ergebnisse 1976 veröffentlicht wurden.²⁰

Von den USA ausgehend, hatten sich die Ideen, Ziele und Perspektiven der neu entstandenen Forschungsrichtung zu Beginn der 1970er Jahre schnell verbreitet und wurden in der Folge in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern sowie von inter- und supranationalen Organisationen, wie z.B. der OECD, den Vereinten Nationen und nicht zuletzt auch der Europäischen Gemeinschaft, aufgegriffen, weiterentwickelt sowie vielfach auch implementiert. Während die OECD mit ihrem „Program of Work on Social Indicators“²¹ und die Vereinten Nationen mit einem von dem späteren Nobelpreisträger Richard Stone entworfenen „System of Social and Demographic Statistics“²² jeweils mit ambitionierten – wenn auch letztlich unvollendet gebliebenen – Programmen auf die Herausforderungen des „social indicators movements“ reagiert hatten, leistete das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft EUROSTAT mit der Publikationsserie „Social Indicators for the European Community“ (1977, 1980, 1984) einen frühen praktischen Beitrag zu einem Monitoring von Wohlfahrt und Lebensqualität in den Mitgliedsländern der damaligen Europäischen Gemeinschaft, dem später weitere folgen sollten.

In Europa fand die Sozialindikatorenforschung in Deutschland und in den skandinavischen Gesellschaften außergewöhnlich große Resonanz, aber auch in anderen Ländern, wie z.B. Frankreich²³, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz, gab es vielbeachtete Aktivitäten auf diesem damals neuen Forschungsfeld.²⁴ In den nordischen Ländern – vor allem Schweden und Finnland – hatte die europäische Sozialindikatorenforschung eines ihrer Zentren, was nicht zuletzt mit dem in diesen Ländern besonders ausgeprägten Wohlfahrtsstaat erklärt wurde. Dementsprechend hatten insbesondere die schwedischen Aktivitäten einen engen sozialpolitischen Bezug. Im Mittelpunkt standen hier der ursprünglich am „Institute for Social Research“ der Universität Stockholm entwickelte „Level of Living-Survey“²⁵ sowie die ab 1974 von Statistics Sweden regelmäßig durchgeführten „Living Conditions“-Surveys, die erst vor wenigen Jahren zugunsten der Beteiligung Schwedens an der „EU-SILC“-Erhebung eingestellt wurden. Die „Living Conditions“-Surveys dienten als Datengrundlage für ein regelmäßiges „monitoring“ der Lebensbedingungen der schwedischen Bevölkerung sowie diverse Aktivitäten der Sozialberichterstattung.²⁶ Die theoretische Grundlage bildete das von Richard Titmuss sowie Arbeiten der Vereinten Nationen inspirierte „Level of Living“-Konzept. Wohlfahrt – und das bedeutet im skandinavischen Kontext zugleich auch Lebensqualität²⁷ – wird im Rahmen dieses Ansatzes über ein Ressourcenkonzept definiert als „individuals command over, under given determinants mobilizable resources, with whose help he/she can control and consciously direct his/her living conditions“.²⁸ Unter individuellen Ressourcen werden dabei neben Einkommen und Vermögen z.B. auch Bildung, die psychische und physische Konstitution sowie soziale Beziehungen verstanden, die gezielt eingesetzt werden können, um das eigene Leben den individuellen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Diesem Verständnis von Wohlfahrt und Lebensqualität entspricht, dass sich die empirische Beobachtung und Analyse in erster Linie auf objektive Indikatoren stützt.²⁹

In Finnland war es der Soziologe Erik Allardt, der Lebensqualität als eine Kombination von drei Dimensionen – der Bedürfniskategorien „Having, Loving, Being“ – konzeptualisierte und zu Beginn der 1970er Jahre erstmals zum Gegenstand eines vergleichenden skandinavischen (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden) Lebensqualitäts-Surveys machte.³⁰ Mit „having“ bezeichnete Allardt materielle Grundbedürfnisse, mit „loving“ soziale Bedürfnisse und mit „being“ Bedürfnisse der Entfaltung der Persönlichkeit und

Selbstverwirklichung. Im Gegensatz zu dem schwedischen „level of living“-Konzept geht es dabei nicht um die Verfügung über Ressourcen, sondern die Befriedigung von Grundbedürfnissen, und anders als dort werden für die Messung des Grades der Bedürfnisbefriedigung nicht nur objektive, sondern auch subjektive Indikatoren herangezogen.

Zweifellos bildete auch die frühere Bundesrepublik Deutschland ein Zentrum der Sozialindikatorenforschung in Europa. Es war vor allem der Soziologe Wolfgang Zapf, der die neuartigen Ideen und Konzepte einer Wohlfahrtsmessung „beyond GDP“ Anfang der 1970er Jahre in den USA aufgegriffen hatte und hierzulande mit seinen Publikationen³¹ in die wissenschaftliche Diskussion einbrachte und propagierte. Seiner Initiative ist nicht nur die 1972 erfolgte Gründung und Etablierung einer „Sektion soziale Indikatoren“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zu verdanken, die bis heute existiert. Zusammen mit dem Ökonomen Hans-Jürgen Krupp hat Wolfgang Zapf auch das SPES-Projekt (Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatoren-System für die Bundesrepublik Deutschland) begründet und geleitet, das von 1972 bis 1978 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde. Zu den wichtigsten Ergebnissen des SPES-Projekts gehört die Entwicklung eines Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland³², das in dem 1977 veröffentlichten Band „Lebensbedingungen in der Bundesrepublik – Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung“³³ erstmals publiziert wurde und eine beachtliche öffentliche Wirkung erzielte.³⁴

Zu den Meilensteinen der Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung in Deutschland gehört darüber hinaus auch die Serie von „Wohlfahrtssurveys“, die zwischen 1978 und 1998 – ebenfalls unter der Leitung von Wolfgang Zapf – zunächst in den alten und nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Bundesländern durchgeführt wurden.³⁵ Der Wohlfahrtssurvey war eine speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität – in ihren objektiven und subjektiven Komponenten – konzipierte, wissenschaftstragende Repräsentativbefragung der deutschen Wohnbevölkerung und stellte – insbesondere auch im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses – eine der wichtigsten Datengrundlagen für eine kontinuierliche empirische Beobachtung der Lebensqualität und eine regelmäßige Sozialberichterstattung in Deutschland dar. Hatte sich die Entwicklung und Implementierung eines Systems sozialer Indikatoren ursprünglich – nicht zuletzt aus Gründen des

Fehlens geeigneter subjektiver Daten – noch auf objektive Indikatoren zur Beobachtung der faktischen Lebensbedingungen beschränken müssen, eröffneten die Wohlfahrtssurveys vielfältige Möglichkeiten, das Konzept sowie die Messung und Analyse der Lebensqualität um subjektive Komponenten und Dimensionen zu erweitern, wie es fortan zum „state of the art“ gehörte. Lebensqualität wird im Kontext dieser Forschung nun verstanden als „gute Lebensbedingungen, die mit einem positiven subjektiven Wohlbefinden zusammengehen“³⁶. Eine auf den Wohlfahrtssurveys von 1978 und 1980 basierende umfassende und detaillierte Darstellung und Analyse der Lebensqualität in ihren objektiven und subjektiven Komponenten wurde mit dem Band „Lebensqualität in der Bundesrepublik“³⁷ vorgelegt, darunter – erstmals für die Bundesrepublik Deutschland – auch ausführliche Analysen zum subjektiven Wohlbefinden. Unter den verschiedenen, den Wohlfahrtssurveys zugrundeliegenden, Forschungsfragen war die nach dem Verhältnis von objektiven Lebensumständen und dem subjektiven Wohlbefinden vermutlich diejenige, die bis heute das größte Interesse auf sich zieht. Der generelle Befund, dass der Zusammenhang „between changes in objective conditions and psychological states is both indeterminate and sometimes paradoxical“³⁸, was bedeutet, dass sich das subjektive Wohlbefinden nicht ohne Weiteres aus den objektiven Umständen erschließen lässt, bleibt – wie aktuelle Diskussionen zeigen – für viele Beobachter bis heute überraschend.

Es ist vor allem den Wohlfahrtssurveys zu verdanken, dass in Deutschland für den langen Zeitraum seit den späten 1970er Jahren umfangreiche Längsschnittdaten nicht nur zur Entwicklung der objektiven Lebensverhältnisse, sondern auch der subjektiv wahrgenommenen und bewerteten Lebensqualität vorliegen. Auch nach der mit dem Survey von 1998 beendeten Erhebungsserie wirken die Wohlfahrtssurveys bis heute fort, nachdem eine Vielzahl der dort verwendeten Erhebungsinstrumente, nicht nur das zur Messung der Lebenszufriedenheit, ihren Weg in andere Surveys gefunden haben. Dazu gehört insbesondere das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), aber auch der European Quality of Life Survey (EQLS), zwei Erhebungsprogramme, die gegenwärtig zu den wichtigsten Datenquellen für die Beobachtung und Analyse der Lebensqualität in Deutschland und Europa zählen. Die Sozialindikatorenforschung hat – das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für zahlreiche andere Länder sowie für die supranationale Ebene – mit einer bemerkenswerten Weitsicht nicht zuletzt auch das Ziel verfolgt, die Daten-

grundlagen für eine empirisch-quantitative Beobachtung und Analyse der Lebensqualität zu verbessern oder gar erst zu entwickeln. Ohne die diesbezüglichen, bis in ihre Entstehungszeit zurückreichenden Anstrengungen und Erfolge, insbesondere in der Form der Etablierung von Lebensqualitätssurveys, wäre z.B. die seit Jahren florierende und Disziplinen übergreifende Glücks- und Wohlbefindensforschung kaum möglich gewesen.

Für eine dauerhafte Etablierung der Sozialindikatorenforschung waren nicht zuletzt auch verschiedene Schritte der Professionalisierung und Institutionalisierung von Bedeutung, wie z.B. die Gründung spezialisierter Fachzeitschriften und wissenschaftlicher Assoziationen. An erster Stelle ist hier das 1974 aus der Taufe gehobene internationale Journal „Social Indicators Research“ zu nennen, von dem bis heute 126 Bände mit nahezu 4000 Artikeln erschienen sind. Wichtige Informationsfunktionen erfüllen zudem der 1984 begründete internationale Newsletter „Social Indicators Network News“ (SINET) sowie – speziell für Deutschland – der seit 1989 vom Zentrum für Sozialindikatorenforschung herausgegebene und regelmäßig erscheinende „Informationsdienst Soziale Indikatoren“, der im Februar 2016 in seiner 55. Ausgabe publiziert wurde. Neben der bereits erwähnten „Sektion Soziale Indikatoren“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, ist die Sozialindikatorenforschung seit 1988 auch in der International Sociological Association (ISA) repräsentiert, zunächst als Working Group und seit 2008 als Research Committee „Social Indicators“. Mit der „International Society for Quality of Life Studies“ gibt es zudem eine interdisziplinäre Vereinigung, die sich mit Fragen der Messung und Analyse der Lebensqualität befasst. Als Zeichen einer gelungenen Etablierung und Professionalisierung der Sozialindikatorenforschung zu erwähnen ist schließlich auch das Vorliegen einer umfassenden, zwölfbändigen „Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research“³⁹.

■ Anwendungsgebiete: „Social Monitoring“ und Sozialberichterstattung

Die Sozialindikatorenforschung hat sich nie als eine ausschließlich innerakademische Fachdisziplin verstanden, sondern war seit ihren Anfängen vor allem auf praktische Anwendungen auf dem Gebiet der Sozialberichterstattung sowie der empirischen Beobachtung und Analyse der Lebensqualität ausgerichtet. Ihre vorrangigen Ziele sah sie einerseits in der Bereitstellung von Informationen für eine evidenzbasierte Politik sowie darüber hinaus

auch in der Aufklärung der allgemeinen Öffentlichkeit bzw. des „mündigen Bürgers“. Nicht zu Unrecht ist die Sozialberichterstattung daher auch als Beitrag zu einer „demokratischen Infrastruktur“ bezeichnet worden⁴⁰.

Die Erfolge der Sozialindikatorenforschung sind demgemäß vor allem an ihrem vermutlich wichtigsten Anwendungsbereich abzulesen, Aktivitäten eines quantitativen „Monitoring“ der Lebensqualität der Bevölkerung und einer regelmäßigen Sozialberichterstattung, wie man sie heute in zahlreichen entwickelten Gesellschaften, aber auch auf der inter- und supranationalen Ebene findet. Unter „Social Monitoring“ ist auch die Dauerbeobachtung von Tendenzen des sozialen Wandels, aber mehr noch eine systematische und kontinuierliche Beobachtung des individuellen und gesellschaftlichen Wohlergehens bzw. der Lebensqualität zu verstehen, das sich auf quantitative Instrumente, wie z.B. Indikatoren-Systeme, „indicator dashboards“ oder auch summarische Wohlfahrtsindices stützt. Die Sozialberichterstattung geht über das reine Monitoring hinaus, indem sie auch Elemente von Analyse, Interpretation und Bewertung beinhaltet und auf eine umfassende Beurteilung der Lebensverhältnisse und des Wohlergehens der gesamten Bevölkerung bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen in ihrer zeitlichen Entwicklung oder auch im internationalen Vergleich abzielt. Aus der Sicht eines neuseeländischen Sozialberichts geht es letztlich darum „to measure what is important - what a society cares about [...] This involves making some explicit value judgements about what quality of life means, and about the characteristics of society considered desirable“⁴¹.

Aktivitäten der Sozialberichterstattung und des „Social Monitoring“ zeichnen sich durch eine Reihe von spezifischen Eigenschaften aus:⁴²

- den Fokus auf die individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität als Beobachtungsgegenstand,
- die Konzentration auf Individuen und private Haushalte als Beobachtungs- und Analyseeinheiten,
- die vorrangige Betrachtung von „Outcomes“ und Ergebnissen gesellschaftlicher Prozesse gegenüber „Inputs“ und Aufwendungen,
- eine normative Orientierung und das damit verbundene Interesse, Verbesserungen und Verschlechterungen bzw. Fortschritt und Rückschritt über die Zeit sowie Ungleichheit in der Verteilung von Lebensqualität im Vergleich von Bevölkerungsgruppen, Regionen, Nationen usw. festzustellen,

- die Zielsetzung, Expertenwissen für politische Eliten, Administrationen und Regierungen, aber zugleich auch Informationen für den „mündigen Bürger“ zu liefern,
- eine empirisch-quantitative Ausrichtung und die Verwendung repräsentativer Daten,
- Kontinuität und Aktualität der Beobachtung und Berichterstattung,
- Verständlichkeit der Ergebnisdarstellung nicht nur für Experten, sondern auch für die allgemeine Öffentlichkeit.

Seit dem bereits erwähnten Erscheinen von „Toward a Social Report“ sind rund um den Globus zahlreiche nationale und supranationale Sozialberichte publiziert worden.⁴³ Einige der bekanntesten europäischen Beispiele dieses Genres, wie z.B. die britischen „Social Trends“, der niederländische „Social en Cultureel Rapport“ sowie der französische Sozialbericht „Données Sociales“ wurden seit den frühen 1970er Jahren regelmäßig veröffentlicht. In Deutschland gilt der 1985 erstmals publizierte und in Kooperation zwischen amtlicher Statistik und akademischer Sozialindikatorenforschung produzierte „Datenreport“ als der am weitesten verbreitete Sozialbericht, aber es gab und gibt daneben zahlreiche weitere Berichterstattungsaktivitäten⁴⁴, wie z.B. der 2001 erstmals von der Bundesregierung veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht oder der seit 1992 vom Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFZ) veröffentlichte „Sozialreport“ mit einem besonderen Fokus auf die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern. Neben Sozialberichten sind überdies zahlreiche „Social Monitoring“-Aktivitäten aus der Sozialindikatorenforschung hervorgegangen, die von frühen Beispielen wie dem „System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik“ oder dem schwedischen „ULF-System“ bis zu aktuellen Initiativen wie dem OECD „Better Life“ – Projekt, der britischen Initiative „Measures of National Well-being“, den „Quality of Life Indicators“ von EUROSTAT und den „Europe 2020-Indicators“ der Europäischen Union reichen.

Es würde zu weit führen, die aus der Sozialindikatorenforschung resultierende Entwicklung der Sozialberichterstattung und des „Social Monitoring“ an dieser Stelle im Einzelnen nachzuzeichnen. Eine dazu kürzlich vorgenommene – weitgehend auf europäische Nationen sowie supranationale Organisationen beschränkte – umfassende Bestandsaufnahme hat auf der nationalen Ebene nahezu 150 Sozialberichterstattungs- und Monitoring-Projekte in 32 europäischen Ländern nachgewiesen sowie weitere 90

pan-europäische bzw. supranationale Aktivitäten.⁴⁵ Dabei sind in diesen Zahlen lediglich umfassende – das heißt bereichsübergreifende – und keine „domain“-spezifischen Aktivitäten, wie Familien-, Armuts- oder Bildungsberichte, berücksichtigt worden.⁴⁶ Dass es in Europa gegenwärtig – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum noch Länder ohne Sozialberichterstattungs- und „Social Monitoring“-Aktivitäten gibt, ist zweifellos auch als ein großer Erfolg der Sozialindikatorenforschung zu betrachten.

■ Fazit

Alles in allem hat sich die Sozialindikatorenforschung in den vergangenen fünfzig Jahren als ein zwar vergleichsweise kleines, aber doch eigenständiges, spezialisiertes und erfolgreiches Forschungsgebiet innerhalb der Sozialwissenschaften etabliert. Den Jahren der Entstehung und Formierung folgte zunächst eine Boomperiode in den 1970er und sodann eine Phase der Stagnation in den 1980er Jahren, nachdem die durch die Ölpreisschocks ausgelöste ökonomische Krise die politischen Prioritäten verändert hatte⁴⁷. Das Interesse an der Sozialindikatorenforschung wuchs am Ende der 1980er Jahre jedoch wieder an und hält sich bis in die Gegenwart. Nie zuvor hat ihr vor einem halben Jahrhundert gefundener zentraler Forschungsgegenstand – die Lebensqualität und ihre Messung – in den Medien, aber auch in der Politik so viel Aufmerksamkeit gefunden wie heute. Es ist in erster Linie das Verdienst der Sozialindikatorenforschung, wenn inzwischen ein weithin anerkanntes Instrumentarium zur Messung und kontinuierlichen Beobachtung sowie geeignete Daten zur Analyse der Lebensqualität auf der nationalen und internationalen Ebene zur Verfügung stehen. Aktivitäten des „Social Monitoring“ und der Sozialberichterstattung als ein zentraler Anwendungsbereich der Sozialindikatorenforschung, sind mittlerweile weltweit, aber insbesondere in fast allen europäischen Ländern, anerkannter Bestandteil einer entwickelten „Informationsinfrastruktur“.

Wenn nun – fünfzig Jahre nach Erscheinen des Bandes „Social Indicators“⁴⁸ und nahezu vierzig Jahre nach der Publikation der ersten umfassenden Bestandsaufnahme zur Entwicklung der „Lebensbedingungen in der Bundesrepublik“⁴⁹ – erstmals ein offizieller Bericht zur Lebensqualität von einer deutschen Bundesregierung publiziert wird, ist dies als ein Ereignis zu betrachten, auf das die Sozialindikatorenforschung lange hingearbeitet hat und ein Ergebnis, das ohne sie kaum zustande gekommen wäre.

- ¹ Zitiert nach Bauer 1966: xii; Hervorhebung HHN. Der Wirtschaftswissenschaftler A.C. Pigou hat mit seinem 1920 erstmals erschienenen Werk „Economics of Welfare“ nicht nur den Wohlfahrtsbegriff in die moderne wissenschaftliche Diskussion eingeführt, sondern war nach unseren Recherchen auch derjenige, der den Begriff „quality of life“ zuerst für außerökonomische Aspekte der Wohlfahrt verwendet hat (Noll 1982: 9).
- ² Noll 2000: 4f.
- ³ Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf den 1972 von der IG Metall veranstalteten internationalen Kongress „Aufgabe Zukunft Qualität des Lebens“ mit 1250 Teilnehmern aus 22 Ländern. Zu den prominentesten Teilnehmern aus der Politik gehörten der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann, der schwedische Ministerpräsident Olof Palme sowie die Bundesminister Walter Arendt, Horst Ehmke und Erhard Eppler. Die Beiträge wurden in einer zehnbändigen Buchausgabe veröffentlicht, die 1973/74 bei der Europäischen Verlagsanstalt erschienen ist.
- ⁴ Gross 1966: xiii.
- ⁵ Stevensen 1966: vii.
- ⁶ Bauer 1966: 1.
- ⁷ U.S. Department of Health, Education, and Welfare 1969: 97
- ⁸ Es war insbesondere der Senator und spätere Vizepräsident der Vereinigten Staaten Walter F. Mondale, der sich für die Einrichtung eines „Council of Social Advisers“ eingesetzt hatte, das im „Executive Office“ des Präsidenten lokalisiert werden sollte. Der sogenannte „Full Opportunity and National Goals and Priorities Act“ hatte 1970 zwar den U.S. Senat passiert, wurde aber vom Repräsentantenhaus nicht angenommen.
- ⁹ Duncan 1969.
- ¹⁰ Niceforo 1921.
- ¹¹ In deutscher Übersetzung ist der Band einige Jahre später (1930) unter dem Titel „Kultur und Fortschritt im Spiegel der Zahlen“ erschienen. Indem Niceforo im letzten Kapitel seines vor nahezu 100 Jahren publizierten Bandes auch das Thema „Glück“ behandelt und die Frage diskutiert, inwieweit die Menschen Verbesserungen der Lebensbedingungen und sozialen Fortschritt auch subjektiv wahrnehmen und empfinden, thematisierte Niceforo mit dem Zusammenhang von objektiven Lebensumständen und subjektivem Wohlbefinden schon frühzeitig einen zentralen Topos der modernen Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung. Er kam zu dem Schluss, dass auch unter den Bedingungen von sozialem Fortschritt und einer Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen nicht zu erwarten sei, dass die Menschen längerfristig glücklicher würden.
- ¹² Es würde den Rahmen dieses kurzen Beitrags sprengen, die Entwicklung der Sozialindikatorenforschung über die wenigen nachfolgend angesprochenen Meilensteine hinaus in größerem Detail darzustellen. Für weitere Betrachtungen zur Geschichte der Sozialindikatorenforschung vgl. unter anderem Noll/Zapf (1994), Cobb/Rixford (1998), Noll (2005), Land (2014), Land/Michalos (2016). Einen Überblick über die Entwicklung wesentlicher Teile der Sozialindikatorenforschung in Deutschland bieten die insgesamt zwanzig Tagungsbände, die in der Reihe der DGS-Sektion Soziale Indikatoren zwischen 1974 und 2000 publiziert wurden. Herausgeber waren die Sprecher der Sektion (W. Zapf; H.-J. Hoffmann-Nowotny; F. Gehrman; W. Glatzer; H.-H. Noll) für die jeweilige Dauer ihrer Amtszeit: www.sozioogie.de/de/sektionen/sektionen/soziale-indikatoren/leseliste/buchreihe-der-sektion.html, zuletzt aufgerufen am 20.04.2016.
- ¹³ „Work on social indicators flourished in the United States in 1970s with thousands of relevant articles and books being published“ (Cobb/Rixford 1998: 10f.).
- ¹⁴ Sheldon/Moore 1968.
- ¹⁵ Campbell/Converse 1972.
- ¹⁶ Campbell/Converse/Rodgers 1976.
- ¹⁷ Zur Diskussion über subjektive soziale Indikatoren vgl. u.a. Noll (1989; 2013a)
- ¹⁸ Campbell 1972: 442.
- ¹⁹ Noll 2005: 194.
- ²⁰ Campbell/Converse/Rodgers 1976.
- ²¹ Bertrand 1986/87.
- ²² Noll 1976.
- ²³ Mit seiner Buchveröffentlichung „Les Indicateurs Sociaux“ (Delors 1971) hat auch der spätere Präsident der Europäischen Kommission Jaques Delors einen vielbeachteten Beitrag zu der in Frankreich aufkommenden Sozialindikatorenforschung geleistet.
- ²⁴ Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Sozialindikatorenforschung damals – allerdings in spezifischer Färbung – auch in einigen der sozialistischen Länder Ost-/Mitteleuropas aufgegriffen wurde. Dazu gehörten neben der UdSSR u.a. auch Ungarn und die DDR, wo z.B. in den 1980er Jahren ein System von Indikatoren der sozialistischen Lebensweise entwickelt wurde. Vgl. dazu Noll (1992).
- ²⁵ Johansson 1973.

- ²⁶ Vogel/Häll 1997.
- ²⁷ Allardt 1993: 88
- ²⁸ Erikson 1993: 72 ff. Ein neueres, dem „level of living-approach“ in mancher Hinsicht ähnliches, Konzept von Wohlfahrt und Lebensqualität ist der sogenannte „capabilities-approach“ von Amartya Sen (1993).
- ²⁹ Vgl. Erikson (1993: 77): „We [...] try to assess the individual's level of living in a way which makes it as little influenced as possible by the individual's evaluation of his own situation“.
- ³⁰ Allardt 1973; 1993.
- ³¹ Zapf 1972; 1973.
- ³² Noll 2014a.
- ³³ Zapf 1977.
- ³⁴ Das im Rahmen des SPES-Projekts entwickelte System Sozialer Indikatoren wurde bis in die Gegenwart an dem 1987 gegründeten „Zentrum für Sozialindikatorenforschung“ (ZUMA/GESIS) erweitert, weiterentwickelt und regelmäßig aktualisiert. Die teilweise bis zum Beginn der 1950er Jahre zurückreichenden Zeitreihendaten für die ca. 400 Indikatoren wurden über das Online-Informationssystem „Social Indicators Monitor“ (SIMon) öffentlich zugänglich gemacht.
- ³⁵ Noll 2014b. Die Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1988 wurden überwiegend im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim unter der Leitung von W. Zapf, W. Glatzer und H.-H. Noll durchgeführt. Die Wohlfahrtssurveys 1993 und 1998 waren Kooperationsprojekte der WZB-Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ und dem „Zentrum für Sozialindikatorenforschung“ von ZUMA/GESIS unter der Leitung von W. Zapf, H.-H. Noll und R. Habich.
- ³⁶ Zapf 1984: 23.
- ³⁷ Glatzer/Zapf 1984.
- ³⁸ Land 1992, 1846.
- ³⁹ Michalos 2014.
- ⁴⁰ Vogel 1990.
- ⁴¹ Social Report New Zealand 2001: 8.
- ⁴² Noll 1999; Noll 2012.
- ⁴³ Tatsächlich gibt es zudem auch zahlreiche Beispiele für Sozialberichterstattungs- und „Social Monitoring“-Aktivitäten auf der subnationalen Ebene von Städten und Regionen, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden kann.
- ⁴⁴ Noll 2013b.
- ⁴⁵ Noll/Berger 2014. Für eine ebenso umfassende wie detaillierte Bestandsaufnahme am Ende der 1990er Jahre vgl. Berger-Schmitt/Jankowitsch (1999).
- ⁴⁶ Die weit verbreiteten Aktivitäten der Sozialberichterstattung und des „Social Monitoring“, die seit vielen Jahren – national und international – wertvolle Beiträge zu einer Messung, Beobachtung und Analyse der Lebensqualität „beyond GDP“ leisten, vollständig ignoriert zu haben, gehört zweifellos zu den größten Defiziten und Versäumnissen des ansonsten sehr verdienstvollen Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichts (Noll 2011).
- ⁴⁷ Noll/Zapf 1994: 10f.
- ⁴⁸ Bauer 1966.
- ⁴⁹ Zapf 1977.

■ Literatur

- Allardt, E., 1973: About Dimensions of Welfare. Helsinki: University of Helsinki.
- Allardt, E., 1993: Having, Loving, Being. An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: M. Nussbaum, A. Sen (eds.), *The Quality of Life*. Oxford: Clarendon Press, S. 88-94.
- Bauer, R.A. (ed.), 1966: *Social Indicators*. Cambridge, Mass./London: The M.I.T. Press.
- Berger-Schmitt, R., Jankowitsch, B., 1999: *Systems of Social Indicators and Social Reporting. The State of the Art*. EuReporting Working Paper, No. 1. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.
- Bertrand, R., 1986/87: Les indicateurs sociaux. *The Tocqueville Review*, 8: 211-233.
- Campbell, A., 1972: Aspiration, Satisfaction and Fulfillment. In: A. Campbell, P. Converse (eds.), *The Human Meaning of Social Change*. New York: Russell Sage Foundation, S. 441-446.
- Campbell, A., Converse, P. E. (eds.), 1972: *The Human Meaning of Social Change*. New York: Russell Sage Foundation.
- Campbell, A., Converse, P. E., Rogers W. L., 1976: *The Quality of American Life*. New York: Russel Sage Foundation.
- Cobb, C.W., Rixford, C., 1998: *Lessons Learned from the History of Social Indicators*. San Francisco: Redefining Progress.
- Delors, J., 1971: Les Indicateurs Sociaux. Paris: Futuribles - Bulletin de la SEDEIS.
- Duncan, O. D., 1969: *Toward Social Reporting: Next Steps*. New York: Russell Sage Foundation.
- Erikson, R., 1993: Descriptions of Inequality: The Swedish Approach to Welfare Research. In: M. Nussbaum u. A. Sen (eds.): *The Quality of Life*. Oxford: Clarendon Press, S. 67-87
- Glatzer, W, Zapf, W. (Hg.), 1984: *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Campus Verlag: Frankfurt/New York.
- Gross, B., 1966: Preface: A Historical Note on Social Indicators. In: R.A. Bauer (ed.), *Social Indicators*. Cambridge, Mass./London: The M.I.T. Press, S. ix-xviii.
- Johansson, S., 1973: The Level of Living Survey: A Presentation. *Acta Sociologica*, Vol. 16, No. 3: 211-219
- Land, K.C., 1992: Social Indicators. In: *The Encyclopedia of Sociology*. E. F. Borgatta, M. L. Borgatta (eds.). New York: Macmillan, S. 1844-1850.
- Land, K.C., 2014: History of Social Indicators and Its Evolution. In: Alex C. Michalos (ed.), *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*, S. 2875-2882.
- Land, K.C., Michalos, A.C., 2016: Fifty Years after the Social Indicators Movement: Has the Promise been Fulfilled? *Social Indicators Research* (im Erscheinen).
- Niceforo, A., 1921: *Les Indices numériques de la civilisation et du progrès*. Paris: Flammarion.
- Michalos, A. C (ed.), 2014: *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Dordrecht: Springer.
- New Zealand - Ministry of Social Development, 2001: *Social Report 2001*. Wellington.
- Noll, H.-H., 1976: Das System Sozialer und Demographischer Statistiken. In: H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hg.), *Soziale Indikatoren. Internationale Beiträge zu einer neuen praxisorientierten Forschungsrichtung*. Frauenfeld und Stuttgart: Verlag Huber, S. 71-93.
- Noll, H.-H., 1982: *Beschäftigungschancen und Arbeitsbedingungen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Noll, H.-H., 1989 : Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens: Instrumente für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung? In: *ZUMA-Nachrichten*, 24: 26-41.
- Noll, H.-H., 1992: Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung in der DDR. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 3/4: 319-322.
- Noll, H.-H., 2000: *Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte*, WZB Discussion Paper, No. P00-505. Berlin.

- Noll, H.-H., 2005: Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung: Ansätze zur Messung und Analyse der Lebensqualität. In: N. Genov (Hg.), Die Entwicklung des soziologischen Wissens: Ergebnisse eines halben Jahrhunderts. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185-212.
- Noll, H.-H., 2011: The Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report: Old Wine in New Skins? Views from a Social Indicators Perspective. *Social Indicators Research*, Vol. 102, 1: 111-116.
- Noll, H.-H., 2013a : Subjective Social Indicators: Benefits and Limitations for Policy Making. *Social Indicators Research* 114(1): 1-11
- Noll, H.-H., 2013b: Sozialstatistik und Sozialberichterstattung. In: S. Mau/N.M. Schöneck (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS., S. 816-829.
- Noll, H.-H., 2014a: German System of Social Indicators. In: Michalos, A.C. (ed.): *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Dordrecht: Springer, S. 2541-2544.
- Noll, H.-H., 2014b : German Welfare Survey. In: Alex C. Michalos (ed.), *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Dordrecht: Springer, S. 2544-2548
- Noll, H.-H., Berger, C., 2014: Stocktaking Report on Social Monitoring and Reporting in Europe. eFrame-Project, Deliverable D5.2. Mannheim. (www.eframeproject.eu/fileadmin/Deliverables/Deliverable5.2.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.04.2016.)
- Noll, H.-H., Zapf, W., 1994: Social Indicators Research: Societal Monitoring and Social Reporting. In: I. Borg, P.Ph. Mohler (eds.), *Trends and Perspectives in Empirical Social Research*. Walter de Gruyter: Berlin/New York, S. 1-16.
- Sen, A. 1993: Capability and Well-Being. In: M. C. Nussbaum u. A. Sen (eds.): *The Quality of Life*. Oxford: Clarendon Press, S. 30-53.
- Sheldon, E. B., Moore, W.E., 1968: *Indicators of Social Change. Concepts and Measurement*. New York: Russell Sage Foundation.
- Stevensen, E.P., 1966: Foreword. In: R.A. Bauer, *Social Indicators*. Cambridge, Mass./London: The M.I.T. Press, S. vii-viii.
- U.S. Department of Health, Education and Welfare, 1969: *Toward a Social Report*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Vogel, J., 1990: Social Indicators: A Swedish Perspective. *Journal of Public Policy*, 9: 439-444.
- Vogel, J., Häll, L., 1997: *Välfärd och ojämlikhet i 20-årsperspektiv 1975-1995. Rapport 91, Series Living Conditions*. Stockholm: Statistics Sweden.
- Zapf, W., 1972: Zur Messung der Lebensqualität. *Zeitschrift für Soziologie*, Jahrgang 1, Heft 4: 353-376.
- Zapf, W., 1973: Soziale Indikatoren. In: G. Albrecht, H. Daheim, F. Sack (Hg.), *Soziologie, René König zum 65. Geburtstag*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zapf, W. (Hg.), 1977: *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*. Campus Verlag: Frankfurt/New York.
- Zapf, W., 1984: Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: W. Glatzer and W. Zapf. (Hg.), *Lebensqualität in der Bundesrepublik*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 13-26.

Die Entwicklung der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland aus Sicht der Ökonomik¹

von Christoph M. Schmidt, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

■ 1. Entwicklungslinien der Wohlfahrtsberichterstattung

Wohlstand und gesellschaftlicher Fortschritt bedürfen stets einer umfassenden Einordnung. Es reicht nicht aus, den Blick allein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dessen Wachstum zu richten. Denn kurzfristig sichtbare Erfolge könnten durchaus das Resultat exzessiver Verschuldung oder rücksichtsloser Ausbeutung der Natur darstellen, nicht die Reflektion einer nachhaltigen Erfolgsbasis. Gesellschaften hingegen, welche die Entwicklung ihres Wohlstands mit einem breiteren Spektrum einander ergänzender Messinstrumente einordnen, können Illusionen vermeiden und beim Erkennen von Fehlentwicklungen rechtzeitig Maßnahmen einleiten.

Dies ist die grundlegende Erkenntnis hinter dem Bestreben vieler entwickelter Volkswirtschaften, ihr statistisches Berichtswesen unter dem Motto „Beyond GDP“ („jenseits des BIP“) neu auszurichten. Der vorliegende Beitrag beleuchtet aus der spezifischen Sicht der Ökonomik die Entwicklung dieser ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland. Er betont dabei, dass es trotz aller Fortschritte weise ist, die Bescheidenheit hinsichtlich ihrer Grenzen nicht zu verlieren. Zudem gilt es, die richtige Balance zwischen Komplexität und Kommunizierbarkeit zu finden. Schließlich wird die erweiterte Wohlstandsmessung ihre Potenziale nur entfalten können, wenn sie in einen systematischen Prozess der Begutachtung und des Diskurses eingebettet wird.

Ansätze.

In den vergangenen Jahren ist die internationale Diskussion um die Erfassung von gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt dieser Aufforderung gefolgt und hat sich von ihrem Fokus auf kurzfristig relevante wirtschaftliche Aspekte gelöst. Sie hat dabei durchgehend eine ganzheitliche Perspektive eingenommen, unabhängig vom konkreten Zuschnitt der jeweils entwickelten Indikatoren-Systeme. Mittlerweile begrifflich dem Leitbegriff der Nachhaltigkeit folgend wird dabei angestrebt, eine Vielzahl unterschiedlichster ökonomischer, sozialer und ökologischer Facetten abzudecken und so die Vielfalt der menschlichen Existenz und ihrer Bedingungen zu reflektieren.

Diese Entwicklung hin zu einer Berichterstattung „jenseits des BIP“ erfuhr eine besondere Stärkung durch den Bericht der vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy

berufenen „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ – der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Sie schlug ein umfangreiches Indikatoren-System zur Wohlfahrtsmessung vor, das die drei Dimensionen Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit umfassen sollte.²

Darauf aufbauend legte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) im Dezember 2010 gemeinsam mit dem Conseil d'Analyse économique (CAE) im Auftrag des deutsch-französischen Ministerrats einen konkreten Vorschlag für ein umfassendes Indikatoren-System zur Messung von Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit vor. Dieses Indikatoren-System konkretisierte die Vorstellungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und ergänzte sie um den Aspekt der ökonomischen Nachhaltigkeit.³

Der Deutsche Bundestag hat sich bei der Formulierung seines Indikatoren-Systems „W3“ für ein sehr ähnliches Indikatoren-Tableau entschieden, bei dem Aspekte der ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf die Governance des Berichtswesens hat sich die Kommission wie zuvor die Sachverständigenräte für die verbindliche Implementierung einer regelmäßigen Begutachtung ausgesprochen. Ein besonderes Verdienst der Enquete-Kommission liegt zudem in der Abwägung zwischen einer möglichst einfachen Kommunizierbarkeit sowie inhaltlicher Vollständigkeit und Differenziertheit.⁴

Weitere prominente Beispiele für Ansätze zur ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung sind im internationalen Kontext neben den Arbeiten der OECD und der Europäischen Kommission das australische Indikatoren-System „Measures of Australia's Progress“ und der kanadische „Canadian Index of Wellbeing“. Zu den in Deutschland viel diskutierten weiteren Beiträgen zählt der Nationale Wohlfahrtsindex. Darüber hinaus liegt eine Fülle weiterer Ansätze und Diskussionsbeiträge vor.⁵

Balance.

Bei den in den vergangenen Jahren geleisteten Anstrengungen der statistischen Ämter und großer internationaler Forschungseinrichtungen zur Weiterentwicklung der ganzheitlichen Wohlstandsberichterstattung ist nach wie vor das BIP ein wichtiger Anker geblieben. Dies liegt nicht zuletzt an seiner grundlegenden konzeptionellen Stärke:

Es erlaubt unter der grundlegenden Annahme, dass Marktpreise in hohem Maße die tatsächliche Wertschätzung der Marktakteure widerspiegeln, Einheiten vollkommen unterschiedlicher Güter und aller Arten von Dienstleistungen zu einem (imperfekten) Indikator der Wirtschaftsleistung und in engen Grenzen sogar der materiellen Wohlfahrt zu aggregieren.

Eine derartige Verdichtung in eine einzelne Zahl, einen umfassenden Wohlstandsindex, ist aber bei einer ganzheitlichen Berichterstattung über verschiedene Dimensionen des Wohlstands nicht sinnvoll. Dieser Index ließe sich zwar leicht kommunizieren und würde oberflächlich betrachtet sogar den Vergleich von Volkswirtschaften ermöglichen. Allerdings werden in eine ganzheitlich ausgerichtete Berichterstattung notwendigerweise auch solche Informationen einfließen, die nicht von vornherein in monetären Größenordnungen erfasst werden, sondern als Anteile oder Rangfolgen. Schon allein deshalb wird es so gut wie unmöglich sein, die „richtigen“ Gewichte für die Konstruktion eines Index zu finden, die in der Lage sind, die gesellschaftlichen Wertvorstellungen auf dieser tiefen Detailebene verlässlich abzubilden.

Mit ihrer Entscheidung für ein Indikatoren-System statt für einen einzelnen Wohlstandsindex haben die Sachverständigenräte und die Enquete-Kommission dem konzeptionell widersinnigen Ansinnen, die Wohlfahrtsberichterstattung zwar umfassender zu gestalten, aber gleichzeitig die Information so übermäßig zu verdichten, eine klare Absage erteilt. Dieser so genannte „Dashboard“-Ansatz hat sich mittlerweile international durchgesetzt. Die Indikatoren-Tableaus unterscheiden sich zwar in der Wahl der Wohlstandsdimensionen und der konkreten Indikatoren sowie im Zuschnitt der Tableaus im Hinblick auf Leitindikatoren und ergänzende Kennziffern. Doch all diese Ansätze können nur durch ihre sachkundige Begutachtung und Kommentierung für den gesellschaftlichen Diskurs fruchtbar gemacht werden.

■ 2. Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates

Das Bestreben, eine ganzheitliche Wohlfahrtsmessung zu etablieren und damit die Welt jenseits des BIP stärker in den Blick zu nehmen, führt zwangsläufig in Gebiete außerhalb der traditionellen ökonomischen Analyse, etwa bei der Erfassung nicht-materieller Aspekte der Wohlfahrt. Dennoch haben Ökonomen erheblich zur Verbesserung des statistischen Berichtswesens über Wohlfahrt, Fortschritt und Nachhaltigkeit beitragen können, weit über eine immer bessere Messung der Wirtschaftsleistung hinaus. Stellvertretend für die Beiträge der Ökonomik stehen hier die mittlerweile über 50 Jahresgutachten des SVR.

Die Jahresgutachten folgen in ihrer Struktur der primären Aufgabenstellung des SVR, eine regelmäßige Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchzuführen. So sah das Gesetz zur Einrichtung des SVR vom August 1963 explizit vor, dass dieser zu untersuchen habe, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden.

Somit ist das Analysespektrum des SVR ausdrücklich nicht auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität und deren Wachstum beschränkt. Nichtsdestoweniger sind mit dem Wirtschaftswachstum und dem Themenkomplex Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bereits zwei der Themen angesprochen, die für die Politik im Routinebetrieb von entscheidender Bedeutung sind. Lediglich die Entwicklung der Schuldenstandsquote genießt nach den Erkenntnissen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ unter Politikern auf allen parlamentarischen Ebenen eine ähnlich hohe Aufmerksamkeit.⁶

Von besonderer Bedeutung beim gesetzlichen Auftrag des SVR ist zudem, dass er nicht bei einer bloßen Auflistung von Kennzahlen stehen bleiben soll, sondern vielmehr auf der Basis seiner ökonomischen Expertise die Lage ausführlich und differenziert zu begutachten hat. Statistische Kennzahlen können immer nur Instrumente sein, um Erkenntnisse zu gewinnen und den gesellschaftlichen Diskurs anzustoßen; es reicht nicht aus, sie lediglich in einem

Bericht abzdrukken. Die fachlich qualifizierte Einordnung der berichteten Kennzahlen ist typischerweise umso wichtiger, aber auch schwerer, je weiter sich das Erkenntnisinteresse auf solche Ergebnisgrößen richtet, die üblicherweise nicht in Geldeinheiten ausgedrückt werden.

Die Jahresgutachten des SVR zeigen, wie eine solche Begutachtung in der Praxis dem Diskurs dienen kann. Die bloße Berichterstattung der statistischen Information, wie sie etwa von einem statistischen Amt angeboten werden könnte, ist hier lediglich der Ausgangspunkt. Vielmehr hat die Begutachtung das Ziel, alle Rezipienten bei deren eigener Urteilsbildung über wirtschaftspolitische Zusammenhänge zu unterstützen. Im Einklang mit dem Fortschritt in der Wirtschaftswissenschaft ist dabei immer mehr die kritische Frage in den Vordergrund gerückt, welche empirischen Befunde eine kausale Interpretation stützen und damit wirtschaftspolitisches Handeln direkt leiten können – und welche nicht.

Wirtschaftsleistung.

Im Zentrum dieser Arbeiten steht selbstverständlich die Dokumentation und Analyse der Entwicklung der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Dabei wird der Blick beileibe nicht nur auf das Bruttoinlandsprodukt und dessen Wachstum allein gelenkt. Vielmehr wird die Entwicklung der einzelnen Komponenten berücksichtigt und das Wachstum auf diese Weise auf seine konstituierenden Elemente zurückgeführt. Neben der konjunkturellen Entwicklung stehen die Entwicklung des Produktionspotenzials und mithin die langfristig zu erwartende Wirtschaftsleistung im Vordergrund. Im Laufe der vergangenen Jahre sind dabei immer mehr europäische Themen in den Vordergrund getreten.

Darüber hinaus setzt sich der SVR regelmäßig mit der Verteilung der Einkommen und Vermögen auseinander. Dabei wird seit rund zwei Jahrzehnten die personelle Einkommensverteilung in den Vordergrund gestellt, also die auf einzelne Personen unter Berücksichtigung ihrer Haushaltssituation umgerechneten Markteinkommen vor und Haushaltsnettoeinkommen nach Steuern und Transfers. Bei der kompakten Charakterisierung der Verteilung der Einkommen werden zusammenfassende Kenngrößen wie der Gini-Koeffizient im zeitlichen Verlauf und im internationalen Vergleich dokumentiert. Die Ursachen der jeweiligen Entwicklung werden analysiert und ihre wirtschaftspolitischen Implikationen diskutiert.

Soziales und Teilhabe.

Ein zweiter Schwerpunkt der regelmäßigen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betrifft die Themen Soziales und Teilhabe. Die Entwicklung der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, aber auch der Struktur der Erwerbstätigkeit werden in jedem Jahresgutachten ausführlich berichtet und bei Bedarf tiefer analysiert. So wurde in der jüngeren Vergangenheit vermehrt die Qualität von Arbeitsbeziehungen diskutiert. Darüber hinaus hat der SVR die Durchlässigkeit der Einkommensverteilung betrachtet, sowohl innerhalb von Generationen als auch über Generationen hinweg.

Darüber hinaus beschäftigt sich der SVR regelmäßig mit dem Thema Bildung. Da diese für die Erhöhung der Chancengleichheit und gerade angesichts des demographischen Wandels für das künftige Wachstum von zentraler Bedeutung ist, hat der SVR neben der frühkindlichen Bildung die Notwendigkeit von Weiterbildungsanstrengungen im Sinne eines „lebenslangen Lernens“ hervorgehoben. Schließlich wird die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen vor allem im Hinblick auf ihre Finanzierung diskutiert, aber auch Fragen ihrer effektiven und effizienten Bereitstellung.

Nachhaltigkeit.

Ein Leitindikator in der regelmäßig vom SVR geführten finanzpolitischen Diskussion ist die Schuldenstandsquote. Mit Blick auf die wirtschaftspolitische Aufgabe der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte berichtet er über ihren bisherige Veränderungen, prognostiziert ihren zu erwartenden Verlauf und kommentiert ihre Entwicklung. Ergänzend zur Schuldenstandsquote wird die Tragfähigkeitslücke herangezogen. So hat der SVR in seiner Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“⁴⁷ anhand der Tragfähigkeitslücke einen hohen finanzpolitischen Handlungsbedarf aufgezeigt sowie Maßnahmen identifiziert, mit deren Hilfe die Tragfähigkeitslücke reduziert werden könnte.

Wenngleich sich die Jahresgutachten typischerweise nicht explizit mit der Diskussion von Indikatoren zur ökologischen Nachhaltigkeit auseinandersetzen, so nimmt die Frage der Umsetzung der Energiewende in diesen Analysen doch mittlerweile eine zentrale Rolle ein. Schließlich darf Deutschland nur dann Hoffnung haben, mit der Energiewende den globalen Kurs positiv zu beeinflussen, wenn die Energiewende wenigstens annähernd volkswirtschaftlich

effizient umgesetzt wird und internationale Nachahmer findet. Denn der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, deren Bewältigung nur dann möglich wird, wenn Wege – nicht zuletzt ökonomische Anreize – gefunden werden, um andere Staaten zum Beitritt zu einer internationalen Allianz für den Klimaschutz zu bewegen.

■ 3. Die Expertise der Sachverständigenräte (2010)

Ziel der im Jahr 2010 gemeinsam mit dem französischen Conseil d'Analyse Économique publizierten Expertise des SVR⁸ war die Formulierung eines regelmäßig und zeitnah umzusetzenden und gleichzeitig für die breite Öffentlichkeit verständlichen ganzheitlichen Berichtswesens. Insbesondere waren dabei die Anforderungen einer umfassenden und präzisen Darstellung der Entwicklung von Wohlfahrt und Fortschritt im Rahmen eines „Dashboard“-Ansatzes sinnvoll gegenüber dem praktischen Erfordernis der Begrenzung der Anzahl von Indikatoren abzuwägen.

Das Indikatoren-Tableau sollte im Prinzip eine umfassende Beurteilung der Wirtschaftsleistung und der Wohlfahrt eines Landes im Zeitablauf ebenso wie – mit Einschränkungen – im Vergleich zu anderen Ländern erlauben. Es musste daher im Kern die Entwicklung des materiellen Wohlstands betrachten, aber gleichzeitig die Erkenntnis reflektieren, dass das Leben mehr als materiellen Wohlstand zu bieten hat. Zudem sollten in mehreren Lebensbereichen die möglichen langfristigen Konsequenzen des aktuellen Handelns aufgezeigt werden.

Im Gegensatz zur statistischen Erfassung des aktuellen Zustands sollte diese Langfristbetrachtung also über einen bloßen Schnappschuss der Fakten hinausreichen. Nach Einschätzung der Sachverständigenräte sollten daher Aspekte der Nachhaltigkeit vorzugsweise gedanklich getrennt von der Ist-Situation diskutiert werden. Im Einklang mit der Logik des Reports der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission ergaben sich demnach für das Indikatoren-Tableau drei Berichtsfelder: Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit.

Wirtschaftsleistung.

Die erste Säule des Tableaus umfasst sechs Indikatoren zur Beurteilung der Wirtschaftsleistung und des materiellen Wohlstands. Sie basiert im Wesentlichen auf Stromgrößen, wie sie regelmäßig in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Daten zur Einkommensverteilung

ausgewiesen werden. Dieser Aufbau berücksichtigt, dass zeitnah, regelmäßig und präzise erhobene Indikatoren der Wirtschaftsleistung und ihrer Komponenten nach wie vor unverzichtbare Wegweiser für wirtschaftspolitisches Handeln sind.

Obwohl das BIP als Konzept weiterhin unverzichtbar ist, sind doch kontinuierliche Verbesserungen seiner Erfassung notwendig, um sicherzustellen, dass es tatsächlich ein für die Wirtschaftspolitik nützlicher Wegweiser bleibt. Insbesondere unternehmen die statistischen Ämter enorme Anstrengungen, Dienstleistungen und die wachsende Bedeutung des öffentlichen Sektors besser zu berücksichtigen. Zudem gibt es intensive Bemühungen um eine bessere Erfassung von wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb des Marktes, etwa der Haushaltsproduktion.

Doch selbst ein noch weiter verbesserter Nachweis der tatsächlichen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft ist für die Beurteilung ihres materiellen Wohlstands nicht hinreichend. Dazu müssten – was sehr unrealistisch ist – in die Marktentscheidungen alle wohlfahrtsrelevanten Aspekte einfließen. Zudem sagt das BIP als aggregiertes Maß für sich genommen nichts über die Verteilung der am Markt erwirtschafteten Leistung. Das Indikatoren-Tableau enthält daher ein Verteilungsmaß für das auf Individuen bezogene Nettoeinkommen.

Lebensqualität.

Die zweite Säule des Tableaus konzentriert sich auf nicht-materielle Aspekte der Wohlfahrt und schlägt Indikatoren für sieben Dimensionen der Lebensqualität vor. Bei der Auswahl der sieben Dimensionen haben sich die Sachverständigenräte wie zuvor die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission am Ansatz der Verwirklichungschancen von Amartya Sen („capability approach“⁹) orientiert und solche Dimensionen ausgewählt, die sich teilweise auf die Individuen beziehen – wie Gesundheit und Ausbildung – und teilweise auf deren gesellschaftlichen und physischen Hintergrund – wie soziale Beziehungen oder Umweltbedingungen.

Bei der Bewertung dieser Facetten menschlicher Wohlfahrt ist man auf die Kenntnis individueller und gesellschaftlicher Wertvorstellungen angewiesen. Da diese jedoch substantiell zwischen Individuen und Gesellschaften variieren dürften, muss letztlich unklar bleiben, was Vergleiche zwischen der subjektiven Einschätzung der Wohlfahrt, geschweige denn der „Happiness“¹⁰, zwischen einzelnen

Indikatorensystem der Sachverständigenräte (2010) zur Erfassung von Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit

| Wirtschaftsleistung | Lebensqualität | Nachhaltigkeit |
|--|---|---|
| Bruttoinlandsprodukt pro Kopf | Gesundheit: Potenziell verlorene Lebensjahre | Nettoanlageinvestitionen des privaten Sektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt |
| Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde | Bildung: Schüler und Studenten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren | Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt |
| Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren | Persönliche Aktivitäten: Anteil der Arbeitnehmer in Schichtarbeit | Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt |
| Nettonationaleinkommen pro Kopf | Politische Einflussnahme und Kontrolle: Mitspracherecht und Verantwortlichkeit | Fiskalische Nachhaltigkeitslücke S2 |
| Private und staatliche Konsumausgaben pro Kopf | Soziale Kontakte und Beziehungen: Häufigkeit von mit anderen Personen verbrachter Zeit für Sport, Kultur und in gemeinschaftlichen Organisationen | Kredit/BIP-Lücke |
| Harmonisiertes Verteilungsmaß für das Nettoeinkommen je Konsumeinheit, Einkommensquintilverhältnis S80/S20 | Umweltbedingungen: Belastung der städtischen Bevölkerung durch Luftverschmutzung mit Feinstaub | Reale Aktienkurslücke |
| | Persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit: Nicht-Armutrisikoquote | Reale Immobilienpreislücke |
| | | Niveau der Treibhausgasemissionen |
| | | Treibhausgasemissionen pro Kopf |
| | | Rohstoffproduktivität (BIP im Verhältnis zum direkten abiotischen Materialinput, DMI) |
| | | Rohstoffverbrauch (abiotischer inländischer Ressourcenverbrauch, DMC) pro Kopf |
| | | Indikator zur Biodiversität: (Vogelindex, vorläufig) |

© Sachverständigenrat | 16-121

Quelle: SVR/CAE, 2010

Menschen wirklich aussagen. Noch problembeladener werden solche Vergleiche, wenn die Indikatoren ausdrücken sollen, wie sehr sich die Menschen um das Wohlergehen anderer oder über ihre eigene Stellung in der Gesellschaft sorgen.

Nachhaltigkeit.

In der dritten Säule des Tableaus widmen sich die Sachverständigenräte unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit der Frage, ob das derzeitige Niveau der Wohlfahrt zukünftig zumindest bewahrt werden kann. Insbesondere betonen sie in einer konzeptionellen Weiterentwicklung gegenüber dem Sen-Stiglitz-Fitoussi-Report, dass auch wirtschaftliche Tatbestände die Nachhaltigkeit gefährden können, etwa eine dauerhafte und ungebändigte private oder öffentliche Verschuldung, nicht nur Aspekte, die im ökologischen Bereich liegen. Würde man diese Gefahren übersehen, wären später möglicherweise umfangreiche und mit hohen sozialen und ökonomischen Kosten verbundene Anpassungen erforderlich.

Die dritte Säule des Tableaus weist daher drei Facetten ökonomischer Nachhaltigkeit auf, (1) die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums, (2) die externe und fiskalische Nachhaltigkeit und (3) die finanzielle Nachhaltigkeit des privaten Sektors. Das Wirtschaftswachstum wird dann als nachhaltig angesehen, wenn ein ausreichender Teil des laufenden Volkseinkommens in Investitionen fließt. Dabei werden mit den Nettoanlageinvestitionen des privaten Sektors und den Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowohl materielle als auch immaterielle Investitionen berücksichtigt.

Der zweite Aspekt, die externe und fiskalische Nachhaltigkeit beleuchtet die aktuelle sowie künftige Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit und ist daher eng mit der Frage der Generationengerechtigkeit verknüpft. Die entsprechenden Indikatoren für die fiskalische Nachhaltigkeit sind der konjunkturbereinigte Finanzierungssaldo des Staates und die fiskalische Nachhaltigkeitslücke gemäß „S2“ im einschlägigen Nachhaltigkeitsbericht der EU-Kommission.¹¹

Um einen Ausweis der finanziellen Nachhaltigkeit des privaten Sektors zu ermitteln, wird eine kleine Zahl von Frühwarnindikatoren vorgeschlagen, die vor nicht-nachhaltigen Entwicklungen im privaten und im Finanzsektor warnen. Zwar wird es nie möglich sein, Finanz- oder Immobilienkrisen mit Sicherheit vorherzusagen, doch können

Indikatoren wie diese als Warnsignale für eine breitere Öffentlichkeit geeignet sein. Sie können allerdings nicht als Ersatz für bestehende, sehr viel detailliertere Frühwarnsysteme von nationalen oder internationalen Aufsichtsgremien und Zentralbanken dienen.

Ein erheblicher Bestandteil der dritten Säule des Indikatoren-Tableaus betrifft Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit. Aufgrund der hohen Bedeutung der Konzentrationen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen in der Atmosphäre für den Klimawandel sollten Treibhausgasemissionen (pro Kopf) in das Tableau aufgenommen werden. Da der Klimawandel ein globales Phänomen ist, sollte aber nicht nur das nationale Emissionsniveau, sondern auch das globale Aggregat betrachtet werden.

Die zunehmende Knappheit von (nicht-erneuerbaren) Ressourcen spiegelt sich aus Sicht der ökonomischen Theorie zuallererst in der Entwicklung ihrer Preise wider. Dennoch gibt es vielfältige Gründe dafür, dass es zur Übernutzung nicht-erneuerbarer natürlicher Ressourcen kommt, die nicht durch entsprechende Preissteigerungen verhindert werden. Deshalb schlagen die Räte vor, dass neben den Preisen auch physische Ströme auszuweisen sind, gefasst in Indikatoren zum Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen in der Produktion und zum Rohstoffkonsum.

Schließlich liegt es nahe, dass eine ausgeprägte Biodiversität zur Produktion von Ökosystemdienstleistungen ebenso benötigt wird, wie zur künftigen Sicherstellung der Ernährung und des medizinischen Fortschritts sowie als Quell industrieller Rohstoffe. Wenngleich nur schwer zu beurteilen ist, wie einschlägige Indikatoren der Biodiversität mit möglichen Zielkonflikten in der Wohlfahrt innerhalb einer Generation und zwischen den Generationen umgehen, wird von den Räten vorgeschlagen, einen derartigen Indikator in das Indikatoren-Tableau aufzunehmen.

■ 4. Der Indikatoren-Satz „W3“ des Deutschen Bundestages

Im politischen Diskurs hat sich mittlerweile das Paradigma der Nachhaltigkeit als weithin akzeptiertes Leitbild herausgebildet. Ausgehend von den Überlegungen der Brundlandt-Kommission im Jahr 1987 zur Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen hat sich dabei als Konkretisierung schnell das „Drei-Säulen-Modell“ der Nachhaltigkeit durchgesetzt. Dessen Grundprinzip besteht darin, die Wechselwirkungen zwischen und die Belastungsgrenzen von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – nicht zuletzt in globaler Perspektive – zu berücksichtigen.¹²

Dieses Verständnis der Nachhaltigkeit bildet den Hintergrund für die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, die der Deutsche Bundestag im Herbst 2010 mit dem Auftrag eingesetzt hatte, einen Vorschlag zur ganzheitlichen Wohlstandsmessung zu entwickeln. Entwickelt wurde nach sorgfältiger Prüfung und intensiver Diskussion alternativer Ansätze jedoch aus guten Gründen ein Indikatoren-Tableau, also explizit kein einzelner aggregierter Wohlstandsindex, wie es von den Autoren des Einzelauftrags offenbar noch angestrebt worden war.¹³

Wie für die Sachverständigenräte im Jahr 2010 bestand somit die Herausforderung für die Enquete-Kommission darin, ein Indikatoren-System zu entwickeln, das einerseits hinreichend differenziert ist, um Politik und Öffentlichkeit umfassend über die wichtigsten Entwicklungen in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zu informieren. Im Indikatoren-System „W3“ werden daher die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in drei in etwa gleichgewichtigen Säulen „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ abgebildet.

Andererseits sollte das Indikatoren-System so kompakt bleiben, dass es in den Medien gut kommuniziert und der Öffentlichkeit möglichst leicht vermittelt werden kann. Die Enquete-Kommission verwirklichte diesen Kompromiss zwischen Komplexität und Kommunizierbarkeit mit der Unterscheidung zwischen stets zu beachtenden „Leitindikatoren“ und „Warnlampen“, die im Normalfall lediglich im Hintergrund mitgeführt werden und nur dann aufscheinen, wenn ihre Entwicklung einen Warnhinweis gibt.¹⁴

Innerhalb jeder Säule gliedern sich die Einzelindikatoren in diese zwei unterschiedlichen Gruppen, konkret in insgesamt 10 Leitindikatoren und 9 Warnlampen.¹⁵

Die Intuition hinter diesem Vorgehen ergibt sich aus der Analogie zu unterschiedlich gestalteten Armaturenbrettern: Ein professioneller Pilot, etwa in einem Rennwagen, braucht keine weitere Verdichtung der vorliegenden Informationen, er muss vielmehr in der Lage sein, die Einzelinformationen eines komplexen Cockpits rasch zu erfassen. In Analogie dazu kann man von einem professionellen Statistiker oder Ökonometriker erwarten, dass er die grundlegenden Einsichten, die ein umfassendes System von Einzelindikatoren bereithält, rasch erkennen kann.

Im Gegensatz dazu dürfte die Mehrzahl der Erwachsenen zwar in der Lage sein, jene Informationen hinreichend zu erfassen, die typischerweise für den Lenker eines PKW aufbereitet werden, doch das Cockpit eines Rennwagens würde die meisten Fahrer wohl überfordern. Aus diesem Grund delegiert man in einem PKW typischerweise viele Informationen, wie etwa über den Zustand der elektrischen Sicherungen, an Warnlampen, die nur dann leuchten, wenn es darauf ankommt.

Ökonomische Nachhaltigkeit.

Die erste Säule des Indikatoren-Satzes beschäftigt sich mit dem aktuellen Stand und der künftigen Entwicklung des materiellen Wohlstands. Das Bruttoinlandprodukt bleibt dabei das zentrale Maß der Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft. Hier werden als erster Leitindikator sowohl das (preisbereinigte) Niveau pro Kopf als auch dessen (preisbereinigte) Wachstumsrate ausgewiesen, um einerseits einen internationalen Vergleich zu ermöglichen und andererseits Fortschritte über die Zeit rasch zu erkennen. Ergänzend soll die Position in der Rangliste der größten Volkswirtschaften die Bedeutung der Volkswirtschaft im weltwirtschaftlichen Geschehen erfassen. Eine erste Warnlampe dieser Säule sind die Nettoinvestitionen, die über die Basis für künftiges Wachstum informieren.

Der zweite Leitindikator dieser Säule spricht die Verteilung der Einkommen an. Hier soll ein robustes Verteilungsmaß eine intuitive Vorstellung über die Spreizung der Verteilung der auf Personen bezogenen Haushaltsnettoeinkommen vermitteln. Eine zweite Warnlampe dieser Säule besteht in einer analogen Aufbereitung der Verteilung der Vermögen, die aufgrund der typischen Erfassungsprobleme beim Vermögen etwas anders gefasst ist als die Maßzahl bei der Einkommensverteilung.

Indikatorensystem W3 des Deutschen Bundestages¹

| Materieller Wohlstand | Soziales und Teilhabe | Ökologie |
|---|---|---|
| Leitindikatoren | | |
| Bruttoinlandsprodukt BIP pro Kopf Veränderungsrate des BIP pro Kopf (Rang des absoluten BIP global) ² <hr/> Einkommensverteilung P80/ P20 <hr/> Staatsschulden Schuldenstandsquote (Tragfähigkeitslücke) ³ | Beschäftigung Beschäftigungsquote <hr/> Bildung Sekundärabschluss-II-Quote <hr/> Gesundheit Lebenserwartung <hr/> Freiheit Weltbank-Indikator „Voice & Accountability“ | Treibhausgase nationale Emissionen <hr/> Stickstoff nationaler Überschuss <hr/> Artenvielfalt nationaler Vogelindex |
| Warnlampen | | |
| Nettoinvestitionen Nettoinvestitionsquote <hr/> Vermögensverteilung P90/ P50 <hr/> Finanzielle Nachhaltigkeit des Privatsektors Kreditlücke in Relation zum BIP reale Aktienkurslücke reale Immobilienpreislücke | Qualität der Arbeit Unterbeschäftigungsquote <hr/> Weiterbildung Teilnahmequote an Fort- und Weiterbildung <hr/> Gesundheit gesunde Lebensjahre | Treibhausgase globale Emissionen <hr/> Stickstoff globaler Überschuss <hr/> Artenvielfalt globaler Vogelindex |

1 – Neben den Leitindikatoren und Warnlampen umfasst das W3-Indikatorensystem in der ersten Säule, dem materiellem Wohlstand, noch die sogenannte Hinweislampe „nicht-marktvermittelte Produktion“. Zu dieser gehören etwa Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten. 2 – Angegeben wird hier zusätzlich der Rang, den die jeweils betrachtete Volkswirtschaft in der Rangliste aller Volkswirtschaften bezogen auf das Niveau des Bruttoinlandsprodukts (in Kaufkraftparitäten) einnimmt. 3 – Die Tragfähigkeitslücke gibt als zusätzliche Information an, um wieviel die Primärsalden ab dem Betrachtungszeitpunkt dauerhaft höher sein müssten, damit die öffentlichen Haushalte langfristig tragfähig sind.

Quelle: Enquete-Kommission (2013)

© Sachverständigenrat | 16-120

Mit dem dritten Leitindikator dieser Säule, der Schuldenstandsquote, soll schließlich erfasst werden, inwieweit die Wirtschaftsleistung mit tragfähigen öffentlichen Haushalten einhergeht. Dieser Indikator soll durch den Ausweis der Tragfähigkeitslücke ergänzt werden, deren Aussage über die reine Momentaufnahme hinausgeht, indem sie den aus der Langfristprojektion abgeleiteten Konsolidierungsbedarf näherungsweise erfasst. Ergänzend werden hier als dritte Warnlampe die Krisenindikatoren der finanziellen Nachhaltigkeit des Privatsektors vorgesehen, die bereits im Indikatoren-Satz der Sachverständigenräte vorgeschlagen worden waren. Diese Warnlampe soll auf Blasenbildungen auf den Kredit-, Aktien- oder Immobilienmärkten hinweisen.

Soziale Nachhaltigkeit.

In der zweiten Säule des Indikatoren-Systems finden sich vier Leitindikatoren zum Fragenkomplex „Soziales und Teilhabe“. Als erster Leitindikator dieser Säule gibt die Beschäftigungsquote den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren an. Eine erste Warnlampe in dieser Säule leuchtet auf, wenn die Unterbeschäftigungsquote im Trend ansteigt. Der zweite Leitindikator beschreibt die Entwicklung des Bildungsniveaus der Gesellschaft mithilfe der Abschlussquote der 20- bis 24-Jährigen im Sekundarbereich II, verstanden als Mindestqualifikation für eine gelungene gesellschaftliche Teilhabe. Eine zweite Warnlampe dieses Bereichs leuchtet auf, wenn die Weiterbildungsquote sinkt.

Die für das menschliche Wohlergehen zentrale Frage der Gesundheit wird durch einen dritten Leitindikator erfasst, die durchschnittliche Lebenserwartung. Um zusätzlich die Qualität der Lebensjahre näherungsweise abzubilden, leuchtet eine dritte Warnlampe, wenn die Anzahl der Jahre sinkt, die ab der Geburt erwartungsgemäß in gesundem Zustand erlebt werden. Den vierten Leitindikator dieser Säule bildet der gemeinsam von der Weltbank und der Brookings Institution bereitgestellte Indikator „Voice and Accountability“ als Maß für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und das Ausmaß demokratischer Teilhabe in einer Gesellschaft.¹⁶

Ökologische Nachhaltigkeit.

Bei der Auswahl der Leitindikatoren der Säule „Ökologie“ weicht der Indikatoren-Satz des Deutschen Bundestages wohl am stärksten von der Vorlage des Indikatoren-Satzes der Sachverständigenräte ab. Insbesondere wird im Indi-

katoren-System „W3“ der Frage der Ressourcenproduktivität nicht weiter nachgegangen. Stattdessen sind hier drei auf nationaler Ebene erfasste Leitindikatoren vorgesehen, die sich am Konzept der globalen Umweltgrenzen orientieren:¹⁷ die Treibhausgas-Emissionen, der Stickstoff-Überschuss und der Vogelindex als Maß für die Entwicklung der Artenvielfalt.

Da diese nationalen Indikatoren zwar den unmittelbaren Einfluss- und Verantwortungsbereich der deutschen Politik widerspiegeln, aber nur wenig Aussagekraft für die letztlich entscheidenden globalen Entwicklungen besitzen, sollen entsprechende Warnlampen jeweils dann aufleuchten, wenn die analog definierten Indikatoren auf globaler Ebene eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr anzeigen. Es war in der Enquete-Kommission durchaus umstritten, ob nicht die globale Entwicklung den Status der Leitindikatoren erhalten und dafür die nationalen Indikatoren in den Hintergrund rücken sollten. Letztlich gibt es keine dominanten Argumente für das eine oder das andere Vorgehen.

■ 5. Basis für den gesellschaftlichen Diskurs

Dieser Beitrag hat die Entwicklung der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland aus spezifisch ökonomischer Sicht aufgearbeitet. Im Mittelpunkt standen dabei die Arbeiten des SVR, der sich seinem gesetzlichen Auftrag gemäß seit Jahrzehnten einer breit angelegten Berichterstattung und Kommentierung verpflichtet gesehen hat, weit über das gesamtwirtschaftliche Wachstum hinaus. Zudem wirkte er insbesondere mit seiner im Jahr 2010 veröffentlichten Expertise zur Wohlstandsmessung, als konzeptioneller Katalysator dieser Debatte in Deutschland.

Darauf aufbauend hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages bei ihrem Indikatoren-System „W3“ die Abwägung zwischen Relevanz und Kommunizierbarkeit noch stärker in den Blick genommen und es damit dem gesellschaftlichen Diskurs zugänglicher gestaltet. Diese konzeptionellen Vorarbeiten halten eine grundlegende Botschaft bereit, wenn es jetzt endlich darum geht, ganzheitliche Indikatoren-Tableaus mit praktischem Leben zu füllen: Sie können ihre große Potenziale nur dann entfalten, wenn man sie in Kenntnis ihrer Grenzen einsetzt.

Potenziale.

Die hier diskutierten Arbeiten haben verdeutlicht, dass eine ganzheitliche Wohlfahrtsmessung nicht nur eine theoretische Spielerei darstellt, sondern ganz praktisch möglich ist. Wir werden zwar nie in der Lage sein, den gesellschaftlichen Fortschritt perfekt zu messen. Doch können wir durchaus darauf hoffen, Indikatoren zu finden, die für einen regelmäßigen statistischen Nachweis taugen und eine Annäherung an den wahren Zustand erlauben. Dabei ist die systematische Aufbereitung der Ideen und Argumente zu jeder der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ohnehin nur ein erster Schritt der Arbeit.

Die diversen hier vorgestellten Indikatoren-Tableaus demonstrieren, dass die gründliche Auswahl einzelner Indikatoren aus einer in manchen Fällen überbordenden, in anderen Fällen frustrierend niedrigen Zahl möglicher Kandidaten so gelingen kann, dass sich daraus ein konzeptionell stimmiges Tableau formen lässt. Diese Auswahl erfordert eine detaillierte Beurteilung der Qualität der statistischen Indikatoren, im Hinblick auf: (1) ihre „Relevanz“ für das zu erfassende Phänomen, (2) ihre „Konsistenz“ mit einschlägigen theoretischen Überlegungen und (3) ihre regelmäßige, zeitnahe und mit vertretbaren Kosten zu verwirklichende „Messbarkeit“.

Wie bereits von den Sachverständigenräten angeregt, sind die konkret vorgeschlagenen Indikatoren-Tableaus vor allem als fruchtbarer Ausgangspunkt für weitere Diskussionen und einen interdisziplinären Diskurs um die Natur von Wohlstand und Fortschritt zu begreifen. Dieser sollte die Sichtweise der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und anderer Disziplinen ebenso berücksichtigen, wie diejenigen von Politik und Zivilgesellschaft. Schritthaltend mit dem Aufkeimen neuer Herausforderungen und der Veränderung gesellschaftlicher Wertvorstellungen sollte er zu einer regelmäßigen Überprüfung der Indikatoren-Bündel führen.

Grenzen.

Dabei ist zwingend zu berücksichtigen, dass die statistische Aufbereitung gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kenngrößen vor allem ein Diskursinstrument ist. Sie kann angesichts der Komplexität des zu beschreibenden Gegenstands für sich genommen kein politisches Steuerungsinstrument sein. Denn Indikatoren beschreiben als quantitative Verdichtungen der Realität lediglich Veränderungen über die Zeit oder zeigen Kontraste zu anderen Volkswirtschaften.

Damit können sie zwar wichtige erste Anhaltspunkte für einen möglichen politischen Handlungsbedarf geben, sie können dessen sachkundige Begutachtung aber nicht ersetzen.

Denn in der Veränderung der jeweiligen Indikatoren im Zeitablauf spiegeln sich nicht nur die Wirkungen konkreter Maßnahmen des politischen Handelns, sondern meist auch von der Politik nicht oder nur schwerlich zu verändernde Einflüsse. Selbst unter idealen Studienbedingungen, die eine doppelte Differenz der Ergebnisse zwischen (1) von einer politischen Maßnahme betroffenen und von ihr nicht betroffenen Beobachtungseinheiten (Arbeitnehmer, Unternehmen, Regionen etc.) (2) vor und nach dem Einsatz der Maßnahme zulassen, sind daher Kausalaussagen über die Wirkung der Maßnahme nicht zwangsläufig möglich.¹⁸

Durch eine beschreibende Analyse der in einem Indikatoren-System enthaltenen Messgrößen lassen sich Kausalaussagen aber auf gar keinen Fall ermitteln. Um ein Indikatoren-Tableau für politisches Handeln nutzbar zu machen, ist daher anzuraten, einen Prozess seiner systematischen Begutachtung in Gang zu setzen. Gedanklich an das Vorbild der regelmäßigen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den SVR angelehnt, schlugen sowohl die Sachverständigenräte als auch der Deutsche Bundestag die verbindliche Einrichtung eines derartigen Prozesses vor. Nicht zuletzt verband sich damit die Hoffnung, dass die bei politischem Handeln unvermeidbaren Zielkonflikte in den Vordergrund der Diskussionen rücken und diese damit versachlicht würden.

Im Einklang mit der Natur von Indikatoren-Tableaus als Diskursinstrument verzichten beide Vorschläge explizit auf die Formulierung von politischen Zielvorgaben im Sinne konkreter Zahlenwerte, die Indikatoren zu einem vorgegebenen Zeitpunkt bzw. innerhalb eines definierten Zeitraums erreichen sollten. Zielvorgaben können nur bei solchen Anwendungsfällen sinnvoll als Gradmesser für die Notwendigkeit und – nach dessen Einsatz – für die Wirksamkeit (wirtschafts-)politischen Handelns dienen, in denen die Kette von Ursache und Wirkung einigermaßen gut bekannt, die Überlagerung durch andere Einflüsse gering und somit die Wirkmächtigkeit der Politik zumindest im Grundsatz erheblich ist. Für ökonomische Zusammenhänge oder gar Fragen nachhaltigen Wirtschaftens dürfte dies nur selten der Fall sein.

Perspektiven.

Die im Jahr 2015 von der Bundesregierung im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ durchgeführten Bürgerdialoge haben die bisherigen Arbeiten zur ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland fruchtbar ergänzt. Insbesondere zielten sie darauf ab, (1) die Vorstellungen der Bürger zu den Themen Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren, (2) diese wissenschaftlich zu erfassen und in einem Bericht zu bündeln sowie (3) auf dieser Basis ein alternatives Indikatoren-System zu entwickeln.

Die Verknüpfung der Einsichten aus dem Bürgerdialog mit den vorliegenden Arbeiten zur ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung bietet nun die konkrete Perspektive, dass das resultierende Indikatoren-System zeitnah als gesellschaftlich breit akzeptiertes und regelmäßiges Diskursinstrument verwendet wird. So könnte die Bundesregierung bspw. einmal pro Legislaturperiode den SVR um eine Be-

gutachtung dieses Indikatoren-Tableaus aus ökonomischer Sicht ersuchen und weitere sachkundige Gremien in diesen Prozess einbeziehen, etwa die Sachverständigenräte für das Gesundheitswesen, für Umwelt sowie für Migration und Integration.

Es wäre sinnvoll, als Gegenstück zu dieser unabhängigen Begutachtung eine entsprechend getaktete Stellungnahme der Politik, d. h. der jeweiligen Bundesregierung, vorzusehen. Ein solcher Prozess würde dem Vorgehen bei den Jahresgutachten des SVR entsprechen, die im jeweils folgenden Jahreswirtschaftsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums kommentiert werden. An diesen Austausch würde sich aller Voraussicht nach ein intensiver öffentlicher Dialog zu Stand und Perspektiven von Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland anschließen. In diesem Sinne würde die Begutachtung eines Indikatoren-Systems zur umfassenden Wohlstandsmessung nicht den Abschluss des gesellschaftlichen Diskurses darstellen, sondern vielmehr wesentlich zu seiner fachlichen Fundierung beitragen.

-
- ¹ Dieser Beitrag baut weitgehend auf Beiträgen des Sachverständigenrates zu Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf (SVR/CAE, 2010; SVR, 2013; SVR, 2015). Ich bin Nils aus dem Moore für viele konstruktive Diskussionen und Anregungen besonders dankbar.
- ² Stiglitz et al., 2009; Braakmann, 2010.
- ³ SVR/CAE, 2010; Schmidt, 2011.
- ⁴ Deutscher Bundestag, 2013; Schmidt und aus dem Moore, 2013.
- ⁵ Vgl. OECD, 2011; Europäische Kommission, 2009; ABS, 2010; CIW, 2011; Diefenbacher und Zieschank, 2009; Diefenbacher und Zieschank, 2015; Schmidt und aus dem Moore, 2013.
- ⁶ Fertig et al., 2012; Deutscher Bundestag, 2013.
- ⁷ SVR, 2011.
- ⁸ SVR/CAE, 2010.
- ⁹ Vgl. Arndt und Volkert, 2006.
- ¹⁰ Layard, 2011.
- ¹¹ Beispielsweise: European Commission, 2016.
- ¹² Leipprand und aus dem Moore, 2012.
- ¹³ Deutscher Bundestag, 2010.
- ¹⁴ Deutscher Bundestag, 2013; Schmidt und aus dem Moore, 2013.
- ¹⁵ Es handelt sich aufgrund der gewählten Darstellungswege dabei um 13 bzw. 11 Einzelinformationen. Die als weitere „Hinweislampe“ mitgeführte nicht-marktvermittelte Produktion, wie etwa Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten, soll für die Zwecke der kompakten Darstellung dieses Beitrags in den Hintergrund treten, wenngleich ihre verbesserte Erfassung ein wichtiges Anliegen darstellt.
- ¹⁶ Kaufmann et al., 2010.
- ¹⁷ Rockström et al., 2009.
- ¹⁸ Bauer et al., 2009

■ Literatur

- Arndt, Ch. und J. Volkert (2006), Amartya Sens Capability-Approach – Ein neues Konzept der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 75: 7-29.
- ABS – Australian Bureau of Statistics (2010), Measures of Australia's Progress – Is Life in Australia getting better?, Internet: www.abs.gov.au/about/progress
- Bauer, Th. K., M. Fertig und Ch. M. Schmidt (2009), Empirische Wirtschaftsforschung: Eine Einführung. Berlin: Springer-Verlag.
- Braakmann, A. (2010), Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung, Wirtschaft und Statistik 7/2010: 609-614.
- CIW – Canadian Index of Wellbeing (2011), How are Canadians Really doing? Highlights: Canadian Index of Wellbeing 1.0. Waterloo/Ontario: CIW and University of Waterloo.
- Deutscher Bundestag (2010), Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Einsetzungsbeschluss, Bundestags-Drucksache 17/3853. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag (2013), Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Abschluss-Bericht. Bundestags-Drucksache 17/13300. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Diefenbacher, H. und R. Zieschank (2009), Wohlfahrtsmessung in Deutschland: Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Umweltbundesamt Text 02/2010. Dessau-Roßlau.
- Diefenbacher, H. und R. Zieschank (2015) Endbericht zum Gutachten „Jahreswohlstandsbericht“ – Konzeptionelle und empirische Grundlagen. Gutachten für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Berlin.
- Europäische Kommission (2009), Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament. KOM 2009-433. Brüssel.
- European Commission (2016), Fiscal Sustainability Report 2015. Luxembourg
- Fertig, M., M. Puxi, M. Rosemann und M. Weimann (2012), Die Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren durch politische Entscheidungsträger in Deutschland. ISG Working Paper No. 7. Köln
- Kaufmann, D., A. Kraay und M. Mastruzzi (2010), The Worldwide Governance Indicators – Methodology and Analytical Issues. Policy Research Working Paper No. 5430. Washington, D.C.
- Layard, R. (2011), Happiness: Lessons from a New Science (2nd edition), London: Penguin.
- Leipprand, A. und N. aus dem Moore (2012), Die natürlichen Grenzen der Ökonomie – Plädoyer für eine ökologische Schuldenbremse, Leviathan 40(2): 173-210.
- OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development (2011), Society at a Glance – OECD Social Indicators. Paris.
- Rockström, Johan; W. Steffen, K. Noone, Å. Persson, F. S. Chapin, III, E.F. Lambin, T. M. Lenton, M. Scheffer, C. Folke, H. J. Schellnhuber, B. Nykvist, C. A. de Wit, T. Hughes, S. van der Leeuw, H. Rodhe, S. Sörlin, P. K. Snyder, R. Costanza, U. Svedin, M. Falkenmark, L. Karlberg, R. W. Corell, V. J. Fabry, J. Hansen, B. Walker, D. Liverman, K. Richardson, P. Crutzen, J. A. Foley (2009), A Safe Operating Space for Humanity. Nature 461: 472-475.
- Schmidt, Ch. M. (2011), Möglichkeiten und Grenzen umfassender Indikatorensysteme, Wirtschaftsdienst 2011-11: 745-749.
- Schmidt, Ch. M. und N. aus dem Moore (2013), Wohlstandsmessung heute: Statistische Grundlagen einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte. In: Theurl, Th. (Hrsg.), Akzeptanzprobleme der Marktwirtschaft: Ursachen und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Berlin: Duncker & Humblot. 13-32.
- Stiglitz, J. E., A. Sen und J.-P. Fitoussi (2009), Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Internet: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), Herausforderungen des demographischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung. Wiesbaden.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013), Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik: Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Jahresgutachten 2013/14: Kapitel 12. Wiesbaden.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt – Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vor neuen Herausforderungen. Jahresgutachten 2015/16: Kapitel 6. Wiesbaden.

SVR/CAE – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse économique (2010), Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des deutsch-französischen Ministerrates. Wiesbaden.

Internationale Prozesse zur Förderung von Lebensqualität mit Beteiligung der Bürger

von Stefan Bergheim, Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt

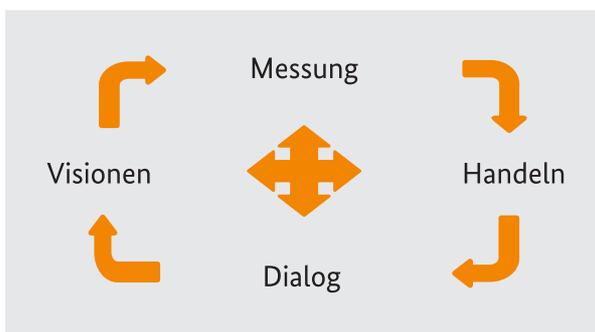
Rund um den Globus wird nach neuen Wegen und Methoden gesucht, wie eine „kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlergehens auf der Erde für heutige und künftige Generationen“ möglich ist.¹ Immer öfter wird dazu in längerfristig angelegten Prozessen gearbeitet, die vier Kernelemente umfassen: Dialog, Visionen, Messung und Handeln.

Im ersten Schritt werden mit einer großen Vielfalt von Akteuren wertschätzende Dialoge über Lebensqualität geführt. Im zweiten Schritt wird das in den Dialogen Gehörte in vielen Prozessen zu greifigen Visionen zusammengefasst. So wird ein gemeinschaftlich geteiltes Verständnis der erwünschten Zukunft sichtbar. Als nächstes wird mit Hilfe von Indikatoren gemessen, ob man sich in Richtung der erwünschten Zukunft bewegt und wo noch besonderer Handlungsbedarf besteht. Im vierten Schritt werden dann konkrete Handlungen, Projekte, Partnerschaften usw. angestoßen, die auf den Visionen und Indikatoren aufbauen und ohne diesen Prozess nicht oder nicht zu einem so frühen Zeitpunkt unternommen worden wären. Die Erwartung ist, dass somit knappe gesellschaftliche Ressourcen eher dort eingesetzt werden, wo sie den größten Gewinn an Lebensqualität ermöglichen. Das Handeln von Politik, Verwaltung und Bürgern kann stärker an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden.

Solche Lebensqualitätsprozesse können auch als demokratische Innovation gesehen werden, also als neue institutionelle Arrangements mit dem Ziel, die Qualität von Demokratie zu verbessern. Die fünf Kriterien aus dem Analyserahmen für demokratische Innovationen von Geißel lassen sich auf Lebensqualitätsprozesse anwenden:² Erstens wird eine gleiche, inklusive und bedeutsame Partizipation der Bürger erwartet. Zweitens soll durch eine solche Innovation die Legitimität der politischen Entscheidungen in den Augen der Bürger erhöht werden. Drittens wird eine qualitativ hochwertige öffentliche Debatte über politische Themen geführt. Viertens führen solche Innovationen zu effektiveren politischen Entscheidungen, da kollektive Ziele berücksichtigt und verfolgt werden. Und fünftens findet auch eine Bürgerbildung statt, da das Wissen und der Gemeinsinn der Beteiligten verbessert werden.³

Im vorliegenden Beitrag werden fünf Partizipationsprozesse aus fünf verschiedenen Ländern entlang der genannten vier Kernelemente dargestellt: Dialog, Visionen, Messung und Handeln. Ausgewählt wurden nur Prozesse, die die Elemente Dialog und Handeln beinhalten – zumindest in der Ausgangskonzeption. Um die Vielfalt möglicher Zugänge zu zeigen, wurden zwei Projekte ohne Visionsbildung (Vancouver, Großbritannien) und eines ohne Messung (Borne) aufgenommen.

Vier Kernelemente von Lebensqualitätsprozessen



Quelle: Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt

■ Fünf Beispiele für Lebensqualitätsprozesse

In der US-amerikanischen Großstadt Jacksonville mit 820.000 Einwohnern kam der Anstoß zu einem Lebensqualitätsprozess im Jahr 1985 von der lokalen Industrie- und Handelskammer, die Unternehmen auf die Vorzüge der Stadt aufmerksam machen wollte. Die gemeinnützige Bürgerinstitution „Jacksonville Community Council“ nahm die Aufgabe an, unter der Bedingung, dass eine echte Verbesserung der Lebensqualität der Menschen ermöglicht Spendengelder bezahlt und von vielen ehrenamtlichen Kräften unterstützt.⁴

Der australische Inselstaat Tasmanien war im Jahr 1998 von tiefen gesellschaftlichen Konflikten geprägt. Inspiriert von einem Partizipationsprozess in Oregon („Oregon Shines“) lud der neu gewählte sozialdemokratische Premierminister Jim Bacon zu „Tasmanien Gemeinsam“ ein, um die Situation zu befrieden. Trotz aller Erfolge und der internationalen Anerkennung stand das Projekt von Anfang an in der Kritik der Opposition. Im Jahr 2012 wurden die Mittel aus dem Haushalt gestoppt und das Projekt beendet.⁵

Im kanadischen Vancouver ging die Initiative von der örtlichen Bürgerstiftung aus, deren oberstes Ziel es ist, die Stadt zu einem besseren Ort für alle Einwohner zu machen. Mit dem 2004 begonnenen Prozess „Vital Signs“ will sie Informationen über Bedarfe und Prioritäten in der Stadt erhalten, um so bessere Entscheidungen über die Verwendung der jährlich ca. 40 Millionen kanadischen Dollar an eigenen Gelder treffen zu können. Um das kleine Projektteam herum wurden verschiedene Beratungsgremien gegründet, damit Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Presse und Zivilgesellschaft einbezogen werden. So wurde „Vital Signs“ breit in der Stadtgesellschaft verankert. Ähnliche Prozesse gibt es in vielen anderen kanadischen Städten z.B. auch in Toronto und Montreal



In der niederländischen Stadt Borne mit 22.000 Einwohnern begann im Jahr 2010 ein partizipativer Visionierungsprozess, um die Vision des Stadtrates aus dem Jahr 2001 zu überarbeiten. Diesmal lud der Stadtrat 20 Organisationen dazu ein, mit den Bürgern über das Leben in ihrer Stadt zu sprechen. Sie formten eine Steuerungsgruppe unter Vorsitz des Bürgermeisters und gestalteten gemeinsam die nächsten Schritte. Der Prozess wurde zudem wissenschaftlich begleitet und mit einer Trendstudie unterstützt.

Auf der nationalen Ebene gibt es nur wenige partizipative Lebensqualitätsprozesse. Besonders breit war die Beteiligung in der nationalen Wohlergehensdebatte in Großbritannien. Premierminister David Cameron beauftragte Ende 2010 das nationale Statistikamt ONS damit, neue Messgrößen für das Wohlergehen zu erarbeiten. Hintergrund war seine Überzeugung, dass es eine Kernaufgabe der Regierung ist, herauszufinden was das Leben besser macht – und entsprechend zu handeln. Im November 2012 wurden erstmals Indikatoren veröffentlicht, die aus den Ergebnissen der Debatte abgeleitet wurden. Visionen wurden nicht formuliert.

Diese und ähnliche Prozesse waren auch Inspiration für die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“ im Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin 2011/12. In den ersten beiden Vorschlägen ging es darum, „mit professionell begleiteten Dialogprozessen das dezentral verteilte Wissen zu heben und ein gesamtgesellschaftliches, pluralistisches Verständnis einer wünschenswerten und gleichzeitig realistischen Zukunft für Deutschland zu erzielen und sichtbar zu machen.“⁶ Weitere Vorschläge der Arbeitsgruppe bezogen sich auf „neue Maße und Berichtssysteme für Lebensqualität. Sie berücksichtigen die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Aspekten von Lebensqualität und reflektieren das im ersten Schritt entwickelte Zukunftsbild.“ Vorschlag 1, der Bürgerdialog zu Lebensqualität „Vision 2040 – für meine Kinder“, bezog sich explizit auf die nationale Lebensqualitätsdebatte in Großbritannien.



Dialog über Deutschlands Zukunft

■ Institutionelle Verankerung

Die internationalen Beispiele zeigen eine große Vielfalt an institutionellen Verankerungen solcher Lebensqualitätsprozesse. Die perfekte Institution gibt es nicht, die sowohl über wissenschaftliche Expertise, als auch über einen guten Zugang zu den Bürgern und finanzielle Ressourcen verfügt, und dabei parteipolitisch neutral ist. Wichtig ist, dass die institutionellen Regelungen zur lokalen Kultur passen und die jeweils vorhandenen Ressourcen klug im Netzwerk oder über Partnerschaften ergänzt werden.⁷

- Staatliche Stellen verfügen oft über die entsprechenden Ressourcen und haben große gesellschaftliche Relevanz und Sichtbarkeit. Allerdings besteht immer die Gefahr, dass der Prozess durch zu große Nähe zur Regierungspartei bzw. der Regierungskoalition nicht die erwünschte breite gesellschaftliche Akzeptanz erhält. Dies war eine Herausforderung speziell in Tasmanien. Zudem besteht die Gefahr, dass Änderungen des politischen Klimas oder der Mehrheiten den Prozess gefährden, wie in Großbritannien geschehen.
- Stiftungen können über Ressourcen und politische Neutralität verfügen, aber ihr Stiftungszweck passt möglicherweise nicht zu einem breit angelegten Lebensqualitätsprozess. Die Bürgerstiftungen in Kanada sehen für sich diese Verantwortung für mehr Lebensqualität.
- Wissenschaftliche Organisationen sind in der Regel politisch neutral und verfügen über die notwendige Fachkompetenz. Allerdings haben sie nicht immer die Nähe zu den Bürgern (die für die Dialoge notwendig ist) oder auch die Nähe zur Politik (die für die Umsetzung notwendig sein könnte).
- Zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen selten über große finanzielle Ressourcen und sind auch nicht immer parteipolitisch neutral. Für sie sind Kooperationen mit anderen Akteuren ratsam.
- Wirtschaftsnahen Organisationen könnten über hinreichende Ressourcen verfügen, sind aber eventuell inhaltlich nicht so offen, wie es für einen gut funktionierenden Prozess hilfreich wäre. In Jacksonville wurde diese Herausforderung mit einer Partnerschaft zwischen der Industrie- und Handelskammer und einer zivilgesellschaftlichen Organisation gelöst.

Besonders hervorzuheben sind die Prozesse, die seit vielen Jahren laufen und durch mindestens eine Überarbeitungsphase gegangen sind. Jacksonville ist ein Beispiel dafür. Gut gemachte Lebensqualitätsprozesse können eine dauerhafte Wirkung aber auch dann entfalten, wenn sie formal nach ein oder zwei Jahren zu Ende gehen: Die vielen Begegnungen während des Prozesses tragen an den unterschiedlichsten Stellen weiter Früchte. Die Visionen haben den gesellschaftlichen Diskurs verändert. Die Presse und andere wichtige Akteure beziehen sich immer wieder auf sie – auch wenn die Quelle vielleicht nicht immer genannt wird. Die Indikatoren haben idealerweise eine so hohe Relevanz und Sichtbarkeit bekommen, dass viele Akteure auf sie Bezug nehmen. Und schließlich leben die konkreten Projekte weiter, die im Laufe des Prozesses angestoßen wurden.

Vermutlich noch wirksamer sind die Prozesse aber dann, wenn sie regelmäßig wiederholt werden, wenn Daten aktualisiert und Visionen überarbeitet werden. Dies sollte schon in der ersten Auflage mitgedacht werden: Die Teilnehmer sollten Freude an der Mitarbeit haben, der Wert des Ansatzes sollte sichtbar und wichtige Akteure Schritt für Schritt mit der Vorgehensweise und den Inhalten vertraut gemacht werden. Konkret sind nach Ende der ersten Auflage folgende Schritte denkbar und sinnvoll:⁸

Die im Prozess entstandenen Projekte können weiter begleitet und vernetzt werden. Die Gesamtschau, die durch einen thematisch breit angelegten Prozess möglich ist, kann hilfreiche Perspektiven für die einzelnen Projekte ermöglichen. Zudem können existierende und neue Projekte in einzelnen Themenfeldern über Partnerschaften klarer verbunden werden.

Alle ein bis zwei Jahre sollten die Indikatoren aktualisiert und veröffentlicht werden. Auf signifikante Veränderungen und neu sichtbar gewordenen Handlungsbedarf sollte hingewiesen werden. In Großbritannien werden die Indikatoren halbjährlich und in Jacksonville jährlich aktualisiert. In Tasmanien wurden sie alle zwei Jahre aktualisiert. Eine Veranstaltung zur Veröffentlichung der Indikatoren ist eine gute Gelegenheit, um wieder Begegnungen zwischen den Menschen zu erleichtern.

Etwa alle fünf Jahre könnte der gesamte Prozess neu aufgelegt werden. Wieder sollten intensive Gespräche über Lebensqualität geführt werden. Wenn die erste Auflage ein Erfolg war, dann ist nun der Zugang zu den verschiedenen

gesellschaftlichen Gruppen leichter als in der ersten Runde. Jacksonville und Tasmanien sind bzw. waren Beispiele für solche intensiven Überarbeitungen, mit denen eine Kontinuität und damit zusätzliche Glaubwürdigkeit in den Prozess gebracht wurden. Die Ergebnisse der Gespräche werden mit den Inhalten der vorherigen Auflage abgeglichen und die Visionen und Indikatoren entsprechend angepasst. In Tasmanien wurde ein stringenter Prozess entwickelt, mit dem Indikatoren und Ziele überarbeitet wurden und ggf. neue Indikatoren hinzugefügt werden konnten.

Im Idealfall werden die Indikatoren aus dem Prozess auch für die Bewertung des Erfolgs der einzelnen Projekte verwendet. Haben die Projekte tatsächlich die erhoffte Verbesserung der Lebensqualität bewirkt? Wurden knappe zeitliche und finanzielle Ressourcen tatsächlich dort eingesetzt, wo sie eine besonders große Verbesserung der Lebensqualität zur Folge haben? Wo gab es unerwünschte Nebenwirkungen?

■ Einstieg über Dialoge mit vielen unterschiedlichen Menschen

Lebensqualitätsprozesse sind eine Möglichkeit, um viele unterschiedliche Menschen für die Gestaltung der Zukunft zu begeistern. Das gute Gespräch und der Dialog sind Einstiegsbereiche in diese Zukunftsgestaltung. Dazu müssen die Organisatoren entscheiden, wie stark diese Gespräche inhaltlich gelenkt werden sollen. Das Spektrum reicht von der Auswahl aus einer Liste vorformulierter Antworten bis hin zum freien Gespräch entlang allgemein gehaltener Leitfragen. Diese könnten lauten: „Was ist Ihnen in Ihrem Leben wichtig?“, „Was tut Ihnen im Herzen weh, wenn Sie an ihre Stadt denken?“ oder „Welche Veränderung würden Sie sich in den nächsten X Jahren wünschen?“. Offene Gespräche sind aufwändiger in der Durchführung und Auswertung, können aber großen, eventuell überraschenden Reichtum an Perspektiven sichtbar machen.

Ein Vorreiter der breiten Bürgerbeteiligung ist der Prozess in Jacksonville. Dort liegt ein starker Fokus auf den „nicht so oft gehörten Stimmen“, die aktiv angesprochen werden. Informelles Ziel ist, dass sich jeder Bürger von Jacksonville gehört fühlt, auch wenn er nicht persönlich zu einer Veranstaltung gehen kann. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind vielfältig und reichten im Jahr 2013 von großen Präsenzveranstaltungen mit insgesamt 2.000 Teilnehmern bis zu vor-

frankierten Fragebögen, von denen 14.000 ausgefüllt und zurückgeschickt wurden. Unter anderem wurde gefragt: Was mögen Sie an Jacksonville besonders? Jacksonville in 12 Jahren, welche Veränderung oder Verbesserung wünschen Sie sich?

Besonders ausführlich und breit war die Bürgerbeteiligung von Anfang an in Tasmanien. Eine Steuerungsgruppe mit 22 Mitgliedern lud im Jahr 1999 mehr als 60 Teilnehmer zu einer dreitägigen Veranstaltung. Die ersten Visionen wurden an 14.000 Personen und Organisationen mit der Bitte um Stellungnahme versandt. Es folgten 60 öffentliche Veranstaltungen, die auch von Kritikern des Prozesses als gut besucht und lebendig bezeichnet wurden. Darüber hinaus gab es 100 Konsultationen mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Überarbeitung im Jahr 2005 stand auf einer ähnlich breiten Basis mit 35 Bürgerforen und 2.000 eingesandten Fragebögen. Damals wurden den Bürgern folgende Fragen gestellt: Was sind für Sie in den nächsten 10 bis 15 Jahren die wichtigsten Themen? Was hat sich für Sie in Tasmanien in den letzten 5 Jahren verändert? Welche anderen Veränderungen würden Sie gerne sehen? Was sind die wichtigsten Dinge, über die „Tasmanien Gemeinsam“ berichten sollte?

In Vancouver konnten die Bürger zu Beginn des Prozesses im Jahr 2004 über eine Telefonbefragung lediglich Schulnoten für einzelne Themenfelder vergeben und Handlungsprioritäten nennen. Im Jahr 2011 wurde aber auch dort die Bevölkerung mit größeren Präsenzveranstaltungen aktiv eingebunden. Diese Erkundungsphase sollte Themen aufspüren, die den Einwohnern der Stadt besonders wichtig sind und wo sie sich mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen wünschen. Über 100 Führungskräfte aus unterschiedlichen Sektoren wurden direkt befragt, 276 zivilgesellschaftliche Organisationen machten Angaben online. Zudem diskutierten 350 Bürger in sechs größeren Veranstaltungen darüber, was sie an Vancouver mögen und wo sie Verbesserungsmöglichkeiten sehen.

In der niederländischen Stadt Borne wurden 27 Workshops mit insgesamt 470 Bürgern durchgeführt. 400 Bürger gaben Antworten online ab und 200 über einen gedruckten Fragebogen. Die Ergebnisse fasste die Steuerungsgruppe zu vier Szenarien für das Jahr 2030 zusammen. Im April 2011 waren dann alle Einwohner aufgerufen, ihr bevorzugtes Szenario auszuwählen. Dieses wurde dann zur Vision „Mein Borne 2030“ weiterentwickelt.

Sehr breit war die Beteiligung auch in Großbritannien zwischen November 2010 und April 2011. In 175 Präsenzveranstaltungen in unterschiedlichen Formaten haben 7.250 Bürger ihre Ideen eingebracht. In Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort wurde auch auf schwer erreichbare Gruppen zugegangen: alleinerziehende Mütter, alte Menschen, Jugendliche mit mentalen Problemen usw. Mit allen wurden mehrere Fragen diskutiert: Welche Dinge sind Ihnen im Leben wichtig? Welche davon sollten in einer nationalen Messgröße für Lebensqualität enthalten sein? Wie würden Sie diese Messgröße nutzen? Ausgangspunkt für die Diskussion war eine vorab vom Statistikamt erstellte Liste von Aspekten, die von Arbeitszufriedenheit bis Religion ein breites Spektrum abdeckte. Online gab es 34.000 Antworten. Hilfreich war hier auch die direkte Zusammenarbeit des Statistikamtes mit Online-Gemeinschaften wie „Netmums“ und Blindenorganisationen.⁹

■ Die Kraft von Visionen

Visionen dienen dazu, die Kernaussagen der Menschen aus den Dialogen sichtbar zu machen und damit den Boden für gemeinsame und individuelle Aktivitäten zu bereiten. Die Veröffentlichung der Visionen kann auch dazu führen, dass Kritik an ihnen geübt wird. Konstruktive Kritik sollte genutzt werden, um die Visionen zu überarbeiten. Wirkungsvolle Visionen haben in der Regel diese Eigenschaften:¹⁰

- Der Geltungsbereich der Vision ist klar definiert z.B. „in Tasmanien“.
- Die Visionen sind für einen festen Zeitpunkt formuliert, z.B. „Im Jahr 2030...“, „In 15 Jahren...“.
- Die Formulierung ist kurz, mit klar verständlichen, einfachen Sätzen und Begriffen. Nachfragen und Erläuterungen sollten unnötig sein.
- Idealerweise sind die Visionen anschaulich formuliert, ohne sich in einzelnen Details zu verlieren. So kann vor dem inneren Auge des Lesers ein Bild dieser Zukunft entstehen. Illustratoren könnten die Visionen ohne viele Zusatzinformationen in Bilder fassen, Filmemacher einen Film über sie drehen.
- Wirkungsvolle Visionen sind in der Regel positiv formuliert. Schöne Aspekte des Lebens werden mehr, besser oder größer. So lassen gut gemachte Visionen

beim Leser einen Wohlfühleffekt entstehen, ohne Probleme zu ignorieren.

- Die Visionen stellen eine echte Herausforderung für die Gemeinschaft und jede einzelne Person dar, ohne zu unrealisierbaren Utopien zu werden. Ein klarer Abstand zur heutigen Situation kann sichtbar werden.
- Die Visionen sind gemeinschaftlich geteilt. Basis hierfür sind die Ergebnisse aus den Dialogen mit den Bürgern.

Nicht überall werden die Einblicke aus den Dialogen im nächsten Schritt zu anschaulichen Bildern einer gelingenden Zukunft zusammengefasst. In Großbritannien und Vancouver wurde ganz darauf verzichtet. Dagegen wird in Jacksonville weiterhin besonders viel Wert auf Visionen gelegt. Im Bericht von 2013 wurde für jedes der 10 Themenfelder eine kurze Vision für das Jahr 2025 in zwei bis drei Sätzen erstellt. Für das Themenfeld Bildung lautet sie zum Beispiel: „Im Jahr 2025 steht in Jacksonville Exzellenz in der Bildung in jedem Lebensalter im Fokus. Jacksonville fordert, unterstützt und begleitet Lernende in jeder Phase des Lebens. Wir sind eine Gemeinschaft von Lehrern, die in den täglichen Aktivitäten das Lernen und ein Gefühl der Entdeckung einziehen lässt. Unsere Schulen und Bibliotheken sind Netzwerkknoten, die einzelne Betreuer mit Ressourcen der Gemeinschaft verbinden, so dass sich das ganze Kind entfaltet, in der Weltwirtschaft konkurriert, und sich in vollem Umfang zu Hause einbringt.“

In Tasmanien bestanden die ersten Visionen für 10 Themenfelder im Jahr 1999 jeweils nur aus einem Satz. Diese Visionen für das Jahr 2020 waren aber mit konkreten Zielen unterfüttert. Für das Themenfeld Gesundheit und Wohlergehen wurde zum Beispiel die allgemeine Vision „Wir werden eine hohe Lebensqualität und einen gesunden Lebensstil haben“ um vier Ziele für 2020 ergänzt, u.a. „Einen vorsorgenden Ansatz der Gesundheit, der auf Wohlergehen statt auf Krankheit ausgerichtet ist.“¹¹ In späteren Überarbeitungen wurde der Begriff „Vision“ nicht mehr benutzt. Dafür wurden aber konkrete Zielwerte für die Indikatoren für die nächsten 5, 10 und 15 Jahre genannt.

Im niederländischen Borne wurde eine allgemein gehaltene Vision formuliert. „Im Jahr 2030 ist Borne für viele neue Bürger wegen seines dörflichen und einladenden Charakters attraktiv. Die Bevölkerung ist gewachsen. Borne ist

attraktiv für Senioren und junge Familien, die die Ruhe im grünen Dorf suchen und städtische Einrichtungen der Nähe haben wollen. Die Attraktivität für junge Gründer kommt zum Teil von den wissensintensiven Unternehmen, die sich in Borne etabliert haben.“

Ob nun eine Vision formuliert wird oder nicht: Immer wieder werden die gleichen Themenfelder mit jeweils lokalen Variationen sichtbar. Zusammenleben, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Politik, Freizeit, Sicherheit und andere. Auch die grundsätzlichen Inhalte der Visionen ähneln sich oft. Eine wissenschaftliche Begleitung der Auswertung ist aber dennoch wichtig. Sie kann auch Hinweise auf Themenfelder geben, über die Menschen nicht so viel sprechen, weil diese eventuell als gesellschaftlich nicht so wünschenswert gelten. Selten werden Spaß haben, feiern, chillen, spielen, shoppen, fernsehen, ein großes Auto usw. als wichtig im Leben genannt. Dennoch deuten die Fakten zur Zeitverwendung und zu den Konsumausgaben darauf hin, dass einige Menschen entsprechend handeln. In Lebensqualitätsprozessen kann diesem Abstand zwischen artikuliertem Wollen und tatsächlichem Handeln nachgegangen werden. Sprechen die Menschen nicht über alles, was ihnen tatsächlich wichtig ist? Oder machen sie häufig Dinge, die ihnen eigentlich nicht so wichtig sind? Das kann dann zu einem Problem werden, wenn darüber die „wirklich“ wichtigen Dinge vernachlässigt werden.

■ Relevante Indikatoren leicht verständlich darstellen

Aus diesen partizipativen Prozessen ergibt sich üblicherweise eine große Zahl von Indikatoren, die an einigen Stellen über das hinausgehen, was üblicherweise von Politik und Gesellschaft prominent diskutiert wird. Einige Beispiele von Indikatoren aus den genannten internationalen Ansätzen sollen das illustrieren:

In Jacksonville schaut man u.a. auf die Selbstmordrate als Indikator für mentale Gesundheit und Einsamkeit. Mit 18 Fällen pro 100.000 Einwohner hatte diese Rate 2012 den höchsten Wert seit Jahrzehnten erreicht, ging bis 2014 aber etwas zurück.

In Tasmanien wurde die funktionale Lesefähigkeit der Erwachsenen als einer von über 100 Indikatoren ausgewählt. Nur 47% der Menschen zwischen 15 und 74 Jahren konnten im Jahr 1996 Dokumente so gut lesen und verstehen, dass

sie die Minimalvoraussetzungen für Leben und Arbeiten in modernen, komplexen Gesellschaften erreichen (Ebenen 3 bis 5 nach dem Standard des International Adult Literacy Survey (IALS)). Ziel war ein Anstieg auf 58% bis 2020, aber bis zum Jahr 2006 verbesserte sich der Wert nur geringfügig.

In Vancouver, wird unter anderem gemessen, ob sich die Bürger zur Stadt zugehörig fühlen. Im jüngsten Bericht aus dem Jahr 2010 bestätigten dies laut einer Befragung aus dem Jahr 2009 immerhin 68% der Einwohner von Vancouver, deutlich mehr als die 54% in Montreal.

Unter den 41 Indikatoren in Großbritannien findet sich auch eine Befragung dazu, ob die Bürger ihrer Regierung vertrauen. Die Daten kommen aus dem Eurobarometer der Europäischen Kommission. Im Frühjahr 2015 gaben 37% der Briten an, dass sie ihrer Regierung eher vertrauen (Deutschland 50%, Finnland 60%, Spanien 12%).

Alle diese Indikatoren sind relevant für die Lebensqualität der Menschen im jeweiligen Gebiet. Sie sind am Ergebnis der Lebensqualität orientiert und messen nicht lediglich finanzielle Ausgaben. Bei allen Indikatoren ist auf den ersten Blick klar, in welche Richtung sie sich idealerweise verändern sollten. Zudem sind sie halbwegs verständlich und durch menschliche Aktivitäten beeinflussbar. Die Indikatoren sind relativ zeitnah verfügbar und lassen sich im Zeitablauf und mit anderen Städten oder Ländern vergleichen.

Wie das Beispiel Borne gezeigt hat, können partizipative Lebensqualitätsprozesse aber auch ohne Indikatoren gut funktionieren. Dies ist ein Weg, um mit vier wichtigen Argumenten gegen die Nutzung von Indikatoren umzugehen:

- 1) Die Auswahl, Zusammenstellung und ggf. Erhebung von Indikatoren ist sehr aufwändig.
- 2) Für einige wichtige Aspekte von Lebensqualität ist möglicherweise (noch) kein belastbarer Indikator verfügbar.
- 3) Viele Menschen haben keinen Bezug zu Indikatoren, sodass eventuell keine Breitenwirkung erreicht wird.
- 4) Wenn Indikatoren zu politischen Zielen werden, dann werden sie möglicherweise unbrauchbar, da Umgehungs- und Vermeidungsstrategien eingesetzt werden (Goodhardts Gesetz).

Alle Prozesse, die dennoch Indikatoren nutzen, sollten diese so einfach wie möglich darstellen, damit zumindest die letzten beiden Argumente geschwächt werden.

Besonders breit gefächert ist die Darstellung der Indikatoren in Vancouver. Der Übersichtsbericht von 2010 nutzt Schulnoten, Bilder und Grafiken, um die wenigen Zahlen in einen leicht verständlichen Zusammenhang zu stellen. Eine vierseitige Zusammenfassung wurde auf English und Chinesisch den wichtigsten Zeitungen der Stadt beigelegt. Wer es genau wissen will, der findet auf der Internetseite ausführliche Analysen zu jedem Themenfeld mit Tabellen, Analysen einzelner Stadtteile und Vergleichen mit anderen Städten.

In Jacksonville wechselt die Art der Darstellung immer wieder, damit keine Langeweile aufkommt. Sehr kurze gedruckte Übersichten sind ebenso verfügbar wie detaillierte Online-Landkarten mit Indikatoren und nationalen Vergleichswerten.

Das wichtigste Dokument von „Tasmanien Gemeinsam“ war der Fortschrittsbericht (Progress Report), der alle zwei Jahre dem Parlament präsentiert werden musste. Auf über 200 Seiten wurden Ziele, Indikatoren mit Bewertung des Fortschritts sowie konkrete Projekte dargestellt. Dazu gab es eine Webseite mit weiteren Details zu den Indikatoren. Ergänzt wurde dieses Angebot um sehr kurze, leicht verständliche Drucksachen, die mit einer Ampelkennzeichnung auf einer Seite einen Überblick über die Fortschritte zu den Zielen gaben.

In Großbritannien wurden die Indikatoren online in Form eines Wellbeing Wheels dargestellt. Mit einer Ampelkennzeichnung wurden Verbesserungen und Verschlechterungen innerhalb der letzten Jahre angezeigt. In den drei Jahren bis 2015 konnte zum Beispiel für 12 Indikatoren eine Verbesserung gemessen werden, für 8 eine Verschlechterung. Ausführliche Berichte und ein großes Spreadsheet des Statistikamtes erlauben Wissenschaftlern eine detaillierte Analyse der Ergebnisse. Für viele Bürger dürfte der Zugang aber etwas kompliziert sein.

■ Handeln für eine bessere Zukunft

In allen Lebensqualitätsprozessen geht es letztlich darum, bessere Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Über die Dialoge und die Visionen hat man ein gemeinschaftlich

geteiltes Verständnis davon erarbeitet, was „besser“ ist. Und mit den Indikatoren wurde überprüft, wo besonders großer Handlungsbedarf besteht.

In Jacksonville stehen die konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität auf einer breiten Basis, da die meisten relevanten Akteure von Anfang an im Prozess eingebunden sind. Fast immer geht es um eine Zusammenarbeit quer über Themenfelder und institutionelle Grenzen hinweg. Das Problem einer zu hohen Sterblichkeit von Kindern vor ihrem ersten Geburtstag wurde mit verbessertem Sexualkundeunterricht und besserer Lebensmittelversorgung in sozial schwachen Stadtteilen angegangen. So ging der Wert von über 10 pro 1.000 im Jahr 2005 auf weniger als 7 im Jahr 2010 zurück.

In Tasmanien stand ebenfalls die Zusammenarbeit über Themen- und Institutionengrenzen hinweg im Mittelpunkt. Zu wichtigen Herausforderungen wurden insgesamt 29 Partnerschaftsabkommen geschlossen, so im Jahr 2010 zum Thema Rauchen. Im Jahr 2000 hatte man sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Raucher von 27% im Jahr 1997 auf 10% im Jahr 2020 zu senken. Die tatsächlichen Zahlen veränderten sich aber kaum. Der Druck stieg, einen Aktionsplan zu erstellen. Hilfreich war hier die formale Anbindung des staatlichen Prozesses „Tasmanien Gemeinsam“ an die Pläne, Budgets und Berichte aller staatlichen Einrichtungen der Insel.

In Borne wird erwartet, dass die Visionen für alle Akteure der Stadt eine Bedeutung entfalten und deren Handeln entsprechend beeinflussen. Klare Prozesse sind dafür nicht vorgesehen. Man vertraut auf die Kraft der Vision und überlässt die nächsten Schritte den einzelnen Akteuren.

In Vancouver stellten die Bürger im Jahr 2008 der Verkehrssituation besonders schlechte Noten aus, auch wegen der hohen Preise des öffentlichen Personennahverkehrs.¹² Viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben weit entfernt von der Innenstadt, wo Bildung, Arbeit und Kultur angeboten werden. Daher entschloss sich die Bürgerstiftung dazu, Gelder an fünf Organisationen zu geben, die in schwierigen Stadtteilen aktiv sind. Diese können nun Fahrkarten an ausgewählte Teilnehmer ihrer Projekte ausgeben.

In Großbritannien gab es nach der Veröffentlichung der Indikatoren keine formalen Schritte der Regierung, die auf Dialogen und Indikatoren aufbauten

■ Mehr Lebensqualität in Deutschland

Neben der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ gibt es heute in Deutschland schon einige Prozesse, die einen ähnlichen Ansatz verfolgen wie die internationalen Beispiele. So beteiligen die Städte Heidelberg und Ludwigsburg ihre Bürger breit an der Entwicklung der nachhaltigen, integrierten Stadtplanung. In Ludwigsburg wurden im Jahr 2015 sogar Visionen für das Jahr 2030 skizziert. In Frankfurt am Main initiierte das gemeinnützige „Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt“ im Jahr 2013 unter dem Titel „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ einen Lebensqualitätsprozess mit allen vier Schritten.

Die Lernerfahrungen aus nationalen und lokalen Prozessen in Deutschland und weltweit können die Basis für noch bessere und noch wirkungsvollere Prozesse in der Zukunft sein. So können Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlstands beitragen. Nötig sind dafür immer Räume für Dialoge, in denen die Menschen zu Wort kommen, ihre Vorstellungen von Lebensqualität äußern und gemeinsam an deren Verbesserung arbeiten können.

¹ Council of the European Union (2006).

² Geißel (2013).

³ Ähnlich auch Hall und Rickard (2013).

⁴ Verbeck (2011).

⁵ Bergheim (2011).

⁶ Presse und Informationsamt der Bundesregierung Hrsg. (2012), Seite 103ff.

⁷ Bergheim (2014), Seite 4.

⁸ Bergheim (2014), Seite 13.

⁹ Evans (2011).

¹⁰ Pohl (2012).

¹¹ Tasmania Together (1999).

¹² Vancouver Foundation (2008).

■ Literatur

- Bergheim, Stefan (2011). Tasmanien Gemeinsam. Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt.
- Bergheim, Stefan (2014). Lebensqualitätsprozesse – ein Handbuch. Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt.
- Council of the European Union (2006). Review of the EU Sustainable Development Strategy (EU SDS) - Renewed Strategy. 10917/06.
- Evans, Joanne (2011). Findings from the National Well-being Debate. UK Office for National Statistics.
- Geißel, Brigitte (2013). On the Evaluation of Participatory Innovations. In: Geißel, Brigitte und Marko Joas (2013). Participatory Democratic Innovations in Europe: Improving the Quality of Democracy?, Budrich Verlag.
- Hall, Jon und Louise Rickard (2013). People, Progress and Participation. How Initiatives Measuring Social Progress Yield Benefits Beyond Better Metrics. Bertelsmann Stiftung.
- JCCI - Jacksonville Community Council Inc. (2013). 2013 Report.
- Municipality of Borne (2011). Mijn Borne 2030 – joint vision. Einreichung für den European Public Sector Award „Opening up the Public Sector through Collaborative Governance“.
- Pohl, Juliane (2012). Bessere Zukunft mit Visionen – Die Wirkung positiver Zukunftsbilder. Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt.
- Presse und Informationsamt der Bundesregierung Hrsg. (2012). Dialog über Deutschlands Zukunft. Ergebnisbericht des Expertendialogs der Bundeskanzlerin 2011/12. Seiten 103-111.
- Tasmania Together Progress Board (1999). Our Vision, Our Future. A draft vision for Tasmania.
- Tasmania Together Progress Board (2012). Progress Report.
- Vancouver Foundation (2008). Vital Signs for Metro Vancouver.
- Vancouver Foundation (2010). Vital Signs 2010 – On the road to vitality.
- Verbeck, Matthias (2011). Indikatorenprojekt Jacksonville: Fortschritt beginnt vor Ort. Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt.

Zur Rolle von bevölkerungs- weiten Surveys und Bürger- dialogen für die Auswahl sozialer Indikatoren

von Gert G. Wagner, Technische Universität Berlin, Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung und Max Planck Institut für Bildungsforschung

So einfach und verständlich der Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern wie Politikerinnen und Politikern ist, die Lebenswirklichkeit differenzierter zu beschreiben als dies mit Hilfe einer einzigen Maßzahl, etwa dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), möglich ist, so schwer ist es die (sozialen) Indikatoren abzuleiten, die für eine differenzierte (oder gar umfassende) Beschreibung der relevanten Wirklichkeit notwendig sind.

Es ist unschwer einsichtig, dass für die Auswahl statistischer Messkonzepte und die Umsetzung der Konzepte in statistische Erhebungen Fachkenntnisse und das fachliche Urteil von Fachleuten sinnvoll sind. Es würde wenig Sinn machen, etwa zur Operationalisierung und Erhebung des Konzepts „Einkommen“ auf die Sachkenntnisse von Ökonomen, Soziologen und Statistikern zu verzichten. Je nach Konzept, das man messen will, sollten neben Statistikern die sachlich zuständigen Fachdisziplinen mit herangezogen werden. Etwa Psychologie und Umweltwissenschaften für die statistische Messung von „Lebenszufriedenheit“ und „Umweltbelastung“. Ob allerdings das Urteil von Fachleuten ebenso sinnvoll und sogar unverzichtbar ist, wenn es um die Auswahl der mit Hilfe von Indikatoren beschriebenen Lebens- und Sachbereichen geht, ist keineswegs klar oder gar offensichtlich. Denn warum sollen Fachleute stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger eines Landes auswählen und bestimmen, welche Dimensionen des Lebens, der Gesellschaft und der Natur wichtig sind und mit Hilfe von Indikatoren dargestellt werden sollten. In einer Demokratie entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, vertreten durch gewählte Parlamentarier, was

wichtig ist. Fachleuten gefällt dies nicht immer, es ist aber trotzdem richtig. Denn niemand käme auf die Idee, die Wünsche und Ziele von Fachleuten über die der Bürgerinnen und Bürger zu stellen (außer einige Fachleute selbst). Es mag zwar sein, dass der „Volkswille“ nicht immer auf allen Informationen beruht, die prinzipiell vorhanden sind und die von Fachleuten hergestellt und verwaltet werden. Trotzdem kann dies nicht dazu führen, dass Fachleute anstelle der Bürgerinnen und Bürger über gesellschaftliche Ziele entscheiden. Denn Fachleute repräsentieren ja keineswegs die Pluralität der Wünsche und Ziele in einer Gesellschaft.¹ Am Ende dieses Beitrags wird sich zeigen, dass an der Schnittstelle von Fachwissen und Volkswillen den Parlamenten eine unverzichtbare Bedeutung zukommt.

Im Folgenden wird diskutiert und gezeigt, wie die Listen (sozialer) Indikatoren zustande kommen (können), die für die Messung von objektiver und subjektiver Lebensqualität benutzt werden. Dieser Beitrag geht nur am Rande auf die Entwicklung solcher Indikatoren ein, nämlich nur insoweit solche Indikatoren sinnvoll sind, um die Relevanz von Politikbereichen, deren Entwicklung anhand von Indikatoren gemessen werden soll, zu ermitteln.

In Abschnitt 1 werden verschiedene Methoden zur „Relevanzermittlung“ kurz vorgestellt. In den Abschnitten 2 und 3 werden verschiedene Formen der Relevanzermittlung auf Deutschland angewendet und die Ergebnisse werden dargestellt. Abschnitt 4 zieht schließlich Schlussfolgerungen für das Projekt „Gut leben in Deutschland“.

■ 1. Methoden der Relevanzermittlung

In der Sozialindikatorenforschung hat es Tradition, dass Experten die Indikatoren auswählen, die gemessen werden und deren Entwicklung dargestellt wird.² Darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden, da es in diesem Bericht im Beitrag von Heinz-Herbert Noll ausführlich erläutert wird.

Es gibt im Wesentlichen zwei Methoden um – unabhängig von demokratischen Wahlen – auf wissenschaftlicher Basis die Relevanz verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zu ermitteln.

- Zum Einen können repräsentative Surveyerhebungen³ durchgeführt werden, die nach der Bedeutung einzelner Politikfelder fragen. Dies kann wiederum direkt erfolgen. Oder die Relevanz wird indirekt ermittelt, indem etwa nach Sorgen und Zufriedenheiten mit der aktuellen Situation gefragt wird. Beiden Methoden liegen bislang üblicherweise Listen von Feldern, Sorgen oder Zufriedenheiten zugrunde. Die Elemente der Listen werden dann von Befragten quantitativ bewertet (etwa durch ankreuzen von „keine“, „einige“ oder „viel“ Sorgen). Die zentrale Beschränkung der Aussagekraft aller derartigen Erhebungen liegt in der von Experten vorgegebenen Liste der zu bewertenden Lebensbereiche.
- Zum Zweiten können in mehr oder weniger diskursiven Formaten wichtige Lebensbereiche und Lebensqualität „qualitativ“ ermittelt werden. D.h. dass keine Antwortlisten vorgelegt werden, die dann in quantitativ auswertbarer Weise bewertet werden, sondern dass die Beteiligten im wahrsten Sinne des Wortes „Klartext reden“. Diese Methode wird zum Beispiel bei den Bürgerdialogen wie dem in Jacksonville (USA) und dem „Forum für Frankfurt“ benutzt, die Stefan Bergheim in diesem Bericht vorstellt. Diese Methode wurde auch bei beiden Antwortformaten im Projekt „Gut leben in Deutschland“ benutzt: zum einen bei den 203 Bürgerdialogen und bei schriftlichen Erhebungen via Internet und Postkarten.

In den nachfolgenden Abschnitten 2 und 3 werden beide Methoden exemplarisch angewendet.⁴ Wobei beide Methoden Survey-gestützt erfolgen. D.h. insbesondere dass Klartexte nicht via Internet oder in Bürgerdialogen erfragt wurden, sondern im Rahmen eines großen repräsentativen Surveys. Basis der Auswertungen ist das Sozio-oekonomische

Panel (SOEP), eine seit 1984 in Westdeutschland (und seit Juni 1990 in Ostdeutschland) laufende bevölkerungsrepräsentative Erhebung, die unter dem Dach der Leibniz Gemeinschaft am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin angesiedelt ist und deren Feldarbeit durch TNS Infratest Sozialforschung (München) durchgeführt wird.⁵ SOEP-Daten liegen den Abschnitten 2.1, 2.2. und 3.2 zugrunde. Abschnitt 3.1 beruht auf einer mit dem SOEP vergleichbaren Sondererhebung, die von Infratest Sozialforschung und Infratest Dimap durchgeführt wurde.

Theoretisch hätte es der Fall sein können, dass die beiden Erhebungswege des Projektes „Gut leben in Deutschland“ (Bürgerdialoge und Internet-Erhebung) andere Ergebnisse erbringen hätten können als die repräsentative Erhebung von Klartexten im Rahmen des SOEP. Dies ist aber – wie in Abschnitt 3.2 gezeigt wird – faktisch nicht der Fall und die voll vergleichbaren Ergebnisse der verschiedenen Klartext-Methoden unterstreichen die solide Aussagekraft des Projektes „Gut leben in Deutschland“, das deutlich mehr in die Tiefe geht als dies mit der Klartext-Erhebung im Rahmen des SOEP möglich war. D.h., dass die repräsentative SOEP-Klartext-Erhebung die Bürgerdialoge und die schriftlichen Erhebungen im Rahmen des Regierungsprojektes keineswegs ersetzen hätte können. Denn – dies war vorab bereits aus ähnlichen Erhebungen bekannt – eine repräsentative Erhebung von Texten im Rahmen eines konventionellen Surveys liefert als Antworten ganz überwiegend nur „Stichworte“, jedoch keine längeren Texte, die die Antwort in einen größeren (Begründungs)Zusammenhang stellen. Man kann dies auf den Punkt bringen: Die Text-Antworten auf die beiden Leitfragestellungen des Projektes „Gut leben in Deutschland“ in der Sondererhebung sind von der Länge her (im Durchschnitt sind es sechs Worte) mit den Überschriften vergleichbar, die von den Bürgerinnen und Bürgern für die Beantwortung via Internet formuliert wurden. Sowohl die vom Regierungsprojekt erhobenen Texte⁶ als insbesondere auch die Bürgerdialoge, die ausdrücklich diskursive Elemente enthielten, haben weit mehr in die Tiefe gehende Texte erzeugt als dies bei der repräsentativen Erhebungen von Stichworten der Fall sein konnte und der Fall war.

■ 2. Indirekte Relevanzindikatoren: Zeitreihen zu Sorgen und Lebensqualität

In diesem Abschnitt werden Ergebnisse zu standardisiert repräsentativ erhobenen Sorgen und Zufriedenheiten in verschiedenen Lebensbereichen dargestellt.⁷ Damit soll indirekt darauf geschlossen werden, was den Menschen in Deutschland aktuell wichtig ist bzw. in den Jahren bis 2014 wichtig war. Entweder weil es Sorgen bereitet oder weil die Zufriedenheit niedrig war. In der Empirie nicht enthalten sind Auswirkungen des vermehrten Kommens geflüchteter Menschen seit der Jahresmitte 2015.

■ 2.1 Sorgen

Mit dem SOEP wird seit 1984 das Ausmaß von knapp einem Dutzend Sorgen um private wie öffentliche Lebensbereiche erfragt. So werden der Grad der Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene wirtschaftliche Situation, den Erhalt des Arbeitsplatzes, Umwelt, Kriminalität, Ausländerfeindlichkeit und Frieden mit Hilfe einer Skala mit drei Ausprägungen erhoben (große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen).

Die Ergebnisse werden als Zeitreihen für Ost- und Westdeutschland getrennt dargestellt. Die Entwicklung der großen Sorgen (Abbildung 1) verläuft ähnlich heterogen wie die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen, auf die im Abschnitt 2.2 eingegangen wird. Um die eigene wirtschaftliche Situation und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sind die Ostdeutschen in den letzten 25 Jahren immer stärker besorgt gewesen als ihre westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und insgesamt verlaufen die Veränderungen der Sorgen in Ost- und Westdeutschland sehr gleichförmig. Leicht zu erkennen ist dies am Verlauf der Sorge um den Weltfrieden; nach der Wende ist zunächst ein Rückgang dieser Sorge zu verzeichnen. Dieser Trend wird durch die Terrorattacke im Jahr 2001 abrupt unterbrochen, die Sorge um den Weltfrieden stieg in den zwei darauffolgenden Jahren in ganz Deutschland. Anschließend nahm die Sorge um den Weltfrieden langsam wieder ein niedrigeres Niveau an.

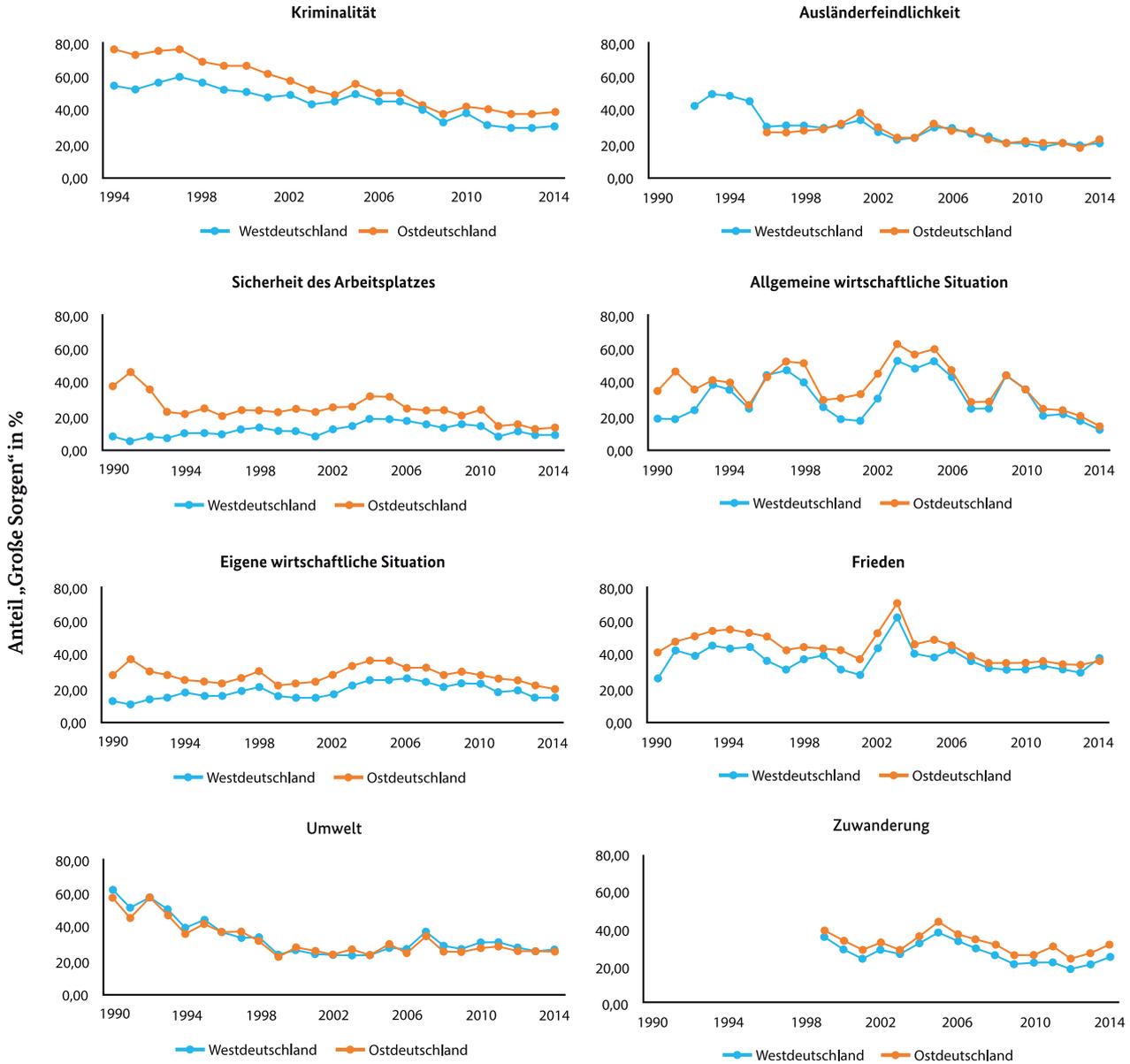
Ebenfalls gleichförmig verlaufen die Sorgen bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Kurz nach der Wende war diese in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern, doch mit jeder konjunkturellen Schwächephase schnellten beide Sorgenverläufe nach oben und glichen sich an. Interessant ist, dass die Sorge der Ostdeutschen zwar in etwa so stark steigt wie die der Westdeutschen, Ostdeutsche in konjunkturellen Hochphasen jedoch stets ein höheres Maß an „Restsorgen“ behalten.

Ebenso war die Sorge um die Kriminalität⁸ Mitte der 1990er Jahre in Ostdeutschland zunächst weit stärker ausgeprägt als in Westdeutschland; sie ist im weiteren Verlauf sukzessive gesunken – im Osten stärker als im Westen – und weist inzwischen ein niedriges Niveau auf. Außerdem gesunken ist der Grad der Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit und um die Umwelt, die in den 1990ern noch über der Hälfte der Bevölkerung und im Jahr 2013 nur knapp 20 Prozent große Sorgen bereiteten. Die langjährigen Schwankungen dieser drei Sorgenbereiche lassen keinen deutlichen Ost-West-Unterschied erkennen.

Die Sorge um (zu viel) Zuwanderung wird erst seit 1998 erhoben. Man erkennt seitdem einen deutlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation: Wenn diese schlecht ist, sind auch die Sorgen um Zuwanderung hoch. Entsprechend sind diese Sorgen in Ostdeutschland permanent höher als in Westdeutschland. Die Differenz ist freilich minimal. Nicht mit der wirtschaftlichen Situation ist der Anstieg der Sorgen um die Zuwanderung in den letzten Jahren zu erklären. Plausibler sind Befürchtungen, die in Folge der EU-Osterweiterung sowie der Freizügigkeit südeuropäischer Staaten eintraten.

Insgesamt haben – gemessen an einem überdurchschnittlichen Ausmaß an „großen Sorgen“ – im letzten Erhebungsjahr 2014, die Bereiche Frieden, Zuwanderung und Kriminalität eine große Wichtigkeit. Entsprechend der guten konjunkturellen Lage ist aktuell die Wichtigkeit der eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Situation, gemessen an wenigen Sorgen, gering ausgeprägt.

Abbildung 1: Verlauf der Sorgen in öffentlichen und privaten Bereichen



Quelle: SOEP, eigene Berechnung

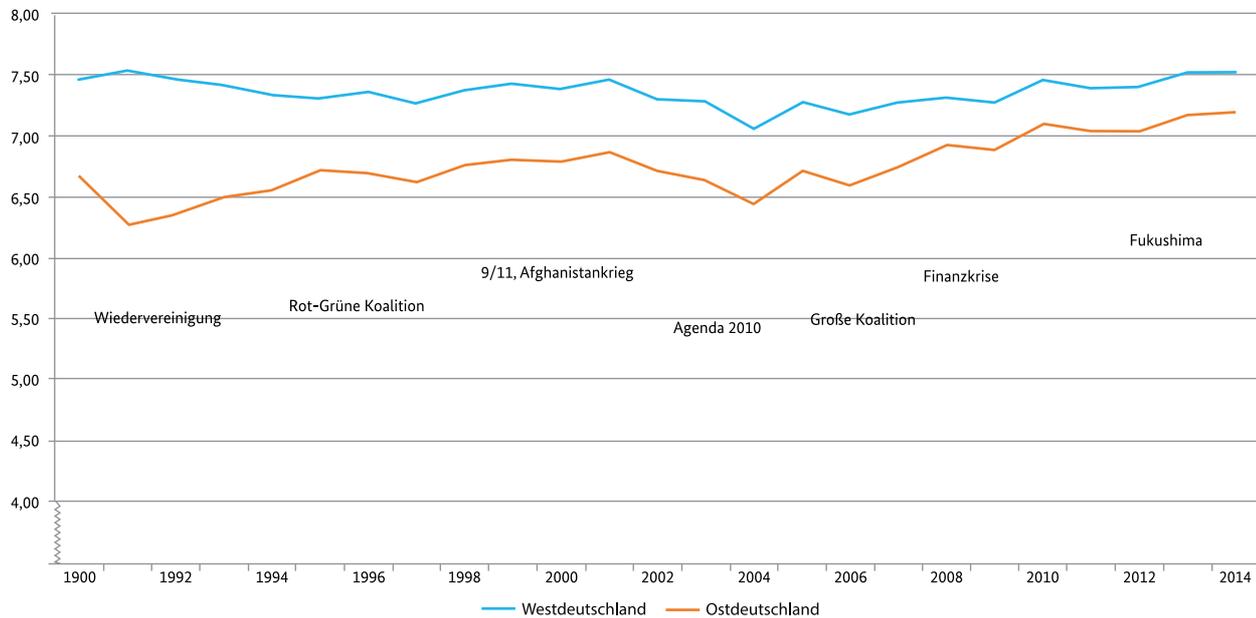
■ 2.2 Lebenszufriedenheiten

Eine methodische Anmerkung ist hier wichtig. Seit dem Beginn der ersten Befragungswelle des SOEP im Jahr 1984 lautet die Frage nach der Lebenszufriedenheit im allgemeinen (und die nach Bereichszufriedenheiten analog): „Wie zufrieden sind sie gegenwärtig, alles in allem, mit ihrem Leben?“ Die Antwort nach der allgemeinen gegenwärtigen Lebenszufriedenheit wird anhand einer 11-stufigen Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben. Zusätzlich werden mit dieser Skala Bereichszufriedenheiten, zum Beispiel die Zufriedenheit mit Lebensstandard, Haushaltseinkommen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit und Wohnen erfragt. Es ist bekannt und hochplausibel, dass Befragte sich bei den Antworten nicht an einem „absoluten Nullpunkt“ orientieren, sondern an dem was zum Befragungszeitpunkt gewissermaßen maximal oder durchschnittlich möglich ist. Das heißt, dass eine Zeitreihe der so ermittelten Zufriedenheiten keine Aussage über das absolute Wohlstandsniveau und wie es sich im Laufe der Zeit verändert darstellt. Eine Zeitreihe stellt lediglich die Entwicklung der Verteilung der jeweiligen Zufriedenheiten dar. Wird die Verteilung als Durchschnitt der Antworten dargestellt, zeigt ein höherer (niedrigerer) Durchschnitt an, ob mehr (weniger) Menschen zum Befragungszeitpunkt zufrieden sind.

Die Darstellung⁹ der allgemeinen Lebenszufriedenheit (Abbildung 2) zeigt, dass unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991, als bereits die damit verbundenen Probleme vor allem am Arbeitsmarkt erkennbar wurden, die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich niedriger war als in Westdeutschland. Die Angleichung der Lebenszufriedenheit verlief dann während der 1990er Jahren durchaus zügig, um dann in den letzten 15 Jahren immer langsamer voranzuschreiten.

Im Jahr 2014 befindet sich in Deutschland die Zufriedenheit auf einem Allzeithoch; in Westdeutschland hat man das Zufriedenheitsniveau von 1984 erreicht, und in Ostdeutschland wurden noch nie so hohe Werte der allgemeinen Lebenszufriedenheit gemessen. Der Ost-West-Unterschied ist 2014 nach wie vor erkennbar und – obwohl er nicht groß erscheint – statistisch signifikant.¹⁰

Auch ein Blick auf die Verläufe der Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen verdeutlicht, dass der Angleichungsprozess der Lebensverhältnisse nicht in allen Lebensbereichen in gleicher Weise verläuft und der Angleichungsprozess zwischen Ost und West noch nicht abgeschlossen ist. Die Zufriedenheiten mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard in Ostdeutschland konnten in den letzten 25 Jahren noch nicht das westdeutsche Niveau erreichen, obwohl sich die Abstände, ähnlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit, in den letzten Jahren kontinuierlich verringert haben. Dass sich ein Trend ändern kann, zeigt das Beispiel der Zufriedenheit mit der Arbeit. Bis vor sechs Jahren waren Ostdeutsche unzufriedener mit der Arbeit. Inzwischen näherten sich die Mittelwerte so sehr an, dass sie seit dem Jahr 2009 nicht mehr statistisch voneinander unterscheidbar sind. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass nur Erwerbstätigen die Frage nach der Arbeitszufriedenheit vorgelegt werden kann (nicht jedoch Arbeitslosen).

Abbildung 2: Mittlere Lebenszufriedenheit¹ in Deutschland

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen,¹ um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrigierte Schätzung.

Voll angeglichen haben sich die Bereichszufriedenheit mit der Wohnung, der Haushaltsarbeit und der Freizeit. Ihr Verlauf ähnelt zunächst dem der allgemeinen Lebenszufriedenheit, doch spätestens ab 2005 schließt sich die „Ost-West-Lücke“ endgültig, da sich die Wohnstandards und Freizeitmöglichkeiten angeglichen haben. Die Zufriedenheit mit Betreuungsmöglichkeiten für Vorschulkinder war und ist seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, jedoch sind auch hier die Unterschiede in den letzten Jahren nicht länger statistisch signifikant. Umgekehrt verläuft die Zufriedenheit mit der Gesundheit: Sie lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in Ost und West gleichauf, ist aber seither in Ostdeutschland etwas gesunken. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Lebenserwartung in Ostdeutschland gestiegen ist. Dies bedeutet freilich auch, dass kranke

und pflegebedürftige alte Menschen jetzt zwar länger leben als in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), aber aufgrund ihres höheren Alters mit ihrer Gesundheit nicht zufrieden sind.

Bewertet man nun die Ergebnisse im Hinblick auf die Bedeutung von Lebensbereichen, so sind die Bereiche mit unterdurchschnittlicher Zufriedenheit von besonderem Interesse; diese sind im Jahr 2014 die Gesundheit sowie das persönliche Einkommen und das Haushaltseinkommen.

■ 3. Direkte Relevanzermittlung

■ 3.1 Konventioneller Survey

Im Anschluss an die Auswahl der „W3-Indikatoren“ durch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“¹¹ haben das DIW Berlin und TNS Infratest gemeinsam eine repräsentative Erhebung durchgeführt, um die Bedeutung (Relevanz) der ausgewählten Indikatoren in der deutschen Bevölkerung empirisch zu erheben. Die Ergebnisse¹² werden hier ganz knapp dargestellt.

In der von TNS Infratest am 28. und 29. Januar 2013 durchgeführten repräsentativen Telefonumfrage hatten 1.012 Befragte für jeden der zehn von der Enquete-Mehrheit ausgewählten Indikatoren eine Differenzierung des Grades der Wichtigkeit vorgenommen, die von null („gar nicht wichtig“) bis zehn („sehr wichtig“) reicht. Gefragt wurde:

„Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

1. das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland
2. die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen
3. die Staatsverschuldung
4. dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben
5. dass die Lebenserwartung der Menschen weiter zunimmt
6. dass mehr Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss haben
7. dass Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben
8. dass der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen, die wir produzieren, reduziert wird
9. dass der schädliche Stickstoffüberschuss, den wir produzieren, abgebaut wird
10. dass das Artensterben gestoppt und die Vielfalt der Arten erhalten wird.

Tabelle 1: Relevanz von Lebensbereichen

Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?

| Indikator | Mittelwert | Median |
|----------------------------------|------------|--------|
| Demokratie und Freiheit erhalten | 9,5 | 10 |
| Genügend Arbeit | 9,2 | 10 |
| Bildungschancen erhöhen | 8,5 | 9 |
| Staatsverschuldung | 8,3 | 9 |
| Treibhausgase reduzieren | 8,1 | 9 |
| Stickstoffüberschuss abbauen | 8,1 | 9 |
| Artenvielfalt erhalten | 8,0 | 9 |
| Einkommensverteilung | 8,0 | 8 |
| Pro-Kopf-Einkommen | 7,4 | 8 |
| Lebenserwartung erhöhen | 6,6 | 7 |

Tabelle 2: „Relevanz von Lebensbereichen – Verteilung der Antworten (in Prozent)“

| Indikator | 0-5 Punkte (nicht so wichtig) | 6-8 Punkte (wichtig) | 9-10 Punkte (sehr wichtig) |
|-----------------|-------------------------------|----------------------|----------------------------|
| Demokratie | 2 | 13 | 85 |
| Arbeit | 1 | 22 | 75 |
| Bildung | 9 | 33 | 58 |
| Schulden | 16 | 29 | 55 |
| Treibhausgas | 16 | 33 | 51 |
| Stickstoff | 14 | 35 | 51 |
| Artenvielfalt | 15 | 34 | 50 |
| Ungleichheit | 16 | 38 | 46 |
| Einkommen (BIP) | 21 | 47 | 32 |
| Lebenserwartung | 37 | 36 | 27 |

Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1.012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

Das wichtigste Ergebnis der repräsentativen Befragung lautet (vgl. Tabelle 1)¹³: Der Aussage, dass Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben sollen, wird mit einem Durchschnittswert (arithmetisches Mittel) von 9,4 die größte Bedeutung beigemessen. Dies ist ein gegenüber allen anderen Bereichen statistisch signifikant höherer Durchschnittswert, der über alle Altersgruppen und parteipolitischen Neigungen hinweg zu beobachten ist. Lediglich die Bedeutung der Aussage, dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben sollen, erreicht einen ähnlich hohen Durchschnittswert von 9,2. Diese beiden Bereiche sind damit die mit Abstand bedeutendsten (was auch die Verteilung der Antworten auf die niedrigen, mittleren und höheren Wertebereiche der Antworten zeigt; vgl. Tabelle 2).

Die Bewertungen zum Grad der Wichtigkeit der zehn Bereiche gehen auseinander, die Angaben der Befragten streuen also deutlich. Zwar geben in allen Dimensionen nur wenige Personen die niedrigsten Werte zwischen null und fünf an; aber die Antworten verteilen sich meist breit auf die Spanne von sechs bis zehn.

Überraschenderweise erzielt eine weitere Zunahme der Lebenserwartung mit einem Durchschnitt von 6,6 mit Abstand die niedrigste Bedeutung (der Median liegt nur bei einem Wert von sieben). Hier zeigt sich möglicherweise, dass die Menschen zusätzliche Lebensjahre heutzutage oft mit Krankheit und Leid verbinden. Das Durchschnitts-

einkommen – als Indikator für das Bruttoinlandsprodukt – liegt mit einem durchschnittlichen Wert von 7,4 fast am Ende der Bedeutsamkeitsskala. Auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird als Thema weniger wichtig genommen als Demokratie und Freiheit und genug Arbeit.

Der Mittelwert des Bereichs Ungleichheit der Einkommensverteilung ist mit acht durchschnittlich und entspricht genau dem Median der Verteilung, welcher somit auf dem gleichen Niveau liegt wie der des Pro-Kopf-Einkommens. Nahe am Durchschnitt aller Indikatoren (8,2) liegt mit 8,3 Skalenpunkten die Staatsverschuldung.

Von nur leicht überdurchschnittlicher Bedeutung ist die Forderung, dass Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss erreichen sollen (8,5). Die Median-Angaben für beide Bereiche liegen mit einem Wert von neun aber über den Medianangaben von acht für das Pro-Kopf-Einkommen und die Ungleichheit der Einkommensverteilung.

Ähnlich wie in anderen Untersuchungen zu Politikpräferenzen der Bevölkerung wird den Ökologieindikatoren mit Mittel- und Medianwerten von acht bis neun kein überragendes Gewicht gegeben. Zwar kann die Menschheit bei weiter steigendem Ausstoß von Treibhausgasen und einem gravierenden Stickstoffüberschuss als Art nicht überleben, aber dieses Problem wird erst in einer unbestimmbar fer-

nen Zukunft akut werden und deswegen heute von vielen als nicht vorrangig drängendes Problem angesehen. Die Mittelwerte der Bedeutung liegen für die drei Ökologiebereiche beim Durchschnitt von acht.

Fasst man zusammen, kann man sagen: Das *Pro-Kopf-Einkommen* und damit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hatte in den Augen der Wahlberechtigten im April 2013 in Deutschland keine überragende Bedeutung. Eine Mehrheit der Befragten sah ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht als Bereich, um den sich die Politik mit höchster Priorität kümmern sollte. Im Gegenteil: Das BIP hat im Vergleich zum *Erhalt der Demokratie und genug Arbeit* deutlich weniger Priorität. Auch die *(Un)Gleichheit von Einkommen und Vermögen* wird als etwas wichtiger angesehen. Da dies letztlich aber wiederum eng mit einem hohen Niveau des BIP und dessen Wachstum zusammenhängt, können entsprechende gesellschaftliche Wachstums-Diskussionen auch künftig nicht ausbleiben.

Die Relevanz der hier dargestellten Relevanz-Untersuchung ist natürlich dadurch eingeschränkt, dass nur die Relevanz der zehn „W3-Indikatoren“ erhoben wurde. Es ist damit möglich, dass es noch bedeutsamere Lebensbereiche bzw. Zieldimensionen/Indikatoren gibt, die aber nicht für die „W3-Indikatoren“ ausgewählt wurden. Um dieses (potentielle) Problem empirisch auf repräsentativer Basis zu beleuchten, wurden in der 2015er-Erhebung des SOEP die beiden Leitfragen des Bürgerdialogs gestellt. Und die Antworten erfolgten als Klartextangaben, also ohne jede klassifizierende Vorgabe.

■ 3.2 Klartext in einem Survey (SOEP)

Mit den in den letzten Jahren besser gewordenen Möglichkeiten der automatisierten Analyse von Texten, wie sie auch für „Gut leben in Deutschland“ eingesetzt wurden, lohnt es sich auch, in Surveys Fragen zu stellen, die nicht quantitativ-standardisiert, sondern mit Klartexten beantwortet werden. Deswegen wurden im Jahr 2015 die beiden Leitfragen des Projektes „Gut leben in Deutschland“ zum Abschluss der SOEP-Erhebung allen denjenigen SOEP-Befragten gestellt wurde, die computergestützt an der Befragung teilnahmen (etwa 71 Prozent aller Befragten¹⁴). Diese 19.352 Befragten beruhen auf einer repräsentativen Stichprobe für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung in Deutschland. Die SOEP-Befragten beantworteten im Rahmen eines Computer Assisted Personal Interviews

(CAPI) oder einer Beantwortung via Internet (CAWI) die zwei Leitfragen des Bürgerdialogs der Bundesregierung: „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ sowie „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“

Auf eine weitere Möglichkeit der Verbindung eines Längsschnitts-Surveys wie dem SOEP mit qualitativen Erhebungsformen soll hier nicht näher eingegangen werden, da die Ergebnisse in die Gesamtauswertung der Bürgerdialoge unmittelbar einfließen: ein Subsample von etwa 60 SOEP-Befragten, das zufällig ausgewählt wurde, konnte in einem Bürgerdialog in Berlin persönlich mit Kanzlerin Merkel gewissermaßen Klartext reden. Die Befragten haben ihre Probleme und Wünsche direkt mit der Kanzlerin diskutiert (vgl. Abbildung 3).¹⁵

Bei der Erhebung der beiden Leitfragen haben nur kleine Anteile der im SOEP-Befragten keine Textantworten gegeben (6,5 Prozent zur Frage nach der Wichtigkeit von Lebensbereichen und 14,4 Prozent zur Frage nach der Lebensqualität in Deutschland). Genannt bzw. aufgeschrieben wurden – wie oben bereits kurz angesprochen wurde – meist nur Stichworte (im Mittel 6 Worte). Art und Umfang der Textverarbeitung sind auf die Textart angepasst.¹⁶ Tiefergehende Analysen, insbesondere zur Bewertung (Valenz von Begriffen), sind weitgehend überflüssig. Die Valenz (positiv, neutral, negativ) wurde jedoch berücksichtigt, wenn es um kontraintuitive Begriffe wie zum Beispiel „Krieg“ als Antwort auf die Frage nach der Lebensqualität in Deutschland geht. Derartige kontraintuitive Begriffe wurden um ihre Bewertung ergänzt (hier zum Beispiel „kein Krieg“).

Diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind minimal. Die folgenden „Wortwolken“ machen das Ergebnis anschaulich:



Abbildung 4b: Was macht für Sie Lebensqualität in Deutschland aus?

„Frieden“ und „Freiheit“ (sowie „frei“) an dritter und vierter Stelle liegend. Diese Spitzenplätze sind freilich plausibel, wenn man sieht, dass Frieden auch zu den wichtigsten Begriffen bezüglich der Wichtigkeit im Leben zählt. An sechster Stelle liegt „Arbeit“ (was wiederum mit der hohen Wichtigkeit von Arbeit korrespondiert). Wörter, in denen die Zeichenfolge „arbeit“ enthalten ist (z. B. Arbeitsplatz, Arbeitsmöglichkeiten), liegen an dritter Stelle. Auch bei der Bewertung der Lebensqualität ist der Begriff „Umwelt“ nicht in den Spitzenrängen zu finden, sondern er liegt an 57. Stelle (alle Worte mit der Zeichenfolge „umwelt“ kommen auf Platz 36). Das Thema Staatsverschuldung liegt weder bei der Wichtigkeit noch bei der Lebensqualität weit oben.

Bei den Antworten zur persönlichen Wichtigkeit und zur Lebensqualität fällt insgesamt am meisten auf, dass Umwelt- und Naturschutz nur selten genannt werden; Innovationen als ein Motor von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität praktisch gar nicht. Dies dürfte auf die Struktur dieser Prozesse zurückzuführen sein. Die Erarbeitung von Innovationen ist nicht im Blick der allermeisten Menschen, die die Endprodukte von Innovationen gerne genießen (zum Beispiel das Internet), aber die ggf. mühsame Entstehung nicht erleben. Im Hinblick auf Natur und Umwelt ist anzumerken, dass seit der Wiedervereinigung die Umwelt sauberer wurde (insbesondere in Ostdeutschland im Vergleich zur DDR-Zeit) und lang-

fristige Probleme, wie ein hoher CO₂-Ausstoß, im Alltag nicht spürbar sind. Insofern sind seltene Nennungen nicht verwunderlich. Letzteres gilt auch für Staatsverschuldung, deren Kosten auch nicht unmittelbar spürbar sind (zumaß auch bei Fachleuten umstritten ist, inwieweit niedrige Staatsverschuldung sinnvoll ist). Die große Bedeutung des Begriffs „Frieden“ mag analog erklärbar sein. Wir leben zwar in Deutschland seit Jahrzehnten im äußeren Frieden, aber im Gegensatz zu nicht unmittelbar sichtbaren Umweltproblemen (etwa dem ganz allmählich Anstieg des Meeresspiegels) ist Krieg irgendwo auf der Welt, und in den letzten Jahren recht nahe in Europa bzw. auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, in den Medien täglich sichtbar. Mit anderen Worten: Krieg gehört zum Alltag der Menschen und entsprechend wird Frieden wertgeschätzt.

Aus Sicht des gesamten Projektes „Gut leben in Deutschland“ fällt auf, dass die auf Basis SOEP erhobenen Begriffe in ihrer Rangfolge und Bedeutung denen der mit dem Internet/Postkarten/Bürgerdialogen gefundenen Begriffe sehr ähnlich sind.

4. Fazit

Das Projekt „Gut leben in Deutschland“ und die in diesem Beitrag vorgestellten empirischen Erhebungen machen deutlich, dass es heutzutage gut möglich ist, den „Volkswillen“ bezüglich der Wichtigkeit gesellschaftlicher Ziele und dem Stand der Lebensqualität mit verschiedenen sozialwissenschaftlichen Methoden repräsentativ und in die Tiefe gehend zu erfassen.

Die Zusammenschau der Ergebnisse verschiedener Ermittlungs-Methoden hat auch gezeigt, dass repräsentative Erhebungen, selbst dann, wenn sie sich qualitativer Methoden bedienen und Texte erfassen (wie das SOEP im Jahr 2015), nicht-repräsentative Erhebungsmethoden keineswegs überflüssig machen. Die Bürgerdialoge gehen weit mehr in die Tiefe – und dies gilt auch für die über das Internet erhobenen Texte (auch wenn man deren Aussagekraft in Einzelfällen durchaus kritisch gegenüber stehen kann). Ein Detail des Regierungsprojektes macht den Unterschied des Erkenntniswertes repräsentativer Erhebungen und einzelner Bürgerdialoge mit Interessengruppen besonders deutlich: Der Bürgerdialog der Bundeskanzlerin mit 60 zufällig ausgewählten SOEP-Befragten war sozusagen unspektakulär. Er erbrachte keine überraschenden Befunde und hat mutmaßlich politisch nichts bewegt. Der nächste Bürgerdia-

log der Kanzlerin hingegen mit Schülerinnen und Schülern hat zum Austausch der Kanzlerin mit dem vielzitierten „Flüchtlingsmädchen“ Reem geführt. Dadurch bekam nicht nur das Schicksal der aus einer palästinensischen Familie stammenden und in Rostock lebenden Schülerin große Aufmerksamkeit, sondern das gesamte Thema „Flucht nach Deutschland“ rückte noch mehr in das Licht der Öffentlichkeit und die bei Vielen vorhandene positive Grundstimmung gegenüber Geflüchteten wurde wahrscheinlich verstärkt.

Alle angewandten Methoden machen auch deutlich, dass schwer zu beobachtende Probleme, wie insbesondere der langfristige Klimawandel, aber auch Staatsverschuldung oder zum Beispiel Qualitätsprobleme bei Verbrauchsgütern (wie Lebensmitteln) und Dienstleistungen (zum Beispiel medizinische Behandlungen), für die Mehrheit der Menschen keine Themen von besonderer Wichtigkeit sind. So machen die repräsentativen Ergebnisse besonders deutlich: Die politisch viel diskutierte Umwelt spielt hinsichtlich ihrer Wichtigkeit für das Leben in Deutschland (Abschnitt 3.2) als auch im Hinblick auf aktuelle Sorgen (Abschnitt 3.1) keine große Rolle, da unmittelbar spürbare Umweltprobleme überwunden sind (Ostdeutschland) und

künftige Probleme nicht konkret spürbar sind. Selbst wer die Erwärmung anerkennt, tut wenig für den Klimaschutz.¹⁷ Dieses Ergebnis bedeutet, dass für langfristig wichtige, aber zugleich aktuell wenig spürbare Themen bzw. Probleme der unmittelbare „Volkswille“ nicht politisch ausschlaggebend sein kann. Auch Bürgerdialoge stoßen, trotz ihres mehr in die Tiefe gehenden Formats, an Grenzen. Zumal bei einer Vielzahl von Bürgerdialogen, die viele verschiedene Schwerpunkte haben (und damit insgesamt eine in die Nähe von Repräsentativität kommende „Stichprobe“), einzelne Spezialthemen in der Gesamtschau wiederum nur ein geringes Gewicht haben.

Mit anderen Worten: Schwer beobachtbare und nur langfristig wirkende Entwicklungen und Gefahren müssen auch weiterhin vorwiegend dem Diskurs der Fachleute und der politisch denkenden „Avantgarde“ überlassen bleiben. Und am Ende müssen die Parlamente entscheiden. Auf Basis von modernen repräsentativen Erhebungen und Bürgerdialogen können Parlamente wahrscheinlich etwas besser entscheiden als ohne diese Instrumente der Bürgerbeteiligung. Aber auch bessere Bürgerbeteiligung kann Parlamente nicht ersetzen.

¹ Vgl. auch Wagner 2015.

² Vgl. z. B. Schupp 2015.

³ Für Deutschland seien beispielhaft genannt ALLBUS und das SOEP (vgl. Endnote 5), das in diesem Beitrag benutzt wird.

⁴ Dank an Martin Brümmer, Marco Giesselmann, Axel Glemser, Richard Hilmer, Julia Rohrer, Jürgen Schupp und Nico A. Siegel.

⁵ Vgl. Wagner et al. 2007, 2008; www.leibniz-soep.de, zuletzt aufgerufen am 03.05.2016. Eine besondere Form der Verbindung der quantitativen SOEP-Erhebung mit einem „qualitativen“ Befragungsansatz findet man auf <http://www.zeit.de/feature/wiedervereinigung-deutschland-ost-west-mauerfall>, zuletzt aufgerufen am 03.05.2016.

⁶ Im Durchschnitt im Internet etwa 600 Zeichen und auf Postkarten gut 70 Zeichen, im Vergleich zum SOEP mit 38 Zeichen.

⁷ Die Abschnitte 2.1 und 2.2 sind weitgehend Priem et al. (2015) entnommen.

⁸ Es sei hier darauf hingewiesen, dass die Operationalisierung der Sorgen im SOEP auf einer im Detail anderen Frage und anderen Antwortmöglichkeiten beruht als bei dem für den von der Bundesregierung vorgelegten Indikatoren-Katalog (vgl. den Indikator affektive Kriminalitätsfurcht in diesem Bericht). Dieser Hinweis verdeutlicht auch beispielhaft, dass es bei der Operationalisierung von Indikatoren oft sehr auf Details ankommt. Die empirischen Ergebnisse von auf den ersten Blick ähnlichen Indikatoren können nahezu unvergleichbar sein.

⁹ Betrachtet man den zeitlichen Verlauf der durchschnittlichen allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland, muss berücksichtigt werden, dass die erfragte Lebenszufriedenheit stärker vom Kontext der Befragungssituation, sogenannten Befragungsfaktoren, abhängt als die Messung „objektiver Informationen“ wie zum Beispiel des Bildungsniveaus. Zu den möglichen Befragungsfaktoren zählen zum Beispiel die Jahreszeit der Befragung oder wie häufig eine Person schon an der SOEP-Studie teilgenommen hat. Zudem kann beobachtet werden, dass Personen bei der erstmaligen Teilnahme am SOEP und Beantwortung der Befragung stärker als beim zweiten und weiteren Interview dazu tendieren, den Extremwert zehn („ganz und gar zufrieden“) anzugeben. Wenn Menschen also sehr lange an einer Wiederholungsbefragung wie dem SOEP teilnehmen, geben sie im Durchschnitt kleinere Zufriedenheitswerte an. Dieser Gewöhnungseffekt wirkt sich zwar von Jahr zu Jahr nur minimal aus, summiert sich aber, wenn Befragte wie im SOEP teilweise schon über 30 Jahre teilnehmen. Insbesondere dann, wenn winzige Unterschiede von Nachkommastellen durchschnittlicher

Zufriedenheiten interpretiert werden (was alleine aufgrund des Zufallsfehlers von Stichproben problematisch ist, aber oft geschieht), ist diese Korrektur wichtig. Um diesen Effekt in der deskriptiven Analyse der Lebenszufriedenheitsverläufe in Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen, wurden in diesem Bericht die mittleren allgemeinen Lebenszufriedenheiten mit Hilfe einer in der SOEP-Gruppe am DIW Berlin entwickelten Methode korrigiert. Dabei werden in einer Regressionschätzung eine Vielzahl potenzieller Messartefakte quantifiziert und anschließend jedem Befragungsdatenpunkt so zugewiesen, als hätten die Personen die Frage zum ersten Mal, im Mai eines Jahres und in einem Interview mit „Papier und Bleistift“ beantwortet.

- ¹⁰ Ob es sich dabei um strukturelle Unterschiede handelt, die auch in Westdeutschland in bestimmten Regionen zu höherer Unzufriedenheit führen (insbesondere infolge von Arbeitslosigkeit) oder diese Differenz auf soziodemografische Merkmale, wie Alter, Familienstand oder Haushaltstyp, zurückzuführen sind, oder ob es einen nicht näher identifizierbaren „Ost-Effekt“ gibt, wurde mit Hilfe multivariater Regressionsanalysen untersucht (vgl. Priem und Schupp 2014, S. 1007). Dabei wird als abhängige Variable das jeweilige Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit für soziodemografischen Kovariate sowie für mehrere Perioden errechnet. Darüber hinaus wurde der jeweilige Wohnort in Ost- oder Westdeutschland berücksichtigt, so dass der entsprechende „Ost-West-Indikator“ als verbleibendes Ausmaß an nicht näher erklärbarer Ost-West-Divergenz interpretiert werden kann. Im Jahr 1992, kurz nach der Wende, gab es einen negativen mittleren Effekt von fast einem Punkt auf der 11-stufigen Lebenszufriedenheitsskala, wenn die befragte Person in den neuen Bundesländern lebte. Zehn Jahre später, im Jahr 2002, hatte sich dieser Effekt halbiert. Im Jahr 2013 betrug dieser negative Netto-Effekt nur noch 0,14 Punkte. Trotz dieses Trends zur Angleichung, indiziert der signifikante Ost-Effekt, dass der Angleichungsprozess bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit noch immer nicht abgeschlossen ist.
- ¹¹ Vgl. Enquete-Kommission 2013, Wagner 2013 und den Beitrag von Prof. Dr. Christoph M. Schmidt.
- ¹² Vgl. Giesselmann et al. 2013.
- ¹³ Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind gering; vgl. dazu Giesselmann et al. 2013.
- ¹⁴ Diese Befragte sind eine nahezu unverzerrte Zufallsauswahl aus allen Befragten, da die Entscheidung über die Befragungsmethoden CAPI und CAWI bei TNS Infratest und nicht bei den Befragten liegt.
- ¹⁵ Vgl. dazu <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Blog/DE/05-Mai/2015-05-29-vorbericht-bkin.html>, http://www.diw.de/de/diw_02.c.242802.de/portalseite_befragte.html und zum Beispiel <https://www.youtube.com/watch?v=WAv8B6w2LAE>, alle zuletzt aufgerufen am 03.05.2016. Vgl. zu diesem methodischen Ansatz auch Minozzi et al. 2015.
- ¹⁶ Vgl. Rohrer et al. 2016 zur Methodik. Bei den Antworten in der SOEP-Erhebung handelt es sich größtenteils um kurze Satzfragmente, komma-separierte Stichpunkte oder Phrasen weniger Worte. Analysen, die syntaktische Merkmale einbeziehen, sind daher wenig erfolgversprechend. Ebenso wird mittels Machine Learning trainierte Standardsoftware, wie zum Beispiel Wortartenerkennung, nur mit niedriger Präzision arbeiten, da die Texte sich stark vom Trainingsmaterial unterscheiden. Um computergestützte quantitative Analysen der Daten zu ermöglichen, wurden die Texte zunächst in mehreren Schritten aufbereitet. Ziel dieses Prozesses war es, Wörter gleicher Bedeutung auf identische Zeichenketten zu reduzieren, um die inhärente Heterogenität der Sprache zu reduzieren. Hierbei müssen auch Besonderheiten der deutschen Sprache, insbesondere das hohe Maß an Flexion, berücksichtigt werden. Ziel der Textverarbeitung ist, Worte gleicher Bedeutung als gleiche Zeichenketten vorliegen zu haben, um thematische Analysen durchführen zu können. Demzufolge wird eine angepasste Verarbeitungspipeline genutzt, die folgende Komponenten enthält: Tokenisierung der Texte in einzelne Worte und Entfernen von Satzzeichen und Interpunktion; Entfernung von Stoppwörtern, wie Artikeln, Pronomen, Konjunktionen, da sie für die Analyse keinen Aussagegehalt haben, mittels einer Stoppwortliste; automatische Rechtschreibkorrektur zur Fehlerbehebung; Ersetzung häufiger Abkürzungen mittels eines auf die Daten angepassten Wörterbuchs; Umwandeln aller Zeichen in Kleinschreibung, um individuelle Schreibungen anzugleichen und die Vollständigkeit der Reduktion im nächsten Schritt zu vergrößern; Stammformreduktion, um Wortformen gleicher Bedeutung auf identische Zeichenketten zu reduzieren; Expansion der reduzierten Formen auf die entsprechende Wörterbuchform, um eine bessere Lesbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen. Um die Aussagekraft der Auszählung bzw. Wordwolken vergleichbar zu machen, wurde aus dem größeren Westsample eine Zufallsauswahl mit gleicher Stichprobengröße wie für das Ostsample gezogen. Ein Wort wird dargestellt, wenn es mindestens 30 mal im jeweiligen Subsample genannt wird.
- ¹⁷ Hornsey et al. 2016.

■ Literatur

Enquete-Kommission (2013), Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, BT-Drucksache 17/13300, Berlin: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>.

Giesselmann, Marco, Richard Hilmer, Nico A. Siegel und Gert G. Wagner (2013), Alternative Wohlmessung: Neun Indikatoren können das Bruttoinlandsprodukt ergänzen und relativieren, in: Wochenbericht DIW Berlin, 80. Jg., Nr. 9, S. 3-12.

Hornsey, Matthew J., Emily A. Harris, Paul G. Bain und Kelly S. Fielding (2016), Meta-analyses of the determinants and outcomes of belief in climate change, in: Nature Climate Change, doi:10.1038/nclimate2943.

Minozzi, William, Michael A. Neblo, Kevin M. Esterling und David M. J. Lazer (2015), Field experiment evidence of substantive, attributional, and behavioral persuasion by members of Congress in online town halls, in: PNAS, Vol. 112, Nr. 13, S. 3937-3942.

Priem, Maximilian und Jürgen Schupp (2014): Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 81, Heft 40, S. 1001-1008.

Priem, Maximilian, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner (2015), 25 Jahre nach der Wende: Gibt es Unterschiede bei Sorgen und Zufriedenheiten zwischen Ost- und Westdeutschland?, in: ifo Schnelldienst, 68. Jg., Nr. 22, S. 8-13.

Rohrer, Julia M. et al. (2016), What Else Are You Worried About?“ – Integrating Text Responses into Quantitative Social Sciences, eingereichtes Manuskript, Leipzig und Berlin.

Schupp, Jürgen (2015): Forty Years of Social Reporting and Quality of Life Research in Germany – A Look Back and Prospects for the Future. In: G. Trommsdorff, G. & W. R. Assmann (Hg.), Forschung fördern. Am Beispiel von Lebensqualität im Kulturkontext, Konstanz und München, S. 107-126.

Tiemann, Heinrich und Gert G. Wagner (2013a), Das politische Management von Wohlstandsindikatoren, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 1–2, S. 64–67.

Tiemann, Heinrich und Gert G. Wagner (2013b), Die wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung neu organisieren, RatSWD Working Paper Nr. 220, Berlin: http://www.ratswd.de/dl/RatSWD_WP_220.pdf.

Wagner, Gert G. (2013), W3-Indikatoren sind ein handfestes Ergebnis der »Wohlstands-Enquete«, in: ifo Schnelldienst, 66. Jahrgang, Nr. 15, 2013, S. 7-11.

Wagner, Gert G. (2015), Welche Rolle kann wissenschaftliche Evidenz in der (wissenschaftlichen) Politikberatung sinnvollerweise spielen?, in: P. Weingart und G. G. Wagner (Hg.), Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest, Weilerswist, S. 189-216.

Wagner, Gert G., Joachim R. Frick und Jürgen Schupp (2007), The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) - Scope, Evolution and Enhancement. Schmollers Jahrbuch, Bd. 127, Heft 1, S. 139-169.

Wagner, Gert G., Jan Goebel, Peter Krause, Rainer Pischner und Ingo Sieber (2008), Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender), in: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv Bd. 2, Heft 4, S. 301-328.

Lebensqualität und Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen

von Sabine Walper, Deutsches Jugendinstitut

■ Einleitung

Wie Kinder kritische Phasen ihrer Entwicklung durchlaufen und welche förderlichen oder belastenden Erfahrungen sie hierbei machen, hat wesentlichen Einfluss auf die Chancen zur Entfaltung ihrer Potenziale, auf ihre spätere Lebensqualität, ihre Gesundheit und Produktivität und nicht zuletzt auf das, was sie ihren eigenen Kindern weitergeben können. Entsprechend ist das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen sowohl in Deutschland als auch international zunehmend zu einem Thema der Politik geworden.¹ Zahlreiche politische Maßnahmen, Gesetzesvorgaben und Angebote im Bereich öffentlich verantworteter Bildung, Betreuung und Erziehung zielen darauf ab, das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten und damit gute Lebens- und Entwicklungsbedingungen für die nachwachsende Generation zu schaffen. Einen zentralen Anker hierfür setzt § 1 im achten Buch der Sozialgesetzgebung (SGB VIII): „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

Mittlerweile haben eine Reihe von Surveys und Langzeitstudien die Frage nach dem Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen. Hierzu gehören breit angelegte Befragungen ausgewählter Altersgruppen wie das Kinderpanel² des Deutschen Jugendinstituts, die Word Vision Kinderstudie³, die Shell Jugendstudie⁴, der altersübergreifende Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A)⁵, das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁶ mit der Erweiterungsstudie „Familien in Deutschland“ (FiD)⁷, und thematisch fokussierte Großprojekte wie die „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ (KiGGS)⁸ und das Nationale Bildungspanel⁹. Das Bild, das sie zeichnen, informiert die Politik über Bedarfslagen, gesellschaftliche Trends, gibt Aufschluss über die Bedeutung von Kontextfaktoren und liefert mitunter Hinweise zur Evaluation politischer Maßnahmen. Gemeinsam mit einigen international vergleichenden Studien sind sie eine zentrale Grundlage der Politikberatung.

Die Frage, wie das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen zu bestimmen sei, ist jedoch nicht einfach zu beantworten. Geeignete Beschreibungen müssen den unterschiedlichen Facetten eines „guten Lebens“ Rechnung tragen und kommen hierbei nicht ohne normative Setzungen aus. Zudem müssen sie als Instrument der Politikberatung in der Lage sein, aktuelle Herausforderungen

und Problemlagen zu reflektieren. Im Folgenden soll zunächst auf die veränderten Bedingungen des Aufwachsens in Deutschland eingegangen werden, bevor die Frage nach dem „guten Leben“ mit Blick auf Kinder und Jugendliche aufgegriffen wird. Hierbei soll aufgezeigt werden, welche unterschiedlichen Bezugssysteme zur Bestimmung des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen herangezogen werden und welche Erkenntnisse sie erlauben.

■ Veränderte Bedingungen des Aufwachsens

Die Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten beträchtlich verändert. Besonders augenfällig sind zunächst die markanten Wandlungsprozesse von Familien, dem ersten und primären Entwicklungskontext von Kindern und Jugendlichen. Hierzu gehören steigende Scheidungsraten bei rückläufiger Heiratsneigung, der Anstieg nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften, die mit einem wachsenden Anteil nicht-ehelicher Geburten immer häufiger auch den Kontext für Familiengründungen darstellen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und die in ihnen lebenden Kinder sowie die steigende Vielfalt von biologischen und sozialen Elternschafts- und Kindschaftsverhältnissen, die im Zuge von Trennungen und neuen Partnerschaften, nicht zuletzt auch durch die erweiterten Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin entstehen¹⁰. Im Zuge dieser Veränderungen wachsen heute zunehmend mehr Kinder in „nicht-traditionellen“ Familienformen auf, leben in multilokalen Familien mit getrennten Eltern und erfahren mitunter mehrere Veränderungen der Elternkonstellation in dem Haushalt, der ihren Lebensmittelpunkt darstellt.

Auch die generationen- und geschlechtsbezogene Binnenstruktur von Familien, Leitbilder für Erziehung und der Alltag von Familien haben sich verändert. Mit dem Rückgang von Konformitätszielen in der Erziehung sind seit den 1970er Jahren Autonomie und Selbstbestimmung der Kinder in den Vordergrund getreten. Erziehungspraktiken wurden demokratischer und entsprechen stärker dem Leitbild gewaltfreier Erziehung, das seit 2000 in Deutschland gesetzlich verankert ist¹¹. Gleichzeitig sind jedoch auch Unsicherheiten und der Beratungsbedarf von Eltern in der Erziehung der Kinder gestiegen¹². Zunehmend werden mit den Hilfen zur Erziehung intensivere Formen der Unterstützung in Anspruch genommen, und staatliche Eingriffe durch Inobhutnahme der Kinder haben zugenommen. Dies kann als größere Vorsicht im professionellen Handeln und

damit besserer Schutz von Kindern gedeutet werden, mag aber auch darauf hinweisen, dass Erziehung anspruchsvoller geworden ist und die Risiken des Scheiterns zunehmen. Mit steigender Erwerbsbeteiligung von Müttern ist die „Familienkindheit“ einer institutionalisierten Kindheit gewichen, in der Kindertagesstätten, Horte und Ganztagschulen als Kontexte des Aufwachsens an Bedeutung gewinnen¹³. Damit hat sich die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet. Diese Entwicklungen reagieren jedoch nicht nur auf den erhöhten Betreuungsbedarf erwerbstätiger Eltern, sondern spiegeln auch veränderte Anliegen, die vor allem mit dem Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote und dem Ausbau von Ganztagschulen verbunden sind: Bildungschancen sollen früh und wirksam genutzt werden. Wesentlichen Anstoß hierzu haben die Befunde der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 gegeben, die Schülerinnen und Schülern in Deutschland ein lediglich mittleres Kompetenzniveau bescheinigten und den besonders starken Einfluss der sozialen Herkunft auf Bildungschancen und Kompetenzerwerb der Jugendlichen in Deutschland aufzeigten¹⁴. Entsprechend wurden zahlreiche Reformbemühungen auf den Weg gebracht, um die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich zu stärken. Bildung ist zum Schlüsselthema geworden, das nicht nur den Alltag von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße bestimmt, sondern auch Eltern zunehmend unter Druck setzt¹⁵.

Dies gilt umso mehr, als technologischer Wandel und Umstrukturierungen des Arbeitsmarkts zu steigenden Anforderungen an den Kompetenzerwerb und die Qualifikation der nachwachsenden Generation beitragen. Der seit Jahrzehnten bemerkbare Wandel von der Industrie- zur Wissens- und Informationsgesellschaft ist hier in hohem Maße zu spüren. Damit ändern sich auch Wege in den Beruf. Zwar mag der demografische Wandel für junge Schulabgänger und Berufseinsteiger den Konkurrenzdruck mindern und einen raschen Übergang in Ausbildung und Beruf erleichtern, doch werden vielfach Nachqualifizierungen und der Erwerb höherwertiger Bildungszertifikate vorgezogen.

Nicht zuletzt die Wirtschaftskrise, die seit 2008 nahezu weltweit vielen Betroffenen auf individueller wie staatlicher Ebene schmerzliche Einschnitte abverlangt hat, schafft veränderte Bedingungen für die individuelle Lebensgestaltung und politisches Handeln¹⁶. Obwohl Deutschland zu den wohlhabenderen Ländern gehört, das auch die Weltwirtschaftskrise vergleichsweise gut überstanden

hat, sind die Lebensbedingungen doch von markanten sozioökonomischen Disparitäten gekennzeichnet. So zeigt sich bei der Einkommensverteilung eine zunehmende Spreizung, die indirekt – über die Einkommen der Eltern – auch Kinder und Jugendliche betrifft. Wenngleich Daten des SOEP für jüngere Kinder bis 10 Jahre seit 2006 kein erhöhtes Armutsrisiko mehr ausweisen, bestehen die Nachteile von Jugendlichen (11 bis 20 Jahre) doch fort, und nach wie vor partizipieren Kinder weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt an den steigenden Einkommen im oberen Bereich¹⁷. Das Armutsrisiko ist eng an geringe Bildungsressourcen, den Status als Zuwanderungsfamilie und die Familienstruktur gekoppelt und beeinträchtigt die Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen maßgeblich¹⁸.

In welchem Maße und auf welche Weise diese Entwicklungen das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen oder verbessern, ist Gegenstand intensiver Forschung und Diskurse in Wissenschaft, Politik und Fachpraxis. Während der Fokus hierbei zumeist auf eng umgrenzte, spezifische Kontextbedingungen gerichtet ist, wurden im Verlauf der vergangenen Jahre vermehrte Anstrengungen unternommen, ein umfassenderes Bild der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen zu erstellen, das über die Beschreibung ökonomischer Ressourcen bzw. Armutslagen hinaus geht und eine Bewertung von alters- bzw. entwicklungsbezogen relevanten Belastungen und Ressourcen erlaubt. Der folgende Abschnitt erläutert, welche Beschreibungssysteme hierfür entwickelt wurden.

■ Konzepte des „guten Lebens“ von Kindern und Jugendlichen

Den unterschiedlichen Versuchen, Lebensqualität und Wohlergehen von Kindern zu bestimmen, liegen je eigene Konzeptualisierungen des „guten Lebens“ von Kindern und Jugendlichen zugrunde. Hierbei hat sich auch in Deutschland zunehmend der Begriff „child well-being“ etabliert, der mitunter als Wohlbefinden übersetzt wird, konzeptuell jedoch deutlich über psychisches sowie körperliches Wohlbefinden hinaus geht. Um eine entsprechende Engführung zu vermeiden, bietet sich der Begriff des Wohlergehens an, der – anders als das Konzept des Kindeswohls – nicht auf juristisch relevante Gefährdungslagen fokussiert, sondern die größere Bandbreite positiver Lebensbedingungen und persönlicher Entwicklung in den Blick nimmt. In diesem Sinne ist das Wohlbefinden eine spezifische Facette des umfassenderen Konstrukts Wohlergehen¹⁹.

Zumindest fünf theoretisch-konzeptuelle Bezugspunkte für die Auswahl und Bestimmung von Indikatoren zum Wohlergehen lassen sich ausmachen: (1) die Rechte von Kindern, wie sie in der Kinderrechtskonvention festgelegt sind, (2) Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, (3) das Konzept der Befähigung (Capability Approach), (4) das Konzept der Lebensqualität und (5) Konzepte guter Entwicklung aus entwicklungspsychologischer Perspektive. Die jeweiligen Konzeptualisierungen unterscheiden sich darin, wie stark Kontextbedingungen des Aufwachsens oder Merkmale des Verhaltens und Erlebens von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund stehen, ob eher aggregierte Daten auf Makroebene oder Individualdaten herangezogen werden, und welche Rolle dem subjektiven Erleben von Kindern und Jugendlichen im Vergleich zu objektiven Indikatoren beigemessen wird. Während objektive Indikatoren wie Armutsquoten, Säuglingssterblichkeit, Kompetenzmessungen oder Gesundheitsdaten der Krankenkassen den Vorteil haben, klar umschriebene Kriterien mit hoher Vergleichbarkeit zu liefern, vernachlässigen sie doch das subjektive Erleben und die persönliche Bewertung der Lebensbedingungen, die letztlich für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen von hoher Relevanz sind. Insofern bemühen sich breit angelegte Konzeptionen zunehmend um eine Integration der unterschiedlichen Perspektiven und Zugänge.

■ Kinderrechte als Bezugspunkt

Einen international akzeptierten Rahmen für die Sozialberichterstattung zu Kindern liefern Kinderrechte, wie sie im Rahmen der VN-Kinderrechtskonvention von 1989 festgelegt sind²⁰. Die insgesamt 54 Artikel der VN-Kinderrechtskonvention wurden von dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) in 10 Grundrechten zusammengefasst:²¹

1. **Das Recht auf Gleichheit:**
Alle Kinder sind gleich. Niemand darf auf Grund seiner Hautfarbe, Geschlechts oder Religion benachteiligt werden.
2. **Das Recht auf Gesundheit:**
Jedes Kind hat das Recht, die Hilfe und Versorgung zu erhalten, die es braucht, wenn es krank ist.
3. **Das Recht auf Bildung:**
Jedes Kind hat das Recht zur Schule zu gehen und zu lernen, was wichtig ist. Zum Beispiel die Achtung vor den Menschenrechten und anderen Kulturen. Es ist wichtig, dass Kinder in der Schule ihre Fähigkeiten entwickeln können und dass sie dazu ermutigt werden.
4. **Das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung:**
Jedes Kind hat das Recht zu spielen und in einer gesunden Umgebung aufzuwachsen und zu leben.
5. **Das Recht sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln:**
Jedes Kind hat das Recht, seine Gedanken frei zu äußern. Die Meinung der Kinder soll zu allen Dingen, die sie direkt betreffen, beachtet werden. Alle Kinder haben das Recht auf Information und Wissen über ihre Rechte. Jedes Kind hat das Recht, Informationen aus der ganzen Welt durchs Radio, TV, durch Zeitungen und Bücher zu bekommen und Informationen auch an andere weiterzugeben.
6. **Das Recht auf gewaltfreie Erziehung:**
Jedes Kind hat das Recht auf eine Erziehung ohne Anwendung von Gewalt.

7. **Das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung:**
Kein Kind soll schlecht behandelt, ausgebeutet oder vernachlässigt werden. Kein Kind soll zu schädlicher Arbeit gezwungen werden.
8. **Das Recht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht:**
Ein Kind, das aus seinem Land flüchten musste, hat dieselben Rechte wie alle Kinder in dem neuen Land. Wenn ein Kind ohne seine Eltern oder seine Familie kommt, hat es Recht auf besonderen Schutz und Unterstützung. Wenn es möglich ist, soll es mit seiner Familie wieder zusammengebracht werden.
9. **Das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause:**
Jedes Kind hat das Recht, mit seiner Mutter und seinem Vater zu leben, auch wenn diese nicht zusammen wohnen. Eltern haben das Recht, Unterstützung und Entlastung zu bekommen.
10. **Das Recht auf Betreuung bei Behinderung:**
Jedes Kind hat das Recht auf ein gutes Leben. Wer eine Behinderung hat, hat das Recht auf zusätzliche Unterstützung und Hilfe

Eine umfassende Berücksichtigung von Kinderrechten erlauben die verfügbaren Surveys bislang nicht. Wohl aber kann auf einzelne Grundrechte Bezug genommen werden, etwa das Recht auf Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Freizeit, Spiel und Erholung und Fürsorge in der Familie. Kinderrechte bilden den zentralen Bezugspunkt der UNICEF Report Card 2007 „Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries“²², an der sich auch der UNICEF Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland orientiert²³. Als zentrale Dimensionen des kindlichen Wohlergehens wurden hierbei „materielles Wohlergehen“, „Gesundheit und Sicherheit“, „Bildung“, „Beziehungen zu Gleichaltrigen und zur Familie“, „Verhalten und Risiken“ sowie „subjektives Wohlbefinden“ herangezogen. Diesen Dimensionen liegen jeweils unterschiedliche Komponenten zu Grunde, die anhand einzelner Indikatoren erfasst werden. Beispielsweise umfasst subjektives Wohlbefinden den Gesundheitszustand eines Kindes/Jugendlichen, Aspekte des Schullebens (inwieweit Jugendliche die Schule sehr mögen), aber auch das persönliche Wohlbefinden (all-

gemeine Lebenszufriedenheit, negative Aspekte des Wohlbefindens wie Einsamkeitsgefühle, sich als Außenseiter fühlen). Anhand der genannten Dimensionen wurden 21 Länder bezüglich des kindlichen Wohlergehens und deren Entwicklungschancen verglichen. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland in keiner der Dimensionen des Wohlbefindens die vorderen Plätze. Von den 21 untersuchten Ländern findet sich Deutschland insgesamt auf Platz 11, mithin lediglich im Mittelfeld. So fällt das Fazit auch durchaus kritisch aus und legt nahe, dass es eigenständiger politischer Bemühungen um das Wohlergehen von Kindern jenseits von Familien- und Bildungspolitik bedarf.²⁴

■ Bedürfnistheoretische Ansätze

Einen anderen, gleichwohl kompatiblen Bezugspunkt liefern bedürfnisorientierte Ansätze, die sich auf basale personale Bedürfnisse beziehen. Vor allem zu nennen ist hier die psychologische Selbstbestimmungstheorie von Deci und Ryan²⁵, die drei Grundbedürfnisse in den Vordergrund stellt: Verbundenheit, Autonomie und Kompetenz. Diese Bedürfnisse werden als angeborene und universelle Bestrebungen aller Menschen verstanden, deren Erfüllung mit Wohlbefinden und persönlichem Wachstum verknüpft ist²⁶. Hierbei lässt sich durchaus eine Brücke zu den Kinderrechten schlagen: Mit gewissen Abstrichen wird das Bedürfnis nach Verbundenheit in Grundrecht 9 angesprochen, das Bedürfnis nach Autonomie in den Grundrechten 5 und 6, und das Bedürfnis nach Kompetenz in Grundrecht 4. Allerdings klingt in den Grundrechten noch stärker das Bedürfnis nach körperlicher und seelischer Unversehrtheit an (in Grundrecht 3, 7 und 8), das bei Deci und Ryan unberücksichtigt bleibt.

In soziologischen bedürfnisorientierten Ansätzen (z.B. Social Production Function SPF Theory²⁷) kommt dieser Aspekt stärker zum Tragen. So geht die SPF-Theorie von zwei basalen Grundbedürfnissen aus: den Bedürfnissen nach physischem Wohlergehen (physical well-being) und nach sozialem Wohlergehen (social well-being). Auch in dem Capability-Ansatz von Martha Nussbaum²⁸ werden die Bedürfnisse nach körperlicher Gesundheit und körperlicher Integrität – neben kognitiven, emotionalen und sozialen Bedürfnissen – aufgegriffen (s.u.).

Im Unterschied zu diesen Ansätzen hebt Allardt²⁹ auch die Bedeutung materieller Bedürfnisse hervor und liefert damit einen geeigneten Bezugspunkt für die Sozialberichterstattung. Im Mittelpunkt seiner Konzeption stehen drei Grundbedürfnisse: nach geeigneten materiellen Lebensbedingungen („having“), nach positiven sozialen Beziehungen („loving“) und nach persönlichem Wachstum („being“), wobei letzteres sowohl das Bedürfnis nach Kompetenz als auch nach Autonomie im Sinne der Selbstbestimmungstheorie reflektiert. Vor diesem Hintergrund sind aus bedürfnistheoretischer Perspektive folgende Aspekte des „guten Lebens“ zentral für das Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen:

- (1) Absicherung materieller Bedürfnisse (ökonomische Ressourcenausstattung, Wohnbedingungen)
- (2) körperliche Gesundheit und Sicherheit
- (3) soziale Eingebundenheit in positive Beziehungen
- (4) Autonomie, Meinungsfreiheit, Mitsprache
- (5) Kompetenz, Anregungsbedingungen

Besonderes Merkmal bedürfnisorientierter Ansätze ist, dass es dem Erleben der Kinder und Jugendlichen und ihren Bewertungen der Lebensbedingungen breiten Platz einräumt. Entsprechende explorative Befragungen verweisen darauf, dass die Bedürfnisse von Kindern sich nicht grundsätzlich von denen Erwachsener unterscheiden, sondern zahlreiche Parallelen aufweisen³⁰. Gleichwohl werden in einzelnen Ansätzen auch stärker entwicklungstypische Bedürfnisse thematisiert, etwa mit Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten, die im Jugendalter eine stärkere Rolle spielen. So heben etwa Brazelton und Greenspan³¹ aus kinderpsychologischer und pädiatrischer Sicht unter sieben Bedürfnissen auch das Bedürfnis nach entwicklungs-gerechten Erfahrungen und das Bedürfnis nach Grenzen und Struktur hervor.

■ Der Capability-Ansatz

Sehr intensiv rezipiert wurde der Capability Approach bzw. Befähigungsansatz, der auf den Ökonomen Amartya Sen zurück geht und eine mehrdimensionale Konzeption zur Darstellung gesellschaftlicher und individueller Wohlfahrt bietet³². Grundlegend ist die Orientierung an Freiheiten bzw. Verwirklichungschancen (Capabilities) für die Umsetzung eines als lebenswert bewerteten Lebens. Demgegenüber werden erreichte Verwirklichungschancen, die durch den Erwerb von Fähigkeiten eingelöst wurden, als „Functionings“ (im Sinne von konkreten Handlungsmöglichkeiten) bezeichnet. Durch den Bezug zu kontextuell wie auch individuell bedingten Verwirklichungschancen werden die einer Person verfügbaren Fähigkeiten und Verhaltensweisen in einen breiteren gesellschaftlichen Rahmen eingebettet.

Die Moralphilosophin Martha Nussbaum, die eng mit Sen kooperierte, hat diesen Ansatz in einer eigenständigen Konzeption weiter entwickelt und konkretisiert. Auf diese Konkretisierungen beziehen sich Kindheitsstudien vor allem. Anders als Amartya Sen, der ein offenes Konzept der Capabilities verfolgt, versucht Nussbaum universell gültige Grundwerte zu beschreiben, die erforderlich sind, damit man ein gehaltvolles Leben führen kann³³. Zu diesen Grundbefähigungen zählt sie:

- (1) Leben
- (2) Körperliche Integrität
- (3) Gefühlserfahrung
- (4) Kognitive Fähigkeiten (Sinneseindrücke, Vorstellungen, Gedanken)
- (5) Vertrauen
- (6) Vorstellung des Guten
- (7) Sozialität
- (8) Ökologische Verbundenheit
- (9) Freizeitgestaltung und Spiel
- (10) Vereinzelung bzw. Kontrolle über die Umwelt (Autonomie, politische Einflussnahme)

Wesentlicher Verdienst dieses Ansatzes ist es, den Blick auf das Zusammenspiel individueller und kontextueller bzw. institutioneller Rahmenbedingungen zu lenken, die dem Erwerb von Grundbefähigungen zuträglich sind. Konkretisierungen dieser anspruchsvollen Konzeption lassen sich am ehesten in einzelnen Bereichen, wie der Sprachförderung vornehmen³⁴. In der Word Vision Studie wurde der Capability Ansatz aufgegriffen, indem der Fokus auf das

Selbstwirksamkeitserleben von Kindern als zentrales Element ihrer Handlungswirksamkeit gelegt wurde³⁵. Insgesamt erwiesen sich die von den Eltern gewährten Freiheiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten als zentrales Element eines „guten Lebens“ aus Sicht der Kinder. Auch die erlebten Einschränkungen von Kindern in sozioökonomisch benachteiligten Familien werden eindrücklich aufgezeigt.

■ Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen

Ansätze zur Erfassung der Lebensqualität stellen vor allem das subjektive Erleben von Lebensbedingungen in den Vordergrund. Insbesondere im Bereich der Gesundheitsforschung hat dieser Ansatz einen starken Aufschwung erfahren, wurde aber zunächst vor allem für Erwachsene genutzt. Immerhin liegen mittlerweile auch eine Reihe einschlägiger Instrumente zur gesundheitsbezogenen Lebensqualität von Kindern vor, wobei allerdings bei jüngeren Kindern noch stark auf Auskünfte der Eltern zurückgegriffen wird³⁶. Erfasst werden hierbei Aspekte wie Einschränkungen der Motorik, der Selbstversorgung und im sozialen Bereich, aber auch psychisches Wohlbefinden, Schmerzen etc. Beispiel für ein deutschsprachiges Instrument ist der KINDL-Fragebogen, der bei Kindern wie auch Eltern eingesetzt werden kann und für drei Altersgruppen vorliegt: Kleinkinder (4 bis 7 Jahre), Kinder (8 bis 12 Jahre) und Jugendliche (13 bis 16 Jahre)³⁷. Hierbei werden anhand von 24 Items sechs Dimensionen der Lebensqualität erfasst (Körper, Psyche, Selbstwert, Familie, Freunde und funktionale Aspekte), die sowohl generische Aspekte der Lebensqualität als auch speziell gesundheitsbezogene Aspekte abbilden.

Im Rahmen der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS-Gesundheitssurveys) wurde das KIDSCREEN-Instrument eingesetzt, das eine differenzierte Erfassung der Lebensqualität auf mehreren Dimensionen sowie die Ermittlung eines übergreifenden Indexwertes ermöglicht. KIDSCREEN wurde in einem EU-geförderten Projekt in mehr als 15 Ländern parallel entwickelt, um ein interkulturell vergleichbares krankheitsübergreifendes Instrument zur Messung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Auch in der Studie „Health Behavior in School Age Children (HBSC) fand KIDSCREEN Verwendung. In der Kurzversion repräsentiert der KIDSCREEN-10-Index einen globalen Lebensqualitätsscore, der Angaben zum

physischen und psychischen Wohlbefinden, zu den Beziehungen zu Eltern und Freunden und zum schulischen Wohlbefinden beinhaltet. Nach Befunden des KiGGS-Surveys berichten die Kinder und Jugendlichen weit überwiegend eine gute oder sehr gute gesundheitsbezogene Lebensqualität. Bei körperlichen Erkrankungen und psychischen Auffälligkeiten ist die Lebensqualität allerdings deutlich beeinträchtigt. Im Jugendalter sind Mädchen im Nachteil. Unter Kontrolle gesundheitsbezogener Einflüsse zeigten sich keine darüber hinaus gehenden eigenständigen Effekte der Schichtzugehörigkeit im Zusammenhang mit niedriger Lebensqualität.

Einen breiteren Blick auf die Lebensqualität von Kindern bietet die Children's World Studie (ISCWeB, 2. Welle 2013), eine neuere internationale Studie, die die Lebenssituation von achtjährigen Kindern in 16 Ländern in den Blick nimmt und den Fokus auf die Perspektive der Kinder legt³⁸. Auch Deutschland hat sich daran beteiligt. Kindliches Wohlergehen wurde in mehreren Bereichen erfasst, unter anderem: Schule, Nachbarschaft, Freunde und andere Menschen, Geld und Besitztümer, Zuhause und Menschen, mit denen man zusammenlebt, Zeitverwendung, individuelle Charakteristika sowie das Leben im Allgemeinen. Für die allgemeine Lebenszufriedenheit antworteten die Achtjährigen mit relativ hohen Zustimmung. Die Befunde des Ländervergleichs zeichneten ein nicht einfach zu interpretierendes Bild mit konsistent sehr positiven Werten für Kinder in Rumänien und Spanien, während Kinder in Nepal und Äthiopien durchgängig schlechte Bewertungen lieferten. Kinder in Deutschland bewerteten lediglich ihre Freizeit überdurchschnittlich gut, während ihre schulischen Erfahrungen (mit Ausnahme der Beziehung zu den Lehrkräften) unterdurchschnittlich ausfielen. Auch die Bewertung der Nachbarschaft und der Leute in der Nachbarschaft war vergleichsweise schlecht. Insgesamt erreichte Deutschland nur den 12. Platz. Inwieweit methodische Fragen, insbesondere unterschiedliche Antworttendenzen der Kinder hierbei in die Waagschale fallen, wird von den Autoren diskutiert.

■ Entwicklungspsychologische Ansätze

Entwicklungspsychologisch orientierte Ansätze bemühen sich vor allem um eine breite Erfassung von Merkmalen positiver Entwicklung, die hinsichtlich der Einflüsse unterschiedlicher Kontextfaktoren und ihrer prädiktiven Bedeutung für die spätere Entwicklung analysiert werden. So wird in der Early Childhood Longitudinal Study (ECLS) aus den USA die kindliche Entwicklung von Kompetenzen und Fähigkeiten erfasst, um deren Auswirkungen auf das spätere (Schul)Leben zu untersuchen. Auch der Atlas of Child Development³⁹ aus Kanada, der ebenfalls auf die frühe Kindheit fokussiert, stellt den Entwicklungsstand der Kinder in den Vordergrund, der – gerahmt durch das ökologische Entwicklungsmodell Bronfenbrenners – vor dem Hintergrund unterschiedlicher Kontextbedingungen betrachtet wird. Das Messinstrument dieser Studie, der Early Development Index, bildet fünf Dimensionen ab: Physical Health and Well-being, Social Competence, Emotional Maturity, Language and Cognitive Development sowie Communication Skills and General Knowledge. Wiederholungsbefragungen im drei-Jahres-Turnus ermöglichen es, den Einfluss von Veränderungen kontextueller Faktoren (z.B. Kinderbetreuungsangebote, Angebote für Familien usw.) auf Veränderungen im Entwicklungsstand der Kindes zu untersuchen. Eine deutsche Version des Kinderatlas weist viele Parallelen zum Atlas of Child Development auf. Das Instrument „KOMPIK“ wurde für Kinder von dreieinhalb bis sechs Jahren konstruiert und erfasst vor allem Indikatoren für den Entwicklungsstand von Kindern⁴⁰. Darüber hinaus wird es auch für die Dokumentation von Entwicklungsfortschritten verwendet.

Auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels und der Ergänzungsstudie Familien in Deutschland haben Schölmerich und Kollegen⁴¹ einen Index für die Entwicklung von Kindern im Alter bis zu zehn Jahren entwickelt. Hierbei lehnen sie sich an das Konzept positiver Entwicklung an, das ursprünglich für das Jugendalter entwickelt wurde. Die „5 C's“ positiver Entwicklung umfassen (1) kognitive, schulische und soziale Kompetenz („competence“), (2) Selbstkontrolle, Moral und Spiritualität („character“), (3) Selbstwertgefühl und Identität („confidence“), (4) Bindung und Beziehung zu Freunden und Institutionen wie Schule und Vereine („connection“) und (5) Empathie und prosoziales Verhalten („caring“). In der Konkretisierung für die hier betrachteten Altersgruppen wurden sieben Aspekte erfasst: sprachliche Kompetenzen, Alltagsfertig-

keiten, soziale Kompetenz, Motorik, Confidence (z.B. Kind ist kontaktfreudig, fröhlich), Caring (z.B. Kind ist hilfsbereit, zeigt Mitgefühl) sowie – als zusätzliches Element – die Gesundheit der Kinder. Der hier verfolgte Ansatz zeichnet sich vor allem durch sorgfältige Prüfung des Messmodells und seiner Vergleichbarkeit für die verschiedenen Altersgruppen aus. Die darauf aufbauenden empirischen Analysen konnten die erwartbaren Zusammenhänge des kindlichen Wohlergehens zur Familienstruktur und zur ökonomischen Lage der Familie aufzeigen, ebenso wie die Schutzfunktion außerfamiliärer Betreuung gegenüber nachteiligen Effekten ökonomischer Belastungen. Auch dyadisch-didaktische Aktivitäten mit der Mutter (Basteln, Vorlesen, Malen) hatten eine solche Schutzfunktion.

■ Fazit

Mittlerweile besteht breiter Konsens, dass eine eigenständige Berichterstattung zum Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen ein zentrales Instrument für die Identifikation von Bedarfslagen wie auch die Überprüfung des Erfolgs politischer Maßnahmen darstellt. Um diesen Zweck zu erfüllen, muss sie langfristig angelegt sein, Wiederholungsbefragungen im Sinn einer Zeitwandelstudie, aber auch wiederholte Befragungen der selben Kinder und Jugendlichen im Längsschnitt umfassen, um Einflüsse kontextueller Faktoren auf Individualebene nachzeichnen zu können. Entsprechende Studien sind aufwendig und kostspielig, denn sie müssen repräsentativ angelegt sein, also sorgfältig darauf achten, welche Kinder nicht oder nicht hinreichend einbezogen werden. Systematische Ausschlüsse z.B. von Kindern aus Zuwanderungsfamilien ohne entsprechende Sprachfähigkeiten oder von Kindern mit Behinderungen bergen das Risiko, die Befunde zu verzerren⁴².

Wie die Darstellung gezeigt hat, werden in Studien zum „guten Leben“ von Kindern eine Vielzahl von Konzeptionen des Wohlergehens zugrunde gelegt und nur in begrenztem Maße vergleichbare Informationen erfasst. Auch internationale Indikatoren variieren⁴³. In sechs Indizes zum Wohlergehen von Kindern⁴⁴ wurden nur fünf Aspekte durchgängig berücksichtigt: die materielle Situation, Gesundheit, Bildung, Beziehung zu Gleichaltrigen und Familie und subjektives Wohlbefinden. Demgegenüber werden Aspekte wie bürgerschaftliches Engagement, Risiken und Lebensweisen, Wohnung und Nachbarschaft sowie Familienprozesse nur vereinzelt erfasst.

Gleichwohl lassen sich einige Grundpfeiler ausmachen. So hat es sich bewährt, unterschiedliche Kontexte zu berücksichtigen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Zentrale Bedeutung kommt hierbei zunächst der Familie zu, die sich – wie eingangs angedeutet – in vielfältiger Hinsicht gewandelt hat und die insofern besondere Aufmerksamkeit als Entwicklungskontext der nachwachsenden Generation verdient. Vielfach sind die verfügbaren Surveys kaum in der Lage, die Komplexität von Familien nach einer Trennung und neuen Partnerschaft der Eltern hinreichend zu beschreiben und die Familienbiografien der Kinder angemessen abzubilden. In dieser Hinsicht kommt Studien wie dem deutschen Beziehungs- und Familienpanel pairfam⁴⁵ und dem Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) besondere Bedeutung zu, werden doch hier der zeitliche Verlauf familialer Übergänge und die resultierenden teilweise höchst komplexen Geschwisterkonstellationen intensiv verfolgt⁴⁶. Nicht minder zentral ist allerdings die Qualität der Familienbeziehungen, die sich durchgängig als zentraler Faktor für kindliches Wohlergehen herausgestellt hat. Angesprochen sind hierbei sowohl das emotionale Klima in der Familie und Partizipationsmöglichkeiten der Kinder bei Entscheidungen, als auch anregende Erfahrungen, die Eltern im häuslichen Kontext vermitteln oder außerhalb der Familie eröffnen um Kompetenzen der Kinder zu fördern.

Ebenfalls bedeutsam sind die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen in institutionellen Kontexten der Kinderbetreuung und Schule, ebenso wie ihre Erfahrungen mit Gleichaltrigen. In beiden Kontexten spielen Fragen der sozialen Eingebundenheit und Teilhabemöglichkeiten eine zentrale Rolle. Darüber hinaus stehen im schulischen Kontext Fragen des Kompetenzerwerbs und der Vermittlung von Selbstvertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit im Vordergrund. Inwieweit die aktuellen Veränderungen unseres Bildungssystems hierzu einen Beitrag leisten, ob Nachjustierungen in der Qualität von Ganztagsangeboten erforderlich sind, und ob bei zeitlich ausgedehnter Bildung und Betreuung die erforderlichen Erholungsphasen mit Zeit für Spiel und Kreativität gewährleistet sind, werden zukünftige Studien zeigen müssen. Nicht minder relevant ist die Frage, inwieweit sich Jugendliche angesichts veränderter Zeitstrukturen in ihrem Alltag im Gemeinwesen einbringen können und die Erfahrung machen, dass sie mit ehrenamtlichem Engagement einen wichtigen Beitrag leisten.

Das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen auch aus deren Perspektive zu erfassen, ist ein vielfach vorgebrachtes aber noch nicht hinreichend eingelöstes Desiderat der kindbezogenen Sozialberichterstattung⁴⁷. Insbesondere jüngere Kinder kommen nur selten zu Wort. Hier gilt es, angemessene Verfahren zu entwickeln, die es erlauben, ergänzend zur Perspektive von Eltern und Experten auch das Erleben der Kinder mit einzubeziehen. Darüber hinaus bestehen aber auch noch inhaltliche Lücken. Daten zum Kinderschutz waren in zu wenigen Ländern verfügbar, um auch diese Dimension in internationalen Studien abzubilden⁴⁸. Neben der amtlichen Erfassung von Gefährdungseinschätzungen hat erst aktuell die Prävalenz- und Versorgungsstudie des DJI begonnen, Risikofaktoren für die Misshandlung und Vernachlässigung von Kleinkindern auf breiter Ebene zu erfassen.⁴⁹ Bedenkt man den hohen Stellenwert, der diesen Faktoren angesichts ihres starken Einflusses auf die Entwicklungschancen von Kindern in den Kinderrechten zukommt, sollte auch dieser Aspekt zum Gegenstand regelmäßiger Berichterstattung gemacht werden.

Im Rahmen des Global Summit on Childhood hat die finnische Entwicklungspsychologin Lea Pulkkinen vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Forschung zehn Säulen einer guten Kindheit herausgearbeitet⁵⁰, die in vielen Punkten an das anknüpfen, was bisherige Ansätze als zentral herausgestellt haben, in einigen Punkten aber auch über die bisher dargestellten Ansätze hinaus gehen:

- (1) Sichere Plätze zum Leben und Lernen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, angemessene Kleidung und gesunde Ernährung
- (2) Starke Familien und konsistente, liebevolle Fürsorge
- (3) Soziale Interaktion und Freundschaften
- (4) Kreatives Spiel und körperliche Aktivität
- (5) Würdigung von und Verantwortung gegenüber der Natur
- (6) Kreativer Ausdruck durch Musik, Tanz, Schauspiel und andere Künste
- (7) Bildung, die das volle Potenzial des Kindes entfalten lässt – kognitiv, körperlich, sozial, emotional und ethisch
- (8) Unterstützende, fürsorglich-förderliche, kinderfreundliche Gemeinschaften
- (9) Wachsende Unabhängigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten
- (10) Partizipation von Kindern und jungen Menschen im Gemeinwesen

Ob diese Punkte einen geeigneten konzeptuellen Rahmen für eine umfassende Berichterstattung zum Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen bieten, ob ein engerer Bezug zu Kinderrechten der passendere Rahmen ist oder ob noch andere „Anker“ gesetzt werden sollten, muss im Austausch zwischen Wissenschaft und Politik verhandelt werden. Als gemeinsamer Bezugspunkt für eine europäische Kinder- und Jugendpolitik ist eine integrierte europäische Berichterstattung zum Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen sehr zu wünschen. Wenngleich in diesem Bereich durch die Nutzung international vergleichender Surveydaten große Fortschritte gemacht wurden, steht doch ein eigenständiger thematisch breit angelegter Kinder- und Jugendsurvey für Europa noch aus. Angesichts des hohen Stellenwerts, den das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen für die Zukunft jedes Landes hat, sind tragfähige Informationen hierzu für Politik und Praxis unabdingbar.

¹ Bradshaw & Richardson, 2009; Richardson & Ali, 2014; Schölmerich et al., 2014.

² Alt, 2007.

³ Andresen, Hurrelmann & TNS Infratest Sozialforschung, 2013.

⁴ Shell Deutschland Holding, 2015.

⁵ Rauschenbach & Bien, 2012; Walper, Bien & Rauschenbach, 2015.

⁶ Schupp, 2009.

⁷ Schölmerich et al., 2014.

⁸ Hölling et al., 2012; Ravens-Sieberer, Ellert & Erhart, 2007.

⁹ Blossfeld, Roßbach & von Maurice, 2011.

¹⁰ Peuckert, 2012; Vaskovics, 2011; Walper, Langmeyer & Wendt, 2015.

¹¹ Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend & Bundesministerium der Justiz, 2003, § 1631 Abs. 2 Satz 1 BGB n. F.

¹² Lux & Walper, 2016.

¹³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2014.

¹⁴ Deutsches PISA-Konsortium, 2001.

¹⁵ Henry-Huthmacher, Borchard, Merkle & Wippermann, 2008.

¹⁶ International Monetary Fund, 2009.

¹⁷ Deutscher Bundestag, 2013, S. 93 ff.

¹⁸ Walper, 2008.

¹⁹ Siehe hierzu auch Schölmerich, Agache, Leyendecker, Ott & Werding, 2014.

²⁰ Z.B. Bertram, 2008; Bradshaw, Hoelscher & Richardson, 2006.

²¹ Vgl. <http://www.unicef.lu/Grundrechte>, zuletzt aufgerufen am 04.05.2016.

²² Adamson, Bradshaw, Hoelscher & Richardson, 2007.

²³ Bertram, 2008.

²⁴ Bertram, 2008, S. 41.

- ²⁵ Deci und Ryan, 2000.
- ²⁶ Ryan und Deci 2008.
- ²⁷ Ormel, Lindenberg, Steverink & Verbrugge, 1999.
- ²⁸ Nussbaum, 2000.
- ²⁹ Allardt, 1993.
- ³⁰ Andresen & Albus, 2010.
- ³¹ Brazelton & Greenspan, 2002.
- ³² Albus, Andresen, Fegter & Richter, 2009; Leßmann, 2006; Ziegler, 2010.
- ³³ Nussbaum, 2000.
- ³⁴ Z.B. Diehm & Magyaf-Haas, 2010
- ³⁵ Andresen, Fegter & Hurrelmann, 2013, S. 31 f.
- ³⁶ Ravens-Sieberer, 2000.
- ³⁷ Ravens-Sieberer & Bullinger, 1998.
- ³⁸ Rees, Andresen & Bradshaw, 2016.
- ³⁹ Kershaw, Irwin, Trafford & Hertzman, 2005.
- ⁴⁰ Mayr, Krause & Bauer, 2011.
- ⁴¹ Schölmerich et al., 2014.
- ⁴² Richardson & Ali, 2014.
- ⁴³ Vgl. Schölmerich, Agache, Leyendecker, Ott & Werding, 2013.
- ⁴⁴ The Child and Youth Well-Being Index in the US; FCD Land Index, Index of Child Well-Being in the EU; Index of Child Well-Being in Europe; UNICEF-Index; A Microdata Child Well-Being Index.
- ⁴⁵ Huinink et al., 2011; siehe auch www.pairfam.de, zuletzt aufgerufen am 04.05.2016.
- ⁴⁶ Entleitner-Phleps & Walper, 2016.
- ⁴⁷ Crivello, Camfield & Woodhead, 2009.
- ⁴⁸ Richardson & Ali, 2014.
- ⁴⁹ <http://www.dji.de/?id=41159>, zuletzt aufgerufen am 04.05.2016.
- ⁵⁰ Pulkkinen, 2013.

■ Literatur

- Adamson, P., Bradshaw, J., Hoelscher, P. & Richardson, D. (2007). Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries. Research Report. Innocenti Report Card, vol. 7 Unicef Innocenti Research Centre.
- Albus, S., Andresen, S., Fegter, S. & Richter, M. (2009). Wohlergehen und das „gute Leben“ in der Perspektive von Kindern. Das Potenzial des Capability Approach für die Kindheitsforschung. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 29(4), 346-359.
- Allardt, E. (1993). Having, loving, being: An alternative to the Swedign model of welfare research. In M. C. Nussbaum & A. K. Sen (Hrsg.), *The quality of life* (S. 88-94). Oxford: Clarendon.
- Alt, C. (Hrsg.). (2007). *Kinderpanel - Start in die Grundschule. Band 3: Ergebnisse aus der zweiten Welle*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Andresen, S. & Albus, S. (2010). Children and their needs. In S. Andresen, I. Diehm, U. Sander & H. Ziegler (Hrsg.), *Children and the good life: new challenges for research on children* (Bd. 4, S. 53-68): Springer Science & Business Media.
- Andresen, S., Fegter, S. & Hurrelmann, K. (2013). Wohlbefinden, Armut und Gerechtigkeit aus Sicht der Kinder. Die Ausrichtung der 3. World Vision Kinderstudie. In S. Andresen, K. Hurrelmann & TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.), *Kinder in Deutschland 2013. 3. World Vision Kinderstudie* (S. 26-47). Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Andresen, S., Hurrelmann, K. & TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.). (2013). *Kinder in Deutschland 2013. 3. World Vision Kinderstudie*. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung. (2014). *Bildung in Deutschland 2014*. Bielefeld: Bertelsmann.
- Bertram, H. (2008). *Mittelmaß für Kinder: Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland*. München: C. H. Beck.
- Blossfeld, H.-P., Roßbach, H.-G. & von Maurice, J. (Hrsg.). (2011). *Education as a lifelong process: The German National Educational Panel Study (NEPS) [Special issue]*. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 14. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bradshaw, J. & Richardson, D. (2009). An index of child well-being in Europe. *Child Indicators Research*, 2(3), 319-351.
- Bradshaw, J., Hoelscher, P. & Richardson, D. (2006). *Comparing Child Well-Being in OECD Countries: Concepts and Methods*. Innocenti Working Paper No. Paper presented at the Florence, UNICEF Innocenti Research Centre.
- Brazelton, T. B. & Greenspan, S. I. (2002). *Die sieben Grundbedürfnisse von Kindern*. Weinheim: Beltz.
- Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend & Bundesministerium der Justiz. (2003). *Gewaltfreie Erziehung. Eine Bilanz nach Einführung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung*. Berlin.
- Deutscher Bundestag. (2012). *Achter Familienbericht: Zeit für Familie - Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik*. Bundestags-Drucksache 17/9000. Berlin.
- Deutscher Bundestag. (2013). *Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland - 14. Kinder- und Jugendbericht - und Stellungnahme der Bundesregierung*. Drucksache 17/12200 vom 30. Januar 2013. Berlin.
- Deutsches PISA-Konsortium. (2001). *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Diehm, I. & Magyaf-Haas, V. (2010). Language education - For the „good life“? In S. Andresen, I. Diehm, U. Sander & H. Ziegler (Hrsg.), *Children and the good life. New challenges for research on children* (S. 103-114). Dordrecht, Heidelberg, London, New York: Springer.
- Entleitner-Phleps, C. & Walper, S. (2016). *Child well-being in diverse family structures. Report for FamiliesAndSocieties*. München: German Youth Institute.
- Henry-Huthmacher, C., Borchard, M., Merkle, T. & Wippermann, C. (2008). *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hölling, H., Schlack, R., Kamtsiuris, P., Butschalowsky, H., Schlaud, M. & Kurth, B. M. (2012). *Die KiGGS-Studie. Bundesweit repräsentative Längs- und Querschnittstudie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Gesundheitsmonitorings am Robert Koch-Institut*. *Bundesgesundheitsblatt*, 55, 836-842.

- Huinink, J., Brüderl, J., Nauck, B., Walper, S., Castiglioni, L. & Feldhaus, M. (2011). Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam) - Conceptual Framework and Design. *Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research*, 23(1), 77-100.
- International Monetary Fund. (2009). World economic outlook: Crisis and recovery: www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/pdf/text.pdf.
- Kershaw, P., Irwin, L., Trafford, K. & Hertzman, C. (2005). *The British Columbia Atlas of Child Development*. Vancouver, BC: Human Early Learning Partnership and Western Geographical Press.
- Leßmann, O. (2006). Lebenslagen und Verwirklichungschancen (capability) - Verschiedene Wurzeln, ähnliche Konzepte. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 75(1), 30-42.
- Lux, U. & Walper, S. (2016). Erziehungsberatung. In W. Gieseke & D. Nittel (Hrsg.), *Pädagogische Beratung über die Lebensspanne* (S. 168-176). Weinheim: Beltz Verlag.
- Mayr, T., Krause, M. & Bauer, C. (2011). Der Beobachtungsbogen „KOMPIK“ - ein neues Verfahren für Kindertageseinrichtungen. *Forschung in der Frühpädagogik IV*, 183-211.
- Nussbaum, M. C. (2000). *Women and human development*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Ormel, J., Lindenberg, S., Steverink, N. & Verbrugge, L. M. (1999). Subjective well-being and social production functions. *Social Indicators Research*, 46(1), 61-90.
- Peuckert, R. (2012). *Familienformen im sozialen Wandel* (8. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag.
- Pulkkinen, L. (2013). Goals for the Decade of Childhood 2012-2022 based on ten pillars of a good childhood: a Finnish perspective. In B. Heys, M. Matthes & P. Sullivan (Hrsg.), *Improving the quality of childhood in Europe 2013*. Volume 4 (S. 159-169). Sussex, U.K.: European Council for Steiner Waldorf Education.
- Rauschenbach, T. & Bien, W. (2012). *Aufwachsen in Deutschland. AID:A - Der neue DJI-Survey*. Weinheim und Basel: BeltzJuvental.
- Ravens-Sieberer, U. (2000). Verfahren zur Erfassung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität bei Kindern und Jugendlichen Ein Überblick. *Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz*, 43(3), 198-209.
- Ravens-Sieberer, U. & Bullinger, M. (1998). Assessing the health related quality of life in chronically ill children with the German KINDL: first psychometric and content-analytic results. *Quality of Life Research*, 7, 399-408.
- Ravens-Sieberer, U., Ellert, U. & Erhart, M. (2007). Gesundheitsbezogene Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Eine Normstichprobe für Deutschland aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). *Bundesgesundheitsblatt*, 50(5/6), 810-818.
- Rees, G., Andresen, S. & Bradshaw, J. (Hrsg.). (2016). *Children's views on their lives and well-being in 16 countries: A report on the Children's Worlds survey of children aged eight years old, 2013-15*. York, UK: Children's Worlds Project (ISCWeB).
- Richardson, D. & Ali, N. (2014). An evaluation of international surveys of children. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 146. OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5jxzmjrqnvtf-en>.
- Schölmerich, A., Agache, A., Leyendecker, B., Ott, N. & Werding, M. (2013). Endbericht des Moduls Wohlergehen von Kindern. Erstellt im Auftrag der Geschäftsstelle Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland. Bochum.
- Schölmerich, A., Agache, A., Leyendecker, B., Ott, N. & Werding, M. (2014). Das Wohlergehen von Kindern als Zielgröße politischen Handelns. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 83(1), 69-86.
- Schupp, J. (2009). 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel—Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland/Twenty-Five Years of the German Socio-Economic Panel—An Infrastructure Project for Empirical Social and Economic Research in Germany. *Zeitschrift für Soziologie*, 350-357.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.). (2015). *Jugend 2015: 17. Shell Jugendstudie*. Frankfurt: S. Fischer Verlag.
- Vaskovics, L. A. (2011). Segmentierung und Multiplikation von Elternschaft. Konzept zur Analyse von Elternschaft und Elternkonstellationen. In D. Schwab & L. A. Vaskovics (Hrsg.), *Pluralisierung der Elternschaft und Kindschaft* (Sonderheft 8 der Zeitschrift für Familienforschung) (S. 11-40). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Walper, S. (2008). Sozialisation in Armut. In K. Hurrelmann, M. Grundmann & S. Walper (Hrsg.), *Handbuch der Sozialisationsforschung* (S. 204-214). Weinheim: Beltz.

Walper, S., Bien, W. & Rauschenbach, T. (Hrsg.). (2015). *Aufwachsen in Deutschland heute: Erste Befunde aus dem AID:A-Survey 2015*. München: Deutsches Jugendinstitut.

Walper, S., Langmeyer, A. & Wendt, E.-V. (2015). *Sozialisation in der Familie*. In K. Hurrelmann, U. Bauer, M. Grundmann & S. Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung*. Weinheim: BeltzJuventa.

Ziegler, H. (2010). *Subjective well-being and capabilities: Views on the well-being of young persons*. In S. Andresen, I. Diehm, U.

Sander & H. Ziegler (Hrsg.), *Children and the good life. New challenges for research on children* (S. 91-101). Dordrecht, Heidelberg, London, New York: Springer.

Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Wohlstand und Lebensqualität in der amtlichen Statistik

von Susanne Schnorr-Bäcker, Statistisches Bundesamt

■ Vorbemerkungen

Zunehmend gewinnen politikbegleitende Indikatoren-Systeme zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität in der amtlichen Statistik an Bedeutung. Für Deutschland ist das Statistische Bundesamt der führende Anbieter amtlicher statistischer Informationen und stellt diese für die Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft und die Entscheidungsprozesse in der Marktwirtschaft bereit.¹ Im ersten Kapitel soll dargestellt werden, welche Datenangebote es für eine Messung von Wohlstand und Lebensqualität in der Bundesstatistik gibt. Auch die Anforderungen an statistische Indikatoren und -sets sowie der Prozess ihrer Festlegung werden näher beschrieben. Welche Möglichkeiten bestehen und worin Grenzen der Messbarkeit gesehen werden, wird im zweiten Abschnitt näher erläutert. Schließlich wird im dritten Abschnitt ein Ausblick gegeben.

■ 1. Datenangebot der amtlichen Statistik zu Wohlstand und Lebensqualität

Grundsätzlich ist es Aufgabe der amtlichen Statistik, zu allen sozialen, ökonomisch oder ökologisch relevanten Fragestellungen von allgemeinem Interesse zuverlässige und aktuelle statistische Daten bereitzustellen.² Derartige Daten werden vor allem für Planungszwecke und zur Entscheidungsvorbereitung besonders in der Politik, aber auch in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft benötigt.

Auch wenn Wohlstand, Lebensqualität oder „ein gutes Leben“ zu den Grundfragen menschlichen Lebens gehören, mit denen sich bereits die griechischen Philosophen, besonders Platon, beschäftigt haben,³ ist eine direkte Messung dieser recht komplexen Phänomene bislang nicht möglich. Dafür nötig wären umfassende und hinreichend differenzierende Konzepte, Modelle oder wissenschaftliche Theorien, die allgemein anerkannt sind.

Die Vielfalt der Begriffe, mit denen Wohlfahrt und Lebensqualität in der Praxis verbunden werden, machen das Spektrum, die Komplexität und Facetten möglicher Interpretationen deutlich. In Politik und Wissenschaft wird u.a. auf Wohlstand, Well-being, Fortschritt oder Lebenszufriedenheit abgestellt, alle zumindest Teilbereiche von Wohlfahrt und Lebensqualität. Auch in der Gesetzgebung finden sich Regelungen (z.B. im Grundgesetz die „Herstellung gleich-

wertiger Lebensverhältnisse“ oder die „Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts“ für die Europäische Union), die zumindest Teilbereiche betreffen.⁴

Einigkeit dürfte bestehen, dass Wohlstand eine ausgeprägt ökonomische Komponente innewohnt, wie bereits Adam Smith⁵ Mitte des 18. Jahrhunderts in „Wealth of Nations“ ausgeführt hat. Lebensqualität hingegen dürfte eher von den elementaren menschlichen Bedürfnissen geprägt sein, wie z.B. von Abraham Maslow⁶ in Form einer hierarchischen Ordnung dargestellt wurde. Elementare Bedürfnisse reichen von Nahrung und Wohnen über soziale Kontakte bis hin zur Selbstverwirklichung und Anerkennung. Exemplarisch zeigen diese verschiedenen Ansätze das breite Spektrum von Wohlstand und Lebensqualität, das auch heute noch in seinen Grundelementen weitgehend aktuell sein dürfte. Darauf bauen zumindest implizit zahlreiche neuere Ansätze auf subnationaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene auf.⁷

■ Indikatoren in der amtlichen Statistik

Knüpft man eher an den einzelnen Facetten von Wohlstand und Lebensqualität an, so stellt das Statistische Bundesamt eine Fülle von qualitativ hochwertigen statistischen Daten teilweise in tiefer fachlicher und regionaler Untergliederung bereit, die zudem zu einem Großteil auf europäischer und internationaler Ebene vergleichbar sind. Traditionell einen besonderen Stellenwert haben statistische Daten zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung, um wirtschaftliche Krisen möglichst frühzeitig erkennen zu können⁸ und gegebenenfalls existenzbedrohende Gefahren abzumildern oder gar zu verhindern. Aber auch statistische Daten zu ausgewählten ökologischen Sachverhalten können zur Beurteilung der Lebensqualität herangezogen werden, wie z.B. zur Luft- oder Wasserqualität.

Weitet man die Betrachtungen von Wohlstand und Lebensqualität auf zukünftige Generationen aus, wie dies in politischen Strategien für eine umfassende nachhaltige Entwicklung, also unter Berücksichtigung der Gesamtheit sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte, der Fall ist, sind auch statistische Angaben zum Verbrauch natürlicher Ressourcen und zum Klimaschutz von Bedeutung. Im Weiteren gibt es eine Fülle von statistischen Daten zur Gesellschaft, zu den materiellen Lebensbedingungen wie Einkommen, Erwerbstätigkeit oder Wohnsituation sowie zu eher immateriellen Bestimmungsfaktoren (z.B. Bildung oder Gesundheit) der individuellen Lebensqualität. Für diese

Bereiche gibt es nicht nur Angaben zu Personen, sondern auch zu unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens, vor allem in Haushalten.

Ebenfalls werden zu ausgewählten Teilbereichen, wie der Gleichstellung von Männern und Frauen oder der Integration von Personen mit Migrationshintergrund, regelmäßig zahlreiche statistische Nachweisungen bereitgestellt. Auch beschäftigt sich die amtliche Statistik zunehmend mit Fragen der Erfassung der subjektiven Lebensqualität, also persönlichen Einschätzungen oder Erfahrungen, die mit einem Mindestmaß an Wohlstand und Lebensqualität einhergehen. Solche Daten sind für einzelne Bereiche wie Gesundheit, ausgewählte Konsumgüter oder Nahrungsmittel oder den Zeitaufwand für ausgewählte Aktivitäten verfügbar.⁹

Zunehmend wird der öffentliche Bereich als weiterer Bestimmungsfaktor für Lebensqualität angesehen. Dabei geht es nicht nur um Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit oder Effizienz, sondern ebenso um die Möglichkeiten einer Teilhabe und Mitwirkung in demokratischen Entscheidungsprozessen.

Es gibt eine Vielzahl von politikbegleitenden Indikatoren-Systemen, einige bereits seit langer Zeit, für welche die Bundesstatistik statistische Daten bereitstellt und in deren Festlegung sie frühzeitig eingebunden war.¹⁰ Dazu gehören ganzheitliche (wie z.B. die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie) und auch bereichsspezifische (z.B. zu Bildung, Gesundheit, Integration) Indikatoren-Systeme.¹¹

Abbildung 1: Lebensqualität und Wohlstand im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und politischem Ordnungsrahmen



Quelle: Eigene Darstellung

■ Zwecke und Entwicklung statistischer Indikatoren

Zur Beurteilung von Wohlstand und Lebensqualität in der amtlichen Statistik werden Indikatoren benötigt. Das sind statistische Kenngrößen. Gerade in enger Verbindung mit politischen Strategien werden zunehmend zuverlässige Daten aus der amtlichen Statistik gefordert. Modernes, offenes Verwaltungs- und Regierungshandeln („Open Government“) gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dessen Umsetzung ist u.a. Gegenstand verschiedener Rechtsakte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.¹² Anhand von statistischen Indikatoren lassen sich zum einen politische Strategien und Maßnahmen transparent und überprüfbar machen. Zum anderen bieten sie eine Grundlage für politische Planungen und Entscheidungen im Zeitablauf und erlauben Hinweise über die Effizienz und Effektivität bereits eingeleiteter Maßnahmen.¹³ Schließlich werden für eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen – ebenfalls ein Ziel von „Open Government“ – entsprechende statistische Daten benötigt

Wenngleich es allgemeine Vorstellungen zu verschiedenen Aspekten von Wohlfahrt und Lebensqualität gibt, ist für ihre Beurteilung im Einzelfall, d.h. für den näher zu betrachtenden Personenkreis, den Zeitraum als auch die regionale Ausdehnung, eine Konkretisierung dessen, was anhand von statistischen Indikatoren gemessen werden soll, erforderlich.

Da die amtliche Statistik ihr Angebot einem breiten und heterogenen Nutzerkreis und für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung stellt, sollte von den potenziellen Nutzern statistischer Indikatoren festgelegt werden, welche Informationen für welche Zwecke benötigt werden. Im Falle von Wohlfahrt und Lebensqualität bedeutet das, dass die Nutzer beschreiben, was unter Wohlfahrt und/oder Lebensqualität im Einzelnen zu verstehen ist und welche Ziele (z.B. Analyse des Istzustands, Überprüfung der Wirksamkeit politischer Maßnahmen) verfolgt werden sollen. Dabei spielt es keine Rolle, auf welche Weise die Festlegung der relevanten Aspekte von Wohlstand und Lebensqualität erfolgt, ob diese auf der Grundlage wissenschaftlicher Ergebnisse oder politischer Verhandlungen bestimmt oder auf der Grundlage von Bürgerdialogen, wie bei der Regierungsstrategie „Gut leben“, ermittelt werden.¹⁴

In der Praxis wird die amtliche Statistik häufig frühzeitig in die jeweiligen politischen Prozesse einbezogen, zumindest bei umfassenden und komplexen politischen Strategien mit mehreren, teilweise konfliktären Handlungsfeldern. Gerade hier kann die amtliche Statistik aufgrund ihrer wissenschaftlich unabhängigen, objektiven und neutralen Rolle beratend dazu beitragen, auf der Grundlage ihrer fachlich-inhaltlichen sowie methodisch-technischen Kenntnisse und Erfahrungen den Blick für die realen Sachverhalte zu schärfen, die tatsächlich anhand von Indikatoren gemessen werden sollen und können.

Da jeder Indikator nur ein Proxy für ein reales Phänomen darstellt, muss sichergestellt werden, dass es sich bei dem in Betracht kommenden Indikator um den „bestmöglich geeigneten“ Indikator handelt.

■ Anforderungen an Indikatoren

In der Literatur gibt es verschiedene Ansätze mit Kriterien oder Praktikabilitätsüberlegungen, welche mehr oder weniger systematisiert die Anforderungen an statistische Indikatoren beschreiben. In jüngerer Zeit wurden in Verbindung mit den Diskussionen zur Neuausrichtung der weltweiten Nachhaltigkeitsziele „Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen von der UN Friends of the Chair Group (FOC) on broader measures of progress folgende Anforderungen unter dem Akronym „SMART“¹⁵ empfohlen. Indikatoren sollen

- Specific,
- Measurable,
- Available/achievable in a cost effective way,
- Relevant,
- Timely¹⁶ sein.¹⁷

Für die Auswahl eines konkreten Indikators im Hinblick auf einen in der Regel vorher festgelegten Zweck bedeutet das, dass er (1) hinreichend genau, (2) in irgendeiner Form messbar, (3) bereits vorhanden ist oder kostengünstig erzeugt werden kann, (4) zweck- bzw. sachdienlich ist und (5) zeitnah bereitgestellt wird.

Die Entscheidung, ob ein bestimmter Indikator für einen konkreten Zweck geeignet ist, basiert also vor allem auf praktischen Überlegungen. Dies sollte stets im Auge behalten werden, wenn ein Indikator im Hinblick auf seinen Zweck interpretiert wird und mehr noch als Entscheidungsgrundlage zur Anwendung kommen soll.

Zusammenfassend gilt – wie im Bericht des United Nations Development Programme (UNDP) zu Goal 16 der SDGs¹⁸ formuliert: Ein Indikator sollte möglichst einfach, relevant und angemessen sein im Hinblick auf die zu beobachtenden Phänomene und seine Kommunizierbarkeit in Politik und Gesellschaft.

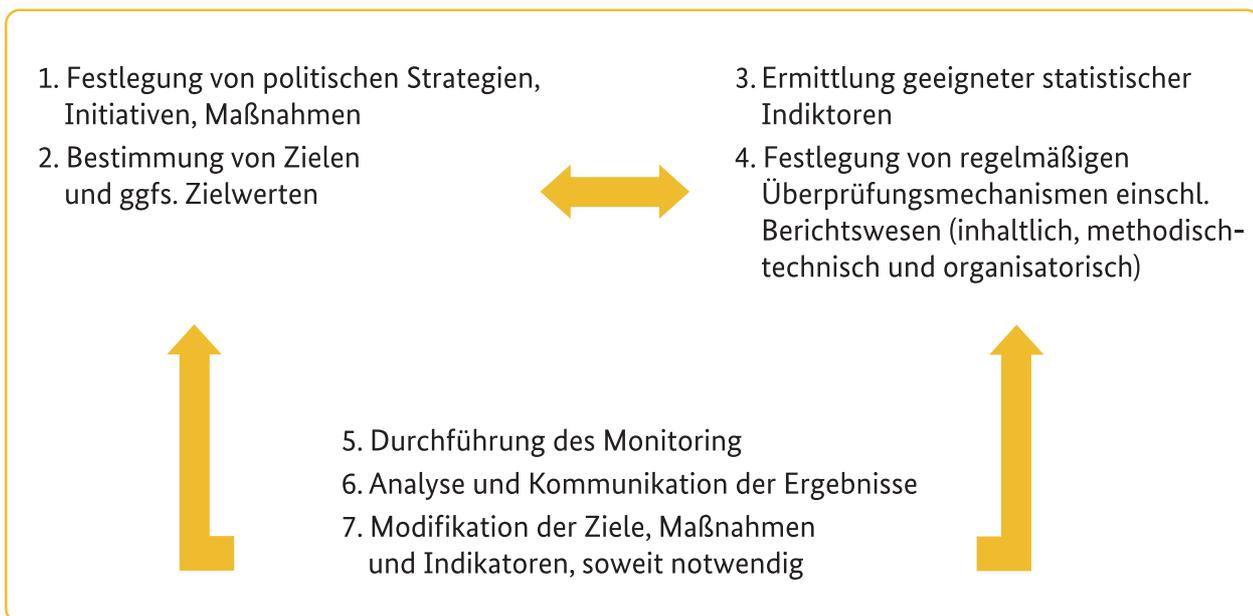
■ Prozess der Festlegung von politikbegleitenden Indikatoren in der Praxis

Die Erarbeitung der Ziele einer statistischen Messung und Beobachtung von Wohlfahrt und Lebensqualität erfolgt in der Praxis in Form eines Regelkreises (siehe Abbildung 2).

Nach einer eingehenden Diskussion der Betrachtungsobjekte in enger Abstimmung mit möglichen Kenngrößen erfolgt die Festlegung eines für die angestrebten Zwecke geeigneten Indikatoren-Sets.

Um Fortschritte erkennen zu können, sollten die Einzelheiten für eine periodische Berichterstattung ebenfalls im Voraus bestimmt werden. Dazu gehört auch eine regelmäßige Überprüfung der Indikatoren auf Relevanz und Angemessenheit sowohl in inhaltlicher Hinsicht als auch im Zeitablauf sowie ggf. deren Modifikationen, sofern sie als nicht mehr geeignet angesehen werden. Dies sollte allerdings auf der Grundlage sorgfältiger und gut begründbarer Überlegungen, vor allem in fachlicher und methodischer Hinsicht, erfolgen.

Abbildung 2: Prozess der Festlegung von statistischen Indikatoren für ein politisches Monitoring



Quelle: Eigene Darstellung

■ 2. Möglichkeiten und Grenzen von statistischen Indikatoren

Da es sich im Allgemeinen – wie eingangs dargestellt – bei Wohlfahrt und Lebensqualität um komplexe Phänomene handelt, wird in der Regel ein Indikatoren-Set – bestehend aus mehreren Indikatoren mit unterschiedlichen Dimensionen – für die einzelnen als relevant erachteten Facetten benötigt. Vor dem Hintergrund der angestrebten Ziele auf politischer Ebene sind besonders die nachfolgend beschriebenen Aspekte zu berücksichtigen.

■ Art der Indikatoren

Zu dem Datenangebot aus der amtlichen Statistik gehören vor allem objektive Daten, also solche, die sich zählen, wiegen, messen oder berechnen lassen. Ihre Ergebnisse sind replizierbar und können intersubjektiv überprüft werden. Zunehmend finden auch subjektive Daten Eingang in die amtliche Statistik. Sie kommen besonders zur Anwendung, wenn individuelle Einstellungen und Erfahrungen entscheidend sind für die Beurteilung von Wohlstand und Lebensqualität. Hier bieten sich zwei Möglichkeiten: Einerseits lassen sich die interessierenden Facetten ausschließlich subjektiv ermitteln. Andererseits können sie zur Beurteilung objektiver Gegebenheiten herangezogen werden, wie z.B. die Wertschätzung von Erholungsflächen in Großstädten oder allgemeiner die generelle Lebenszufriedenheit. Das Hauptproblem besteht dabei in der Operationalisierbarkeit des zu beobachtenden Sachverhalts: Was soll konkret gemessen werden und wie kann es gemessen werden? Soweit wissenschaftliche, anerkannte Theorien und/oder Modelle dafür vorliegen, können diese als Grundlage genutzt werden. Für eine möglichst große Vergleichbarkeit solcher Daten, sowohl (über-) regional als auch in zeitlicher Hinsicht, ist eine anerkannte Methodik notwendig. Als Beispiel sei der Ansatz der OECD für „Subjective Well-being“ zur Messung von Zufriedenheit genannt.¹⁹

■ Anzahl der Indikatoren

In Politik, amtlicher Statistik und Wissenschaft besteht weitgehend Einigkeit, dass für ein konkretes politikbegleitendes Monitoring nur so viele Indikatoren wie absolut notwendig festgelegt werden sollten. Ziel ist also ein zahlenmäßig möglichst begrenztes, aussagefähiges Set von Indikatoren. Denn zum einen können zwischen den zu beobachtenden realen Sachverhalten unterschiedliche

Beziehungen bestehen, derart, dass sie sich gegenseitig begünstigen. Sie können sich aber auch konfliktär zueinander verhalten, d.h. dass die Verbesserung eines Ziels zu Lasten eines anderen geht. Im besten Falle sind diese Beziehungen neutral. Zum anderen müssen die Indikatoren auch kommunizierbar sein. Dazu gehört besonders, dass die zugrunde liegenden Konzepte und Berechnungsmethoden

- so einfach wie möglich sind,
- leicht verständlich sind und klar dokumentiert werden können,
- stabile und zuverlässige Ergebnisse im Hinblick auf die tatsächlichen Entwicklungen liefern.

In Literatur und Praxis werden häufig für umfassende und komplexe Indikatoren-Sets zur Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität sogenannte zusammengesetzte Indikatoren verwendet. Das bedeutet, Indikatoren werden ggf. thematisch in Gruppen zusammengefasst. Häufig werden sie entsprechend ihrer tatsächlichen oder vermuteten Bedeutung gewichtet.²⁰ Im Weiteren ist für den Fall unterschiedlicher Dimensionen (z.B. Lebenserwartung in Jahren, Einkommen in Euro) eine Standardisierung und Normierung notwendig. Auch wenn sich ein Indikatoren-Set dadurch möglicherweise leichter kommunizieren lässt, ist es schwieriger, Transparenz herzustellen und das Augenmerk auf die tatsächlich entscheidenden Entwicklungen zu lenken. Für den Fall zusammenfassender Indikatoren ist also ihrer Ausgestaltung eine noch größere Aufmerksamkeit bezüglich der Auswahl der Indikatoren und ihres Zusammenwirkens zu widmen.

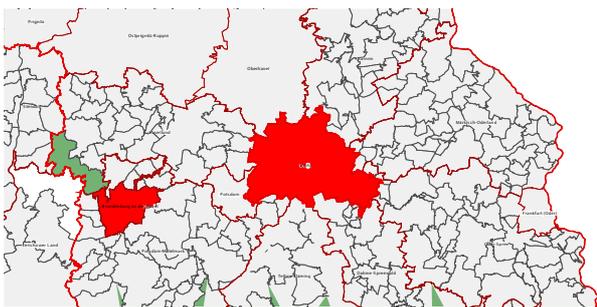
■ Räumliche Granularität

Traditionell ist es Aufgabe der amtlichen Statistik, Daten vor allem auf nationaler Ebene für unterschiedliche Zwecke bereitzustellen.²¹ Zunehmend werden nicht nur von internationalen Einrichtungen, der Wissenschaft und verschiedenen Einrichtungen auf subnationaler Ebene – nicht zuletzt von den Kommunen selbst – vergleichbare kleinräumige statistische Daten gefordert, um die Entwicklungen auf dieser Ebene näher analysieren zu können. Gerade für die Politik wurden interoperable Geoinformationssysteme (GIS) entwickelt. Ziel dieser GIS ist u.a., für die europäische Umweltpolitik alle relevanten Informationen in ihren Mitgliedstaaten auch kleinräumig bereitzustellen. Für Deutschland ist das vor allem die Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) mit dem Geoportal Deutschland. In

enger Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen in Deutschland – Bund, Länder und Gemeinden – wurde damit eine Veröffentlichungsplattform im Internet geschaffen, die eine Fülle von Informationen aus verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung enthält. Auch für die Umsetzung der „Open Data Charta“ der OECD wurde ein entsprechendes Tool für Deutschland unter GOVData entwickelt.²²

Des Weiteren hat die OECD in ihrer Veröffentlichung „How's life in your region?“ dargestellt, welche Rolle den Teilräumen einer Nation bei der Schaffung von Wachstum und Wohlstand zukommt: Die Entwicklungen in den verschiedenen Teilräumen mit all ihren Vor- und Nachteilen sind ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Lebensqualität der in diesen Bereichen lebenden und arbeitenden Bevölkerung.²³ Der Ansatz der OECD zu „How's life in your region?“ wurde exemplarisch für ausgewählte deutsche Großstädte für die wichtigsten Bereiche von Wohlfahrt und Lebensqualität anhand von Daten aus der Bundesstatistik nachgezeichnet.²⁴ Ausgangspunkt dafür sind die Siedlungsverhältnisse, hier gemessen anhand der Bevölkerungsdichte, also der Anzahl der Einwohner je Quadratkilometer. In Abbildung 3a wird diese für administrative Gebietseinheiten und in Abbildung 3b auf Rasterbasis (mit einer Gitterweite von 1 km x 1 km), d.h. in wesentlich detaillierterer Form, aus dem Zensusatlas dargestellt.

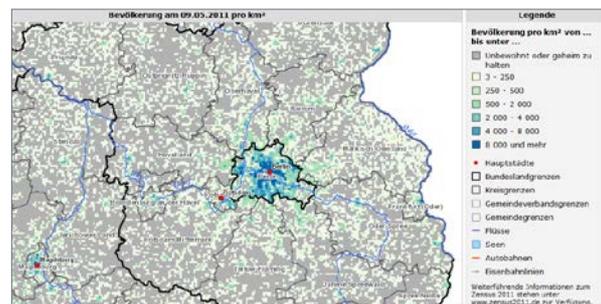
Abbildung. 3a: Urbanisierungsgrad (DegUrba) in Berlin und Brandenburg 2011



Quelle: Schnorr-Bäcker, S.; Bömermann, H., a.a.O. S. 17.

Das kleinräumige bundesstatistische Programm enthält bereits heute eine Fülle von deutschlandweit vergleichbaren Daten, überwiegend für administrative Gebietseinheiten wie kreisfreie Städte und Landkreise.²⁵ Deutliche Verbesserungen wurden in den vergangenen Jahren durch eine Rechtsänderung im Bundesstatistikgesetz erzielt, die der Bundesstatistik grundsätzlich die Nutzung von Rasterdaten erlaubt.²⁶ Für die beiden Großzählungen, den Agrarzensus 2010 und den Bevölkerungszensus 2011, liegen bereits allgemein und frei zugängliche interaktive Datenangebote auf Rasterbasis vor.²⁷ Rasterdaten bieten verschiedene Vorteile: Sie sind unabhängig von Gebietsstandsänderungen, wie sie vor allem auf kommunaler Ebene in Deutschland häufiger vorkommen. Da auch für das zur Anwendung kommende geografische Gitternetz entsprechende rechtliche Regelungen in den auf Länderebene wie auch für den Bund geregelten Geodatenzugangsgesetzen zur Umsetzung der europäischen Richtlinie INSPIRE vorliegen, ist somit nicht nur ein Vergleich auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene möglich. Außerdem bieten Rasterdaten die Grundlage für neue Analysen, vor allem bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit ausgewählten Gütern und Dienstleistungen.²⁸ In Anbetracht dessen, dass die Bundesstatistik zunehmend Verwaltungsdaten, also Daten anderer Verwaltungseinrichtungen für bundesstatistische Zwecke, nutzen darf und die dort vorliegenden Register unter bestimmten rechtlichen Bedingungen²⁹

Abbildung. 3b: Siedlungsdichte in Berlin und Brandenburg 2011



Quelle: <https://atlas.zensus2011.de>

ebenfalls zu georeferenzieren sind, ist hier zumindest mittelfristig ein Ausbau des kleinräumigen Datenangebots der Bundesstatistik möglich.

■ Indikatoren für neuere Entwicklungen

Die amtliche Statistik verfügt über ein breites Angebot an statistischen Daten und Indikatoren, teilweise in tiefer fachlicher und regionaler Untergliederung, und passt dieses regelmäßig an neuere Entwicklungen an. Allerdings zeigt der politische Bedarf an Indikatoren – besonders für die globale Nachhaltigkeitsstrategie der SDGs –, dass es auch für die Bundesstatistik Bereiche gibt, in denen Anpassungsmaßnahmen erforderlich sind.

In der amtlichen Statistik weltweit sind derzeit Untersuchungen zum Potenzial neuer Datenquellen, häufig auch als „Big Data“ bezeichnet, von besonderer Bedeutung. Es geht dabei vor allem darum, die aufgrund moderner Informations- und Kommunikationstechnologien entstehenden Datenquellen, Methoden und Instrumente für Zwecke der amtlichen Statistik zu nutzen. Bei „Big Data“ handelt es sich um eine Fülle von digitalisierten Informationen aus unterschiedlichen Quellen. Das Spektrum reicht von frei zugänglichen Informationen aus dem Internet, der Nutzung von Informationen in Wort, Bild oder Ton bis hin zur Erfassung elektronisch gesteuerter Vorgänge, aktuell besonders im Transportbereich. Ihr Potenzial wird vor allen darin gesehen, dass dadurch

- gravierende Lücken im Programm der amtlichen Statistik geschlossen werden können,
- das vorhandene statistische Programm bezüglich neuerer Entwicklungen ergänzt und abgerundet werden kann,
- alternative Lösungen für herkömmliche Vorgehensweisen gefunden werden, um vor allem die Belastungen der Betroffenen (z.B. im Fall von Primärerhebungen) zu reduzieren und die Qualität statistischer Daten zu erhöhen (z.B. um eine höhere Genauigkeit, eine detailliertere räumliche Auflösung oder eine schnellere Bereitstellung der Daten zu erzielen).

Erste Anwendungsmöglichkeiten auf der Grundlage von Pilotstudien wurden bereits von einigen Nationalen Statistischen Ämtern der Europäischen Union veröffentlicht.³⁰ In Anbetracht der Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen bieten sich zahlreiche Ansatzpunkte für neue statistische

Indikatoren zur Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität. Dadurch, dass digitalisierte Informationen häufig nahezu in Echtzeit vorliegen und aus komplexen Datensätzen bestehen, ist mittel- bis langfristig eine Fülle neuer Auswertungsmöglichkeiten auch für die amtliche Statistik denkbar, die zudem relativ zeitnah bereitgestellt werden könnte, wie erste Erfahrungen in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch auf der Ebene der Vereinten Nationen zeigen.³¹

■ 3. Ausblick

Zunehmend werden politikbegleitend statistische Indikatoren-Systeme zur Wohlfahrt und Lebensqualität benötigt. Vor allem in Ergänzung zu traditionellen und bereits seit langer Zeit etablierten Indikatoren zur Messung von Wachstum und Beschäftigung auf makroökonomischer Ebene im Sinne von „GDP and Beyond“ ist der Fokus nunmehr auf differenzierende Betrachtungen und eher auf die mikroökonomische Ebene gerichtet. Die amtliche Statistik wird häufig – vor allem aufgrund ihrer neutralen Rolle und ihres breiten Angebots an fachlich tief gegliederten, qualitativ hochwertigen Daten – schon frühzeitig in die Diskussionen zur Festlegung entsprechender Strategien und der daraus abzuleitenden statistischen Indikatoren auf politischer Ebene eingebunden. Aus ihrer Aufgabe, zuverlässige statistische Daten von allgemeiner Bedeutung in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Umwelt für die aktuelle Situation sowie die Entwicklungen im Zeitablauf bereitzustellen, ergibt sich auch ihre Verpflichtung, bestehende Lücken im statistischen Programm zu neueren Entwicklungen zeitgemäß, effizient und effektiv, insbesondere belastungsarm und ressourcenschonend, zu schließen. Derzeit stellen die Möglichkeiten, die moderne Informations- und Kommunikationstechnologien und -instrumente bieten, eine große Herausforderung für die amtliche Statistik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dar. Erste Schritte zur Analyse des Potenzials von neuen Datenquellen bzw. „Big Data“ für Zwecke der amtlichen Statistik wurden bereits auf europäischer Ebene eingeleitet. Das Statistische Bundesamt ist in diese Arbeiten einbezogen. In der Nutzung derartiger Daten wird, wenn grundsätzliche Fragen – besonders des Datenzugangs – gelöst sind, die Möglichkeiten ihrer Auswertung erprobt und ihre Qualität dauerhaft sichergestellt werden kann, eine Bereicherung in der Versorgung mit zuverlässigen und zeitnahen auch kleinräumigen Daten und Indikatoren aus der amtlichen Statistik gesehen.

- ¹ Grundlage sind neutrale, objektive sowie wissenschaftlich unabhängige Einzeldaten, die vertraulich behandelt werden; siehe dazu auch Statistisches Bundesamt: Über uns, <https://www.destatis.de/DE/UeberUns/UeberUns.html;jsessionid=C000B0E4E19887B-1FAE8C702B81979C0.cae4>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ² Diese wie auch andere für die amtliche Statistik weltweit geltenden Prinzipien sind in den Fundamental Principles of National Official Statistics festgelegt: United Nations Statistic Division: <http://unstats.un.org/unsd/dnss/gp/fundprinciples.aspx>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Für Deutschland ist dies besonders im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I, S. 462, 565), § 1, zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I, S. 2749), geregelt, siehe auch Statistisches Bundesamt: Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke, https://www.destatis.de/DE/Methoden/Rechtsgrundlagen/Statistikbereiche/Inhalte/010_BStatG.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Zu Einzelheiten siehe auch Statistisches Bundesamt (2015), S. 11ff.
- ³ Siehe Streeck (2012).
- ⁴ Siehe Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. I, S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.2014 (BGBl. I, S. 2438), Artikel 72. Für die Europäische Union siehe Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Union 2010/C 83/01, hier Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Erster Teil, Titel II, Artikel 14.
- ⁵ Siehe Smith (2012), S. 1ff.
- ⁶ Siehe Maslow (1981).
- ⁷ Besonders zu nennen sind die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen: <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Siehe dazu auch den Better Life Index der OECD, siehe OECD (2011).
- ⁸ Siehe z.B. Heilemann und Schnorr-Bäcker (2016).
- ⁹ Einen Überblick über die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der deutschen Befragung der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)) gibt Statistisches Bundesamt: Leben in Europa, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Methoden/EU_Silc.html, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Zu den Ergebnissen der Zeitverwendungserhebungen siehe auch Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Methoden/Zeitverwendungserhebung.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ¹⁰ Einen Überblick über die wesentlichen Indikatoren-Systeme aus der Bundesstatistik Deutschlands gibt: UN Friends of the Chair (FOC) on broader measures of Progress (2013).
- ¹¹ Einen Überblick über eine Vielzahl von Indikatoren-Systemen gibt die Studie von Schnorr-Bäcker und Heilemann (2011).
- ¹² Zu Einzelheiten siehe auch Bundesministerium des Innern: Moderne Verwaltung und Öffentlicher Dienst, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/open-government_node.html, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ¹³ Für die umfassende deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 veröffentlicht das Statistische Bundesamt seit 2006 alle zwei Jahre einen Indikatorenbericht; siehe Statistisches Bundesamt: Nachhaltigkeitsindikatoren, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ¹⁴ Bei der Neuausrichtung der weltweiten Nachhaltigkeitsstrategie erfolgte dies durch die Open Working Group in enger Verbindung mit einem sogenannten High Level Report: Vereinte Nationen (2013). Der Ansatz der OECD zu How's Life? basiert im Wesentlichen auf einem Bericht einer vom damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy eingesetzten wissenschaftlichen Kommission; siehe Stiglitz et al. (2009).
- ¹⁵ Siehe dazu United Nations, Economic and Social Council (2015).
- ¹⁶ Der genaue Wortlaut ist „available in a timely manner“; siehe ebenda, S. 8/23.
- ¹⁷ Zu detaillierteren Anforderungskatalogen für statistische Indikatoren mit im Kern ähnlichen Kriterien siehe z.B. die Ausführungen von Holland et al. (2009).
- ¹⁸ Siehe dazu Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und United Nations Development Programme (2015), S. 24ff.
- ¹⁹ Siehe OECD (2013).
- ²⁰ Grundsätzlich erfolgt für jeden zusammengefassten Indikator eine Gewichtung, im einfachsten Fall eine Gleichgewichtung.
- ²¹ Siehe dazu Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005).
- ²² Siehe dazu Bundesamt für Kartographie und Geodäsie: Geoportal, <http://www.geoportal.de/DE/Geoportal/geoportal.html?lang=de>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Siehe auch Finanzbehörde Hamburg: Das Datenportal für Deutschland, <https://www.govdata.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

- ²³ Siehe dazu OECD: How's life in your region?, <http://www.oecd.org/regional/how-is-life-in-your-region.htm>; wie auch bei den SDGs besonders Goal 11 „Make cities and human settlements inclusive, safe, resilient and sustainable“, siehe Vereinte Nationen: Sustainable Development Goals, <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ²⁴ Siehe Schnorr-Bäcker und Bömermann (2013).
- ²⁵ Siehe dazu die Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistisches Bundesamt: Regionaldaten im Überblick, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Regionaldaten.html;jsessionid=604D8055F3AF906DD9A50D8D69288C1F.cae3>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ²⁶ Durch die Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahre 2013 dürfen für bundesstatistische Zwecke Gitterzellen von 100 m × 100 m genutzt werden. Zu den Vorschriften im Einzelnen siehe §§ 10 und 13 BstatG, a.a.O.
- ²⁷ Siehe zum Zensusatlas: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensus 2011, <https://atlas.zensus2011.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016. Siehe zum Atlas Agrarstatistik: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: <http://www.atlas-agrarstatistik.nrw.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ²⁸ Siehe dazu den Beitrag von Neutze (2015), S. 64ff.
- ²⁹ Siehe dazu die Bestimmungen in § 14 E-Government-Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 43, ausgegeben zu Bonn am 31. Juli 2013.
- ³⁰ Einen Überblick über die Arbeiten in der amtlichen Statistik weltweit gibt: United Nations Economic Commission for Europe: Big Data in Official Statistics, <http://www1.unece.org/stat/platform/display/bigdata/Big+Data+in+Official+Statistics>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.
- ³¹ Einen Überblick über den aktuellen Stand der Arbeiten gibt der Aufsatz von Schnorr-Bäcker (2016), S. 2ff.

■ Literatur

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie: Geoportal, <http://www.geoportal.de/DE/Geoportal/geoportal.html?lang=de>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Bundesministerium des Innern: Moderne Verwaltung und Öffentlicher Dienst, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/open-government_node.html, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und United Nations Development Programme (2015): Goal 16 - The indicators we want. United Nations Development Programme: New York, <http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/democratic-governance/the-indicators-we-want.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Finanzbehörde Hamburg: Das Datenportal für Deutschland, <https://www.govdata.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Heilemann, U. und Schnorr-Bäcker, S. (2016): Could the start of the German recession 2008-2009 have been foreseen? Evidence from real-time data. RPF Working Paper Nr. 2016-003, Research Program on Forecasting, Center of Economic Research, The George Washington University, Washington DC, <https://cer.columbian.gwu.edu/sites/cer.columbian.gwu.edu/files/downloads/2016-003.pdf>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Holland, J., Thirkell, A., Trepanier, E. und Earle, L. (2009): Measuring change and results in voice and accountability work. Department for International Development, United Kingdom, Working paper 34, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/67715/meas-chge-res-voice-acc-wk.pdf, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Maslow, A.H. (1981): Persönlichkeit und Motivation. 11. Auflage, Hamburg.

Neutze, M. (2015): Gitterbasierte Auswertungen des Zensus 2011. In: Stadtforschung und Statistik Heft 2/2015.

OECD (2011): How's Life – Measuring Well-being. Paris.

OECD (2013): Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris, <http://www.oecd.org/statistics/Guidelines%20on%20Measuring%20Subjective%20Well-being.pdf>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

OECD: How's life in your region?, <http://www.oecd.org/regional/how-is-life-in-your-region.htm>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Schnorr-Bäcker, S. (2016): Big Data als neuer Weg der Datengewinnung für die amtliche Statistik. In: Stadtforschung und Statistik Heft 1/2016, S. 2ff.

Schnorr-Bäcker, S. und Bömermann, H. (2013): Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung, Zum OECD-Ansatz „How's life – Measuring Well-Being“. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 2/2013, https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/NIMonografie_derivate_00000069/MH_2014_03_Regionalstatistisches%20Datenangebot%20zur%20Fortschrittsmessung%20Zum%20OECD-Ansatz%20_How%20s%20life-%20Measuring%20Well-Being_pdfa.pdf;jsessionid=0A59B41E7563DB-C2D65A5D2D10272DEC, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Schnorr-Bäcker, S. und Heilemann U. (2011): Methoden und Grenzen der Marktbeobachtung im EU-Binnenmarkt und den Mitgliedstaaten. Forschungsvorhaben Nr. 61/09 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/EndberichtMarktbeobachtung5922101119004.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Smith, A. (2012): Wealth of Nations, Wordsworth Edition, Hertfordshire.

Statistisches Bundesamt: Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke, https://www.destatis.de/DE/Methoden/Rechtsgrundlagen/Statistikbereiche/Inhalte/010_BStatG.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005): Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik, Mehr als 100 gute Gründe für die amtliche Statistik. Wiesbaden, <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/100Grunde.pdf>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: <http://www.atlas-agrarstatistik.nrw.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Zensus 2011, <https://atlas.zensus2011.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistisches Bundesamt (2015): Strategie- und Programmplan. Für die Jahre 2015 bis 2019. Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/UeberUns/UnsereZiele/Strategieplan2019.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistisches Bundesamt: Leben in Europa, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Methoden/EU_Silc.html, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistisches Bundesamt: Nachhaltigkeitsindikatoren, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Nachhaltigkeit-sindikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistisches Bundesamt: Regionaldaten im Überblick, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Regionaldaten.html;jsessionid=604D8055F3AF906DD9A50D8D69288C1F.cae3>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistisches Bundesamt: Über uns, <https://www.destatis.de/DE/UEberUns/UEberUns.html;jsessionid=C000B0E4E19887B-1FAE8C702B81979C0.cae4>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Statistisches Bundesamt: Zeitverwendungserhebung, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Methoden/Zeitverwendungserhebung.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Stiglitz, J.E., Sen, A. und Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.

Strecek, N. (2012): Besser leben mit Platon. In: Neue Zürcher Zeitung vom 20.5.2012, <http://www.nzz.ch/wissen/wissenschaft/besser-leben-mit-platon-1.16961093>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

UN Friends of the Chair (FOC) on broader measures of Progress (Hg.) (2013): Some national, regional and international efforts and practices in the measurement of sustainable development and human well-being, Background document für die 44. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen.

United Nations Economic Commission for Europe: Big Data in Official Statistics, <http://www1.unece.org/stat/platform/display/bigdata/Big+Data+in+Official+Statistics>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

United Nations Statistic Division: Fundamental Principles of National Official Statistics, <http://unstats.un.org/unsd/dnss/gp/fundprinciples.aspx>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

United Nations, Economic and Social Council (2015): Report of the Friends of the Chair Group on broader measures of progress, E/CN.3/2015/2, <http://unstats.un.org/unsd/statcom/doc15/2015-2-BroaderMeasures-E.pdf>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Vereinte Nationen (Hg.) (2013): „A new global partnership: Eradicate poverty and transform economies through sustainable development“; The report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda, New York.

Vereinte Nationen: Sustainable Development Goals, <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2016.

Kurzbiographien der Mitglieder des wissenschaft- lichen Beirats



Dr. Stefan Bergheim

Stefan Bergheim ist Gründer und ehrenamtlicher Direktor der gemeinnützigen Denkfabrik „Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt“. Seit 2009 arbeitet das Netzwerk an neuen Wegen und Methoden, mit denen die Lebensqualität der Menschen in Deutschland verbessert werden kann.

Von 1995 bis 2008 war Stefan Bergheim im Bankensektor tätig. Der Volkswirt arbeitete einige Jahre als Konjunkturanalyst und wechselte zuletzt zu Deutsche Bank Research, wo er sich mit Themen wie Demografie, Bildung und Lebenszufriedenheit beschäftigte. Dort veröffentlichte er 2006 seine erste Studie „BIP allein macht nicht glücklich“. Als Leiter der Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“ war Bergheim 2011 und 2012 einer der Kern-Experten im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin. Zudem ist er Lehrbeauftragter an der Hochschule St. Gallen.



Dr. Heinz-Herbert Noll

Seit seiner Pensionierung 2014 ist der Soziologe Heinz-Herbert Noll als freiberuflicher Forscher und wissenschaftlicher Berater tätig. Zuletzt war er am Projekt „e-Frame – European Framework for Measuring Progress“ beteiligt. Als Teil eines europäischen Experten-Netzwerks engagiert sich Noll dafür, dass die Messung des Wohlbefindens stärker bei der Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt wird.

Von 1978 bis 1998 war er einer der Projektleiter der deutschen Wohlfahrtssurveys, der sechs repräsentativen Befragungen, die speziell für die Messung der individuellen Wohlfahrt und Lebensqualität konzipiert wurden. Seit 1987 leitete er die Abteilung Soziale Indikatoren beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und seit 2008 das Zentrum für Sozialindikatoren-Forschung am GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim.



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Christoph M. Schmidt ist seit März 2013 Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem er seit März 2009 angehört. Er ist seit 2002 Präsident des RWI - Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen und Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum.

Er forscht zu Themen der angewandten Ökonometrie, nicht zuletzt im Bereich der Makroökonomik sowie der Energie-, Gesundheits- und Arbeitsmarktökonomik. Von 2011 bis 2012 war Christoph M. Schmidt Experte im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin, von 2011 bis 2013 Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages.



Dr. Susanne Schnorr-Bäcker

Susanne Schnorr-Bäcker leitet das Referat „Koordination, Regionalstatistik, Indikatoren“ im Statistischen Bundesamt. Ein bisheriger Arbeitsschwerpunkt der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlerin sind statistische Monitoring-Systeme, also die kennzahlengestützte Beobachtung.

Schnorr-Bäcker arbeitet derzeit an der Gestaltung von Indikatoren-Systemen für verschiedene Programme europäischer und globaler Institutionen mit. Für die Wachstumsstrategie der Europäischen Union, „Europa 2020“, den „Better Life Index“ der OECD und die Post-2015-Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen werden geeignete Sätze von Kennzahlen gesucht, die verschiedene, an sich nicht messbare Sachverhalte messbar machen sollen.



Prof. Dr. Gert G. Wagner

Gert G. Wagner ist Lehrstuhlinhaber für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, Max Planck Fellow am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech). Seit 2011 ist der Wissenschaftler Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Über 20 Jahre leitete er dort die Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP).

Wagner ist Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung und Mitglied des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen, des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten sowie des Statistischen Beirats. Von 2011 bis 2013 war Wagner Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, des Deutschen Bundestages.



Prof. Dr. Sabine Walper

Sabine Walper ist Forschungsdirektorin am Deutschen Jugendinstitut und Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Scheidungs- und Armutsforschung, Bildung und Erziehung in der Familie sowie Forschung zu Partnerschaftsbeziehungen.

Die Entwicklungs- und Familienpsychologin gehört mehreren Fachorganisationen und Beiräten an, zum Beispiel dem wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen am Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2012 hat Walper im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin als wissenschaftliche Koordinatorin des Themenbereichs „Wie wollen wir zusammen leben?“ und als Leiterin der Arbeitsgruppe „Familie“ mitgewirkt.

■ Abkürzungsverzeichnis

| | | | |
|---------|--|--------|---|
| ABS | Australisches Statistikamt (Australian Bureau of Statistics) | ISA | Internationale Gesellschaft für Soziologie (International Sociological Association) |
| AID:A | Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten | ISCWeB | Internationale Befragung zum Wohlergehen von Kindern (International Survey of Children's Well-Being) |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt | KiGGS | Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland |
| CAE | Rat für wirtschaftliche Analyse (Conseil d'Analyse Économique) | NASA | Nationale Aeronautik- und Raumfahrtbehörde (National Aeronautics and Space Administration) |
| CAPI | Computergestützte persönliche Befragung (Computer Assisted Personal Interviews) | OECD | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development) |
| CAWI | Computergestützte Online-Befragung (Computer-assisted Web Interviewing) | SDG | Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal) |
| CIW | Kanadischer Index des Wohlbefindens (Canadian Index of Wellbeing) | SFZ | Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut Berlin-Brandenburg |
| DegUrba | Urbanisierungsgrad | SINET | Social Indicators Networks News |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik | SOEP | Sozio-oekonomisches Panel |
| DGS | Deutsche Gesellschaft für Soziologie | SPF | Soziale Produktionsfunktion (Social Production Function) |
| DIW | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung | SVR | Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung |
| ECLS | Längsschnittstudie zur frühkindlichen Entwicklung (Early Childhood Longitudinal Study) | UNDP | Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme) |
| EQLS | Europäische Erhebung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey) | UNICEF | Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund) |
| FID | Familien in Deutschland | USA | Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America) |
| FOC | Vereinte Nationen Freunde der Steuerungsgruppe zur umfassenden Messung von Fortschritt (United Nations Friends of the Chair Group on broader measures of progress) | VN | Vereinte Nationen (United Nations) |
| GDI-DE | Geodateninfrastruktur Deutschland | | |
| GDP | Bruttoinlandsprodukt (Gross Domestic Product) | | |
| GIS | Geoinformationssysteme | | |
| HBSC | Gesundheitsverhalten von Kindern im Schulalter (Health Behavior in School Age Children) | | |
| IALS | International Adult Literacy Survey | | |

Impressum

Herausgeber

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
11044 Berlin

Koordination

Bundeskanzleramt, Stab Politische Planung, Grundsatzfragen
und Sonderaufgaben und Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie, Leitungs- und Planungsabteilung

Stand

Oktober 2016

Gestaltung

UVA Kommunikation und Medien GmbH, 14482 Potsdam

Bildnachweis

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Steins (S. 54),
Loos (S. 87-89)

Internet

Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland:
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/18795112](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112).

Dokumentation zur Regierungsstrategie:

[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/20323684](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684).

Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats:

[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/22776672](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/22776672).

Government Report on Wellbeing in Germany:

[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/19335258](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/19335258)

Documentation of Government Strategy on Wellbeing:

[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/21426409](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/21426409)

Essays of the Scientific Advisory Board:

[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/23350043](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/23350043)

